

GRÜN ist der Aufbruch in die Zukunft der Klingenstadt

1 Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2020 in Solingen

VORWORT	3
NACHHALTIGKEIT UND KLIMANOTSTAND	5
BETEILIGUNG ALLER	8
GLEICHBERECHTIGUNG	14
UMWELT-, KLIMA- UND NATURSCHUTZ	17
VERKEHR	36
STADTENTWICKLUNG	47
SOZIALPOLITIK	51
MIGRATION	56
KINDER- UND JUGENDPOLITIK	61
ÄLTER WERDEN IN SOLINGEN	67
SCHULPOLITIK	70
INKLUSION	74
KULTUR	78
SPORT SCHAFFT SICH NEUE WEGE	83
ORDNUNG UND SICHERHEIT	87
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS & HOMOPHOBIE	90
DIGITALE TRANSFORMATION IN SOLINGEN GESTALTEN	92
GRÜN WIRTSCHAFTEN	98
ENERGIE- UND WÄRMEPOLITIK	101
FINANZEN UND BETEILIGUNGEN	109

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

Bündnis 90/Die Grünen wagen den Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft. Mit welchen Maßnahmen, Zielen und Forderungen, das ist nachzulesen in unserem Kommunalwahlprogramm 2020. Erstellt mitten in der Krise der Corona-Pandemie, in unzähligen Videokonferenzen und unter Einbindung zahlreicher Neumitglieder, legen wir einen umfangreichen Katalog unserer gemeinsamen Ziele vor. Verabschiedet haben wir dieses Programm einstimmig in einer Mitgliederversammlung am 25. Juni 2020.

3

Wir GRÜNE haben unsere Programmdiskussion geführt, während unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben in nie gekannter Weise heruntergefahren war weltweit. Diese Maßnahmen dienten unserem gesundheitlichen Schutz. Zugleich sollte eine Überlastung des Gesundheitssystems vermieden werden. Wir in Solingen haben uns als Stadtgemeinschaft in dieser schweren Zeit solidarisch gezeigt. Wir als Partei wissen um die immensen wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen vieler Menschen. Und wir als Kommunalpolitiker*innen wissen um die aus dieser Krise entstehenden Folgen. Diese Zeit bringt Unsicherheit und einige - viel zu viele - unter uns in existentielle Nöte. Dennoch lassen wir nicht ab davon, hier ein Programm vorzulegen, das im Zeichen der Nachhaltigkeit steht. Denn Artensterben und Klimawandel sind die großen Herausforderungen, denen sich Politik stellen muss – wenn wir jetzt nicht entschlossen dagegen ankämpfen, dann werden die Folgen weitaus schlimmer als die, die wir jetzt angesichts der weltweiten Pandemie und der von ihr ausgelösten Wirtschaftskrise erwarten.

Solingen als Stärkungspaktkommune war soeben dabei, sich erfolgreich aus der Schuldendynamik herauszuarbeiten und eigenständig in den kommenden Jahren ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Mit der Corona-Krise ist dieses Ziel wie Eis in einem viel zu heißen Sommer weggeschmolzen. Solingen ist, wie viele andere Kommunen auch, nunmehr auf Hilfen von Bund und Land angewiesen. Wer sich unsere Forderungen und Ziele genau anschaut, wird sich fragen, wie diese zu finanzieren sind. Zu Recht muss diese Frage gestellt werden.

Wir als Stadtpolitik können angesichts eines drohenden Finanzlochs von 50 Millionen Euro keine Garantien abgeben, dass nicht Gebühren oder Steuern erhöht werden müssen. Es braucht sofort von Seiten des Landes und/oder des Bundes Lösungen für die Altschuldenproblematik der überschuldeten Städte. Auch das Konnexitätsprinzip muss viel stärker Berücksichtigung finden. Das heißt, von Land oder Bund versprochene, aber von der Kommune erbrachte Leistungen müssen eben auch von Bund oder Land finanziert werden, oder kurz gesagt: „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch.“ Ein Ansparen gegen die Krisenfolgen würde unserer Stadt die Luft zum Atmen nehmen, notwendige Investitionen würden unterbleiben. Allein deswegen, weil Personal für Planung und Umsetzung fehlen würde.

Nur wer weiß, wofür Ausgaben sinnvoll eingesetzt werden müssen, kann diese auch überzeugend einfordern. Ob global, bundes- oder landesweit, in den Städten oder auf dem Land, überall müssen wir unsere Gesellschaften nachhaltig umgestalten. Nachhaltig heißt, ein solidarisches Leben im Rahmen planetarer Grenzen mit endlichen Ressourcen gestalten, heißt z.B. eine Energiewende voranbringen, Lebensräume für unsere Mitlebewesen schützen und den Klimawandel bekämpfen. Hierzu bedarf es finanzieller Mittel sowie weit vorausschauender Ziele auf kommunaler Ebene. Die Finanzierung neuer Produkte und Produktionskreisläufe stärkt unsere Wirtschaft und sorgt für die Arbeitsplätze von morgen. Denn auch das heißt Nachhaltigkeit. In dieser Welt ließe sich dann auch wieder Perspektiven schaffen für Menschen, die gerade jetzt vielleicht vor einem Ausbildungsstart oder Studium stehen.

Nachhaltigkeit heißt Solidarität mit denen, die noch länger als wir auf diesem Planeten gut leben wollen.

Janina Rhode und Thilo Schnor
(Sprecher*innen Bündnis 90/Die Grünen Solingen)

Juliane Hilbricht
(Spitzenkandidatin)

Nachhaltigkeit und Klimanotstand

2.1. Politik im Klimanotstand

GRÜN ist...

...sich den Aufgaben der Klimakrise und der sozialen Ungleichheit nachhaltig zu stellen.

5

Politik im 21. Jahrhundert steht vor der Jahrhundertaufgabe, unseren Gesellschaften ein Leben zu ermöglichen, welches sich im Rahmen der planetaren Grenzen einpasst. Dabei sind der Umgang mit den natürlichen und endlichen Ressourcen, der Erhalt der Biodiversität und unsere Reaktion auf den Klimawandel zentrale Bausteine, an denen sich zeigen wird, ob wir eine Chance auf eine gute Zukunft haben werden. Die Art und Weise wie wir in den (reichen) Länder dieser Welt leben, setzt Bevölkerungen und Ökosystemen weltweit immer zu setzen. Schaffen wir es zum Beispiel nicht, den Klimawandel unter 1,5 Grad zu halten, müssen Menschen aus vielen Regionen der Welt aus ihrer Heimat flüchten. Fragen nach einer nachhaltigen Lebensweise berühren Fragen der sozialen Sicherheit, der wirtschaftlichen Existenzbedingungen und des weltweiten Friedens. Letztlich steht die Frage im Raum, wie wir gerecht miteinander auch mit Blick auf die Zukunft unserer Kinder und deren Kinder umgehen können.

Diese Fragen erfordern gesellschaftliche Strukturen, in denen sich die Menschen untereinander frei und gleich begegnen und Lösungen aushandeln können. So wird Nachhaltigkeit auch zu einer Frage nach demokratischer Mitbestimmung und der Teilhabegerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Dies sind die zentralen Themen unserer Zeit. Entsprechend werden sie in unseren Kapiteln immer wieder auftauchen.

Gerade auf der lokalen Ebene lässt sich vieles bewirken. Zu Recht fordern viele engagierte Menschen, von Jung bis Alt, sei es bei „Fridays for Future“ oder bei den „Parents for Future“ oder in weiteren sozialen Bewegungen eine dem Problem angemessene Politik und wollen gehört und ernstgenommen werden sowie mitwirken.

Wir GRÜNE wollen auf der Ebene der Kommune, unserer Stadt, nachhaltig zum Erfolg verhelfen. Neben den bereits erwähnten Themen wird uns der Klimawandel in den nächsten Jahren immer wieder vor immense Herausforderungen stellen und wir sind angesichts der wissenschaftlichen Faktenlage bereits in einer Notstandssituation.

Und es stimmt, wir stehen nicht vor dem Problem eines Klimawandels, sondern uns schon mittendrin. Dürre und Trockenheit – auch hier in Solingen - in aufeinanderfolgenden Jahren, Stürme und Starkregen lassen keinen Zweifel, es ist höchste Zeit zu handeln, besser gestern als heute. Dies war bisher unser Standpunkt und wird es in der kommenden Ratsperiode bleiben.

Wir in Solingen haben mit der einstimmig beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie, bei der viele Menschen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mitarbeiten, eine gute Grundlage für eine angemessene Nachhaltigkeitspolitik. In unserem Programm wird uns dieses Thema, vielseitig begleiten.

Nicht nur bei Umwelt und Artenschutz sowie Energie- und Klimapolitik, sondern ebenso bei den Themen Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, der Digitalen Transformation, Zukunft der Mobilität, Wirtschaftspolitik, und einer sozial gerechten Stadt. Generell muss bei jedem Themengebiet der Nachhaltigkeitsaspekt betrachtet werden. Dies wird nicht ohne Konflikte geschehen. So müssen wir auch in Solingen Konsumgewohnheiten, die Art wie wir leben und produzieren hinterfragen. Dies geht

nur, indem die Bürgerschaft mitgenommen und eingebunden wird. Politik, die sich für Nachhaltigkeit, einem Querschnittsthema einsetzt, wird erklären, aber auch konsequent und überzeugend auftreten müssen. Wir stehen in der Verantwortung unseren Kindern eine Welt zu übergeben, in der sie die gleichen Chancen auf Entwicklung in einer funktionierenden Umwelt, freien und friedlichen Gesellschaft ausleben dürfen. Dafür braucht es einen Sinn für unseren Gesamtorganismus Erde, den wir nicht weiter überfordern dürfen.

2.2 Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie

GRÜN ist...

...Ziele aus der Nachhaltigkeitsstrategie konsequent umsetzen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie visiert viele progressive Veränderungen für unsere Stadt und quer durch alle Themenbereiche an. Wirksam wird die Strategie jedoch erst, wenn die Ziele mit vielen praktisch umsetzbaren Maßnahmen unterfüttert werden. Daran hapert es noch, weshalb wir zur besseren Umsetzung der Strategie personelle und strategische Verbesserungen einfordern.

Bessere personelle Ausstattung der Nachhaltigkeitsstrategie:

Aus der personellen Situation der Stadtverwaltung ergibt sich eine zu niedrige Priorisierung für den Klima- und Ressourcenschutz. Das zeigen einige Beispiele:

Zwar konnte das Klimaschutzmanagement der Stadt Solingen im Oktober 2019 wieder neu besetzt werden. Doch dadurch, dass das Amt über ein Jahr unbesetzt war, konnten zahlreiche im Klimaschutzkonzept der Stadt Solingen vorgesehener Schritte nicht oder nur zeitlich sehr stark verzögert angegangen werden (zu nennen wären hier beispielsweise die Fertigstellung und Umsetzung des Elektromobilitätskonzeptes, die Fortsetzung der Arbeit des Solinger Kompetenznetzes für Gebäudemodernisierung „So.Ko Gebäude“, das Vorantreiben von Vorhaben zum Ausbau der Erneuerbaren Energien u.v.m.).

Aber auch Projekte an Schulen lagen brach. So gab es früher an Solinger Schulen das Projekt „Velo-Fit – Mit dem Rad zur Schule“. Der umfassendere Projektansatz konnte wegen personellen Mangels nicht weiter unterstützt werden und wurde 2016 ganz eingestellt. Dieses Projekt findet derzeit keine Fortsetzung. Anders verhält es sich bei dem Projekt „Sicher, fit und klimafreundlich zu Kita und Schule“. Seit dem Frühsommer 2018 ruhte das Projekt, wird aber nun seit Frühjahr 2020 wieder langsam aufgenommen. Auch die Koordination für das Projekt „Solinger Schulen für den Klimaschutz“ (ehemals Fifty-Fifty-Energiesparen) wurde zwischenzeitlich ausgesetzt und wird nun vom Klimaschutzmanagement übernommen.

Lediglich die einmal jährliche Radverkehrskampagne „Mit dem Rad zur Schule“ konnte bis 2018 fortgesetzt werden, bevor auch diese aus personellen Gründen eingestellt wurde. Nun wurde die in die seit 2019 erstmalig durchgeführte Kampagne Stadtradeln integriert.

Ein hoher Handlungsbedarf für den Klima- und Ressourcenschutz besteht im Bereich Mobilität. Hier wäre eine zusätzliche personelle Unterstützung absolut erforderlich, um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie (auch den Abruf von sehr vielen vorhandenen Fördermitteln für den Infrastrukturausbau) erheblich zu verstärken (siehe Kapitel Mobilität). Im Zuge der letzten Haushaltsbeschlüsse 2019 wurde zwar beschlossen, im Stadtdienst Mobilität zwei Stellen personalkostenneutral (ohne Ausweitung des Personalbestandes der Stadt) anzusiedeln. Dazu müssten zwei Personalstellen an anderer Stelle im Ressort gekürzt werden. Der Beschluss wurde bisher nicht umgesetzt.

Des Weiteren gibt es in Solingen seit Jahren zahlreiche Verbände und engagierte Bürger*innen aus der Zivilgesellschaft, die sich für Nachhaltigkeit quer zu allen Bereichen engagieren und von denen seitens der Stadt auch eine aktive Mitarbeit begrüßt wird. Die vielen Anfragen aus der Zivilbevölkerung und ein konstruktiver Austausch sowie Beteiligungsmöglichkeiten können jedoch nur durch eine den Bedarfen angepasste personelle Situation in der Stadtverwaltung gebündelt und unterstützt werden. Denkbar wäre etwa ein Nachhaltigkeitszentrum, was diese Aufgaben erfüllt und

auch schon in einem Arbeitskreis für nachhaltige Entwicklung als Idee diskutiert wurde und wird. Es sollte dort die Unterstützung für aktive Gruppen und Akteure geben, die diese brauchen. Dies betrifft Hilfen bei Raumbedarfen, Aufzeigen von Beteiligungsmöglichkeiten, Vernetzung mit relevanten Stadtakteuren sowie Unterstützung bei neuen Aktionsformaten.

GRÜN ist...

...genügend neue Stellen zu schaffen, um Projekte fortzusetzen, Projekte zu entwickeln und um personellen Lücken zu schließen.

Um sich den Herausforderungen der Nachhaltigkeitsthemen zu stellen, fordern wir GRÜNE, dass die Stadt auf allen Ebenen und in allen Stadtdiensten der Nachhaltigkeit in der täglichen Arbeit mitdenkt. Die kollektive Verantwortung für vorausschauendes Handeln wird viel zu häufig an die Klima- oder Nachhaltigkeitsmanager*innen der Stadt abgeschoben. Vielmehr braucht es eine Sensibilisierung auf allen Ebenen, weshalb wir in verschiedensten Stadtdiensten die Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit klar in konkrete Beschäftigungsprofile verorten möchten. Dafür braucht es nicht überall neue Stellen. Vielmehr müssen in den Tätigkeitsbeschreibungen der Mitarbeiter*innen klarere Zuständigkeiten für das Thema Nachhaltigkeit definiert werden, die auch zu einer arbeitsteiligen sinnvollen Zuordnung zum Strategiebereich Nachhaltige Entwicklung stehen. Dies ist eine Maßnahme, die wir direkt umsetzen wollen.

Wir GRÜNE wollen

- genügend neue Stellen, für Projekte im Rahmen der Nachhaltigkeit und um das Klimaschutzmanagement zu unterstützen.
- eine deutliche personelle Aufstockung im Bereich Mobilität ohne gleichzeitige Stelleneinsparung
- genug Investitionsmittel für die konkrete Umsetzung der Projekte aus der Nachhaltigkeitsstrategie, wie auch konsumtive Mittel, beispielsweise um Kampagnen fahren zu können
- ein Nachhaltigkeitszentrum, welches die Aktivitäten der Solinger Zivilgesellschaft bündelt, zwischen engagierten Bürger*innen, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft vermittelt und Formate zur Vernetzung sowie Unterstützung für innovative Ideen anbietet
- Nachhaltigkeitsverantwortliche in allen Stadtdiensten
- Zudem braucht es eine gut abgestimmte verwaltungsinterne, quer zu den Abteilungen verlaufende Kommunikation, Zusammenarbeit und Steuerung (Management). Positive Beispiele gibt es auch in unseren Partnerkommunen, beispielsweise in Gouda.
- Eine nachhaltige Planung von Projekten, was bedeutet, dass es bei Projekten der Stadt eine verpflichtende öffentliche Einschätzung zu Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie bereits in der Planungsphase geben soll, nicht erst bei Projektfertigstellung.
- Nachhaltigkeit ist allein und mit Blick auf die zukünftig zu erzielenden Maßgaben aus dem Pariser Klimaabkommen eigentlich keine freiwillige Aufgabe mehr. Dieses Bewusstsein gilt es bei allen Akteuren und auch den höheren Ebenen von Land und Bund zu verdeutlichen.

Beteiligung aller

3.1 Die Kultur der Bürgerbeteiligung stärken

GRÜN ist...

...für Bürgerbeteiligung einzutreten.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt an gesellschaftspolitischen Entwicklungen und -entscheidungen ist uns als Vertreter der repräsentativen Demokratie ein wichtiges Element. Wir GRÜNE wollen die freiwillige, frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung als gelebte Kultur im Sinne einer guten Politik mit den Bürger*innen als gute Praxis weiter vertiefen. Die Mitsprache, der Austausch im Dialog und die zum Teil mögliche Mitentscheidung über die ansonsten formal festgelegten Beteiligungsmöglichkeiten dient einem besseren gegenseitigen Verständnis der jeweiligen Positionen und hilft zudem bessere Entscheidungen und Kompromisse zu treffen. Die Stadt hat viele Möglichkeiten die Bürger*innen mit in die politischen Prozesse über Formen der Bürgerbeteiligung einzubinden. Neben projektbezogener Beteiligung gibt es auch Gremien der Stadt, wie z.B. die verschiedenen Beiräte, die eine Beteiligung von Bürger*innen und Bürgern ermöglichen, einzelne dieser Beteiligungsformate eingehen, soll an dieser Stelle grundsätzlich dargelegt werden, was für uns bezüglich Beteiligung von Bedeutung ist.

GRÜNE setzen sich dafür ein, dass

- Bürgerbeteiligung frühzeitig stattfindet, da für uns die Meinungen aus der Bürgerschaft von Bedeutung sind.
- die verschiedenen Ressorts der Verwaltung miteinander stärker zusammenarbeiten und ressortübergreifende Teams gebildet werden, damit die Basis für eine gute Bürgerbeteiligung im lernenden System entsteht.
- Transparenz auch innerhalb der Verwaltung alltägliche gelebte Praxis wird und eine Kultur der Kommunikation entsteht.
- die Beteiligung nicht nur durch die Stabsstelle geschaffen wird, sondern sich die gesamte Verwaltung in der Verantwortung sieht.
- die Personalstelle und die Höhe des Budgets so gestaltet wird, dass eine wirklich erfolgreiche Bürgerbeteiligung organisiert werden kann.

3.2 Beirat für Bürgerbeteiligung

GRÜN ist...

...für eine gelebte aktive Bürgerbeteiligung einzutreten.

Zusammen haben Verwaltung, Politik und Vertreter*innen aus der Bürgergesellschaft Leitlinien für eine qualitativ gute Bürgerbeteiligung in einem mehrstufigen Arbeitsprozess erstellt. Im Beirat für Bürgerbeteiligung arbeiten die vorgenannten drei Gruppen im dialogischen Verfahren auf gleicher Augenhöhe zusammen, um gemäß dem Standard der Leitlinien für eine neue Kultur der Bürgerbeteiligung zu sorgen. Die Leitlinien wurden Ende 2017 beschlossen und der Beirat für Bürgerbeteiligung wurde vom Rat einstimmig im März 2018 auf den Weg gebracht. Nun liegen erste Erfahrungen vor. Wir begrüßen diese Entwicklung, sehen die Potenziale, sehen aber auch, dass wir alle noch mehr dazu beitragen können, um die gewollte neue Beteiligungskultur stärker mit Leben zu füllen.

Wir wollen für den Beirat für Bürgerbeteiligung,

- die Gremienarbeit regelmäßig evaluieren und die Arbeit dadurch verbessern.

- eine quotierte Besetzung.
- die Beteiligung der Bürger*innen längerfristig anlegen und das rotierende System mitunter hierfür abschaffen. Denn das Vertrauen der Beteiligten untereinander ist ein wichtiger Faktor.
- andere Sitzungsformen ermöglichen. Dabei muss die besondere Struktur des Beirats berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck sollten mehr Sitzungen anberaumt und der Beirat weniger formal gestaltet werden. Das langfristige Interesse der Bürger*innen aber auch der Politik muss durch innovative Ideen sowie verstärkte Absprachen zwischen den Interessensgruppen langfristig gesichert werden.
- Die Nachhaltigkeitskonferenzen (siehe unten) und vor allem FYOUTure sind in der letzten Legislatur eindeutig erfolgreicher gewesen, als der Beirat für Bürgerbeteiligung. Daraus folgt, dass die Gründe dafür diskutiert werden sollen.
- Der Beirat muss zwangsläufig anders organisiert werden dazu muss es aber auf jeden Fall zu Themen unabhängige Veranstaltungen geben.

3.3 Engagement der Solinger*innen in den Beiräten fördern

GRÜN ist...

...die Arbeit in den Beiräten wertzuschätzen.

Beiräte werden auf unterschiedliche Weise besetzt. Beim Zuwanderer- und Integrationsrat sowie beim Jugendstadtrat sind alle Betroffenen wahlberechtigt. Beim Seniorenbeirat findet eine Wahl unter den an einer Mitgliedschaft Interessierten statt. Beim ÖPNV-Fahrgastbeirat wird ein Teil der Mitglieder unter den interessierten Abo-Kund*innen ausgelost. Beim Beirat für Bürgerbeteiligung werden nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Solinger*innen zur Teilnahme eingeladen. Viele Beiratsmitglieder werden aus Vereinen und Organisationen der Betroffenengruppen delegiert. Ein sehr kleiner Teil der Beiratsmitglieder wird von den Ratsfraktionen entsandt. Weitere Beiräte sind der Beirat Nachhaltige Kommune Solingen, der Behindertenbeirat und der Beirat Untere Naturschutzbehörde. Daneben gibt es den Unterausschuss Gender, Inklusion und demografischer Wandel.

Ihnen allen gemein ist, dass alle oder ein Teil ihrer Mitglieder aus der Zivilgesellschaft und nicht von den Ratsfraktionen entsandt werden. Dies ist auch notwendig, um die Zukunftsfragen wie Klimakrise, demografischer Wandel und Integration mit möglichst vielen Solinger*innen engagiert anzugehen.

Diejenigen, die sich nun aus der Zivilgesellschaft heraus zu kommunalpolitischen Fragen engagieren, gehören besser unterstützt und sollten ernster genommen werden. Beiräte sind wichtige Beraterinnen der Politik. Zudem ergeben sich mit der Mitarbeit in den Beiräten für die beteiligten Akteure und Gruppen die Möglichkeiten:

- die Vorschläge und die Kritik von Betroffenen direkter bei den Verantwortlichen anzubringen.
- die Solinger*innen bei der Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung ihrer Umwelt zu stärken.
- die Akzeptanz eines wertschätzenden, demokratischen Umgangs miteinander zu erhöhen.

Wir wollen für die Beiräte

- eine intensivere Einbindung schon im Vorfeld von Planungen.

- eine stärkere Information über ihre Ziele, Beschlüsse und ihre Arbeit.
- mehr Werbung für den Weg, über die Beiräte Vorschläge in die Politik einzubringen.
- mehr Werbung für die Teilnahme an Beiräten.
- das Recht, beratende Mitglieder in die Ratsausschüsse zu entsenden.
- das Recht, Anträge an die Ausschüsse und an den Rat zu stellen.
- das Recht der Beiratsvorsitzenden, im Rat direkt Stellung zu nehmen.
- prüfen inwiefern Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenerstattungen für Mitglieder des Beirats sinnvoll sind.
- eigene Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen.
- Die Unterstützung des Bürger*innenantrags für die Einrichtung eines Patientenbeirats beim Klinikum.
- der JSR, Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderung müssen in die Hauptsatzung aufgenommen werden. Der JSR soll ein Rede- und Antragsrecht erhalten.
- dass eine gemeinsame jährliche Sitzung von JSR und Rat stattfindet.

Für die Beteiligung der Jugend ist über den Jugendstadtrat hinaus weiter darüber nachzudenken, wie wir mit passenden spezifischen Formaten an junge Menschen herankommen. Denn die jungen Menschen bilden unsere Zukunft und müssen gefördert und gute Angebote der Beteiligung, des Mitmachens erhalten. Eine Idee ist zudem, dass der Rat dreimal jährlich mit Jugendlichen verschiedener Gruppen ins Gespräch kommt.

3.4 Solinger Nachhaltigkeitsstrategie: Ein gelungener Prozess der Einbeziehung der Zivilgesellschaft

GRÜN ist...

...mit den Menschen in der Stadt gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten.

Die Zivilgesellschaft, meldet sich stark zu Wort. Sei es „Fridays for Future“, „Parents for Future“ oder „Solingen gehört uns“. Die Menschen wollen zu wichtige Fragen mitreden. Dies muss die Politik als Chance begreifen. Jenseits der immer wieder zu vernehmenden und zu verurteilenden „Hate-Speech-Attacken“, gibt es doch viel mehr Menschen, die sich konstruktiv mit ihrem Gemeinwesen auseinandersetzen.

Gerade die Einbindung der Zivilgesellschaft in Zukunftsfragen erfolgte in den letzten Jahren verstärkt vorbildlich im Prozess der Erarbeitung der Solinger Nachhaltigkeitsstrategie und eben zusätzlich zum eingesetzten Beirat für Bürgerbeteiligung und den verschiedensten Beteiligungsformaten in der Stadtentwicklung. Hier kamen Bürger*innen mit Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen.

Diese Art der Ermöglichung und Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure erweitert das Spektrum der lokalen Mitmachpolitik und ist letztlich für die Menschen identitätsstiftend. Damit dieser Prozess auch erfolgreich weitergeführt werden kann, haben wir konkrete Vorstellungen – siehe Kapitel „Nachhaltigkeit“.

3.5 Online-Beteiligung

GRÜN ist...

...Onlineformate intelligent zu nutzen.

Im Zuge der digitalen Transformation spielen immer mehr auch Beteiligungsformate eine Rolle, die sich über digitale Plattformen an ihre Zielgruppen richten. Gerade zu Zeiten von Corona haben mehr Menschen als bisher internetbasierte Werkzeuge für die Kommunikation kennen und wertschätzen gelernt. Online-Beteiligung wird bereits in vielen Städten/ Institutionen gelebt. Beispiele dafür sind Neuenrade (Gestaltung eines Platzes durch eine interaktive Karte, auf der die Bürger*innen Gestaltungsideen einbringen konnten) und das Bundesumweltministerium. Hier konnten Bürger*innen auf der Webseite Anregungen zum Umweltschutzkonzept 2050 einbringen. Für eine vermehrte Online Beteiligung gibt es Dienstleister, die speziell dazu beraten und diese auch befördern. Die Stadt Solingen bedient sich bereits eines solchen Dienstleisters.

Ideen und Anregungen, die für Online-Beteiligungen sprechen:

- Online-Beteiligung ist nicht nur umweltschonend (weniger versandte Briefe), sondern auch demokratiebelebend.
- Ein Konzept könnte es sein, den Bürger*innen der Stadt Briefe mit Zugangsdaten zukommen zu lassen, die sie nutzen können, um sich bei den verschiedenen Beteiligungsformen auf der Webseite einzubringen. Diese Passwörter müsste nur einmal verschickt werden und durch den Passwortschutz ist sichergestellt, dass nur Solinger*innen sich beteiligen können. Zugleich sind auch die Anonymität sowie die freie und gleiche Wahl gewährleistet.

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, die den Bürger*innen so zur Verfügung gestellt werden können.

Beispiele dafür sind folgende:

- Online-Befragungen bzw. Umfragen
- Online-Abstimmungen sowie Bewertungsmöglichkeiten
- Ideenwettbewerbe sowie die Möglichkeit Ideen, Anregungen und Vorschlägen einzureichen
- Rubrik „Häufig gestellte Fragen“ einrichten sowie die generelle Möglichkeit Fragen zu stellen
- Interaktive Karte, die es ermöglicht Ideen für bestimmte Standorte einzureichen.
- Öffentliche Sammlung von Ideen, Vorhaben und Maßnahmen, die die Bürger*innen bewerten und kommentieren können.
- Quiz über die Stadt unter dem Motto „Wie gut kennst du Solingen?“

Diese Beteiligungsformen sollten in der Solingen App als auch auf der städtischen Webseite angeboten

werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Präsenzveranstaltungen müssen trotzdem weiterhin stattfinden, um die Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die keinen Internetzugang haben. Es ist wichtig, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen sicher zu stellen. Ziel muss es immer sein, die Neugier der Bevölkerung für städtische Projekte zu entfachen.

Dazu ist es besonders wichtig Beteiligung grundsätzlich am Anfang eines jeden Projektes zu ermöglichen, soweit es rechtlich möglich ist und den Bürger*innen klar zu machen, welchen Einfluss die Beteiligung überhaupt haben kann. So werden keine falschen Hoffnungen geweckt und zugleich trotzdem dargelegt, dass Beteiligung möglich ist. Online-Beteiligung ermöglicht es besonders Erwerbstätigen, die Präsenzveranstaltungen nicht beiwohnen können, ihre Ideen und Anregungen zu verwirklichen. So wird garantiert, dass Beteiligung der gesamten Bevölkerung möglich ist.

3.6 Die Bezirksvertretungen stärken

GRÜN ist...

...die Stadtteilpolitik nicht zu vergessen.

Die Stadt lebt durch starke Stadtteile. Eine Kommunalpolitik von Unten, aus den Stadtteilen heraus, ist nicht nur ein historisch gewachsenes Bedürfnis, sondern auch ein Gebot des Bedürfnisses der Bürger*innen nach mehr Teilhabe an den Entscheidungen der kommunalen Demokratie. Die Bezirksvertretungen erfüllen dabei eine wichtige Aufgabe. Sie sind bürgernäher und werden von den Stadtteilbewohner*innen oft stärker wahrgenommen als der Stadtrat.

Deshalb wollen wir

- den Erhalt aller fünf Solinger Bezirksvertretungen,
- die Übertragung von mehr Aufgaben und Entscheidungsrechten an die Bezirksvertretungen,
- das eigene Budget und die freien Mittel der Bezirksvertretungen für Vereine und Initiativen deutlich erhöhen.

3.7 Rückschlag für die Beteiligungskultur verhindern

GRÜN ist...

...Errungenschaften auch in Krisenzeiten zu verteidigen.

Das in der Hochphase der Corona-Pandemie vom Bundestag beschlossene „Planungssicherstellungsgesetz“, gibt den Behörden die Möglichkeit, die Beteiligungsrechte der Bürger*innen zunächst bis zum 31. März 2021 stark einzuschränken. Das Gesetz erlaubt es, viele Vor-Ort-Beteiligungsformen durch eine Veröffentlichung im Internet zu ersetzen. U.a. kann folgendes entfallen:

- Bürgerversammlungen zu Bebauungsplänen und Erörterungstermine nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
- Bekanntmachungen durch Aushänge,
- die persönliche Einsichtnahme in Pläne bei der Behörde.

Begründet wird dies mit der Einhaltung der Corona-Regeln. Selbstverständlich müssen diese auch bei der Beteiligung der Bürger*innen eingehalten werden. Es ist aber falsch, deswegen den Wegfall wichtiger Beteiligungsformen zu ermöglichen. Dies würde die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Umweltverbände enorm einschränken. Bürgerversammlungen sollen den Einwendenden Gelegenheit geben, ihre Bedenken zu erläutern, die Antragstellerseite intensiv zu befragen, Widersprüche und Defizite in den Unterlagen sowie Ablehnungsgründe aufzuzeigen. In diesen Terminen werden viele Aspekte in vielfacher Rede und Gegenrede behandelt.

Wir GRÜNE fordern

- Beteiligungsverfahren sollten auch während Krisenzeiten so durchgeführt werden, dass bei wichtigen und/oder stark umstrittenen Entscheidungen Bürgerversammlungen zu Bebauungsplänen unter Einhaltung der krisenbedingten Regeln durchgeführt werden. Wenn die Durchführung von Versammlungen im Einzelfall nicht möglich erscheint, sollten die Vorhaben zeitweilig ausgesetzt werden, bis die Durchführung der Veranstaltungen unter den erforderlichen Aspekten der Sicherheit wieder möglich sind.
- Die Beteiligungskultur ist wichtiger als die Schnelligkeit von Bauvorhaben.
- Nicht oder kaum mit dem Internet vertraute Personen dürfen nicht ausgeschlossen werden.

- Grundsätzlich soll weiterhin die Möglichkeit der körperlichen bzw. persönlichen Einsichtnahme in Planungen bestehen.

In Ergänzung zu Vor-Ort-Beteiligungen sollten die elektronischen Akteneinsichtsrechte deutlich ausgeweitet werden. Es ist sinnvoll, dass alle öffentlichen Planungsunterlagen im Internet veröffentlicht werden. Dies sollte z.B. auch für Planungsentwürfe, Gutachten und die Anregungen der Bürger*innen umfassender und übersichtlicher erfolgen, als bisher und auch als im neuen Gesetz vorgesehen.

Gleichberechtigung

4.1 Gezielte Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter

GRÜN ist ...

wenn Frauen sichtbar mitgestalten

In den letzten Jahren ist in der Verwaltung im Hinblick auf Frauen in Führungspositionen einiges passiert. So gibt es – endlich! - wieder wenigstens eine weibliche Dezernentin und auch in den städtischen Gesellschaften sind einige Frauen als Geschäftsführerinnen und in der Kernverwaltung einige Dienstleiterinnen hinzugekommen.

14

Ziel ist für uns weiterhin die vollständige Gleichberechtigung aller Geschlechter im Berufsalltag – daher fördern wir Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, etwa in den technisch geprägten Arbeitsbereichen und den Wirtschaftsbetrieben, und fordern auch Männer auf, in Bereichen, in denen sie nicht ausreichend vertreten sind, gezielt auf, sich zu bewerben.

Unser Ziel ist es, durch gezielte Maßnahmen die Gleichstellung aller Menschen zu fördern:

- wenn Stellen durch Headhunter besetzt werden, soll im Rahmen der Auftragsvergabe festgelegt werden, dass eine bestimmte Mindestanzahl Frauen vorgeschlagen wird
- Bei den anstehenden Besetzungen im Verwaltungsvorstand wollen wir bevorzugt Frauen berücksichtigen.
- Bei Stellen, die vielfach (noch) von Frauen besetzt sind, wie zum Beispiel in der Reinigung, wollen wir möglichst bedarfsdeckende Stellen erhalten und schaffen. Keinesfalls darf die Verwaltung durch Einsatz von Minijobber*innen oder Fremdvergaben Einspareffekte erzielen.
- Home-Office-Möglichkeiten sollen offensiv ausgeweitet werden, wobei dabei nicht nur die Betreuung von Kindern, sondern auch die Pflege und Versorgung älterer oder behinderter Menschen berücksichtigt werden soll. Dabei wollen wir durch geeignete Maßnahmen die gerechte Verteilung von Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen fördern.
- Bei der Entsendung von Menschen in Gremien sollen Verfahren gefunden werden, so dass die Gremien mindestquotiert besetzt werden. Durch Parité-Vorgaben sollen auch entsendende Organisationen der ausgewogenen Besetzung verpflichtet werden.
- Auf Dauer soll die Hälfte der Ehrungen, auch durch Straßenbenennungen, auf Frauen entfallen. Bis zum Erreichen dieses Ziels wollen wir, um aufzuholen bei allen Ehrungen und Benennungen wenigstens 2/3 der Positionen mit Frauen besetzen.
- Durch eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Gleichstellungsstelle und das Solinger Frauenforum in seiner jetzigen Form wirken Frauen neben dem Unterausschuss Gender, Inklusion und demografischer Wandel, der eigene Zuständigkeiten erhalten soll, an der Entscheidungsfindung mit.
- Wir wollen Männern in einer Männerkommission die Möglichkeit geben, ihre Ideen zu einer gendergerechten Stadt zu erarbeiten.
- Die Stadtverwaltung und ihre Betriebe und Gesellschaften hat eine besondere Verantwortung, möglichst viele Menschen aus dem Minijob-Bereich oder freiberuflicher Beschäfti-

gung wenigstens in die Gleitzone mit eigener Altersvorsorge und Sozialversicherung zu bringen. Dies beugt Altersarmut vor und soll bei Vergaben der Stadt besonders berücksichtigt werden, um Vorteile für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu vermeiden.

4.2 Gute Beratungs- und Unterstützungsangebote von Mädchen und Frauen sichern

GRÜN ist...

wenn Frauen und Mädchen gut beraten und versorgt sind

- Spezielle Beratungsangebote für Frauen und Mädchen braucht es weiterhin. Wir haben mit dem Ausschluss von Kürzungen und einer jährlichen, minimalen Erhöhung der Zuwendungen an die Träger der Angebote dafür gesorgt, dass trotz der schwierigen finanziellen Situation der Stadt in allen Lebenslagen Beratung verfügbar ist.
- Parallel zu den Sprachkursen für Migrantinnen soll es Kinderbetreuungsangebote oder spezielle Sprachangebote für die Kinder und Jugendlichen geben.
- Wir wollen auf Volksfesten, auf Partys und in Diskotheken mehr Arbeit gegen sexuelle Belästigung. Zudem wollen wir uns darum kümmern, dass Aktionen wie „Luisa ist hier!“ in Solingen eingeführt werden. Gerade mit Hinblick auf junge Frauen und Mädchen soll der Kontakt zum Jugendstadtrat und zur Jugendförderung gesucht werden.
- Für Opfer häuslicher Gewalt muss die Stadt als Ausländerbehörde besonders geschulte Mitarbeiterinnen bereithalten, die über unabhängige Aufenthaltsberechtigungen beraten und Hilfsmöglichkeiten aufzeigen.
- Es braucht weiterhin ein vielfältiges Angebot an Schwangerschaftskonfliktberatung. Ein Klinikum in städtischer Hand bedeutet für uns auch, dass für alle Frauen eine Abtreibung bei freier Wahl der Methode oder eine Sterilisation verfügbar ist, wenn diese gewünscht wird.
- Frauengesundheitsthemen sollen durch das Gesundheitsamt, unser städtisches Klinikum und die Beratungsstellen aufgegriffen werden.
- Bislang ist lesbisches Leben in Solingen nahezu unsichtbar. Wir freuen uns, dass sich in der Stadtverwaltung eine Gruppe von Lesben und Schwulen gefunden hat, die die Diversität des Verwaltungsalltags begleiten und wollen diese Aktivitäten genauso wie das öffentliche Flaggen der Regenbogenflagge am Rathaus und an anderen öffentlichen Orten politisch fördern.
- Das Frauenhaus braucht eine SGB-II-unabhängige Platzfinanzierung für alle Frauen, auch für Illegale oder andere Frauen, die keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben. Die Stadt muss hierfür Sicherheiten bieten und setzt sich mit GRÜNER Unterstützung für eine auskömmliche Bundesfinanzierung der Frauenhausplätze ein.
- Wir wollen Frauen in allen Lebenslagen ausführlich informieren. Es braucht auf allen Kanälen und in vielen Sprachen, besonders auch in sogenannter leichter Sprache niederschwellige Informationsangebote an Frauen, die häufig auch als Multiplikatorinnen in ihre Familienstrukturen fungieren.
- Ältere Frauen brauchen eine eigene Einladungs- und Informationskultur, die sich nicht nur auf die neuen sozialen Medien und die Presse fokussiert. Quartiersarbeit für Frauen, besonders für ältere und behinderte Frauen, bedarf daher einer niederschweligen Information in Schaukästen und an Pinnwänden in Bürger*innenzentren und allen öffentlichen Gebäuden.

4.3 Sichere und gute Rahmenbedingungen für Frauen im Sport

GRÜN ist...

wenn Mädchen und Frauen im Sport berücksichtigt werden

GRÜNe Sportpolitik ist vielfältig. Wir haben in den letzten Jahren schon einiges erreicht, um das Sportangebot für Frauen und Männer, für Jungen und Mädchen, für Ur-Solinger*innen und Zugezogene attraktiv zu machen. Durch ein besonderes Augenmerk auf Gewalt im Sport, wollen wir den Erkenntnissen zu Gewalt im Sport Rechnung tragen.

- Gemeinsam mit dem Stadtsportbund wollen wir gegen sexuelle Übergriffe gegen Kinder und Jugendliche im Sport vorgehen und nach dem guten Start des Sportbundes im letzten Jahr die Aufklärungsarbeit für Eltern und Aktive fördern, Kinder und Jugendliche in den Vereinen stärken und best-practise-Beispiele aufgreifen und verbreiten.
- Gemeinsam mit den Vereinen wollen wir als Politik Richtlinien erarbeiten, die für sämtliche Vereine als Mindeststandard für den Schutz von Kindern und Jugendlichen gelten. Die Stadt soll dies mit Expertise unterstützen und in einem zu schaffenden Gremium die Bemühungen der Vereine würdigen, damit ein Schutzkonzept ein stadtweiter Standard ist, auf den sich Kinder und Jugendliche, aber auch deren Eltern verlassen können.
- Bei den Sportmitteln wollen wir überprüfen, ob die Mittel gleichmäßig Frauen und Männern in den Vereinen zu Gute kommen. Besondere Unterstützung wollen wir Sportvereinen und Institutionen geben, die integrative Angebote schaffen.
- Die Aus- und Fortbildung weiblicher Übungsleiterinnen, besonders auch solchen mit Migrationshintergrund, dient der Förderung von Frauen im Sport, aber auch dem Schutz vor Gewalt. Wir suchen mit den Sportvereinen Wege, wie dieses erweiterte Engagement erzielt werden kann.
- Mädchen sollen zu besonderem sportlichen Engagement ermuntert werden. Das Selbstbehauptungsprogramm „Mein Körper gehört mir“ soll dauerhaft an allen Schulen angeboten werden.

Umwelt-, Klima- und Naturschutz

Umwelt- und Naturschutz sind Kernthemen, für die sich die Grünen seit ihrer Gründung in Solingen einsetzen. Intakte Biotopstrukturen sind Lebensraum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt. Saubere Quellbäche sichern unser Trinkwasser. Wiesen, Weiden und Wälder sind Arbeitsstandort der heimischen Land- und Forstwirtschaft zur Erzeugung regionaler Produkte, dienen als natürliche CO₂-Senke dem Erhalt unseres Klimas und sind Erholungsraum für die Menschen in unserer Stadt.

17

Auch innerstädtische Grünanlagen und baumbestandene Alleen sind ebenso wie unverbaute Bachtäler unverzichtbar zum Erhalt eines verträglichen Stadtklimas, denn sie verringern - ebenso wie der Umstieg auf regenerative Energien - die Konzentration von Treibhausgasen und sorgen so für frische Atemluft. Sie wirken in der Klimakrise der gesundheitsgefährdenden Aufheizung der Siedlungsbereiche entgegen.

Leider haben zahlreiche Untersuchungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass wir im durch den Menschen geprägten Zeitalter ein Artensterben in nie gekanntem Ausmaß feststellen müssen. Nicht nur bei Insekten ist es zu einem erschreckenden Rückgang von Menge (minus 75 Prozent) und Vielfalt gekommen, sondern auch bei anderen Pflanzen und Tieren ist die Vielfalt (Biodiversität) stark gefährdet.

Knapp 50 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in NRW stehen bereits auf der Roten Liste der gefährdeten Arten und auch in Solingen ist der Rückgang von Vogelarten, Amphibien und wertgebenden Insektenarten beunruhigend. Mit jeder ausgestorbenen Art wird unsere Umwelt ärmer und wird das Netz, das auch uns Menschen trägt, dünner. Zwei heiße und extrem trockene Sommer sowie die Hitzemonate im April und Mai 2020 haben uns auch klargemacht, wie wichtig es für uns ist, auf die Natur Rücksicht zu nehmen.

Solingens Stadtstruktur ist dezentral organisiert. Ein großes Plus Solingens ist, dass (noch) viele grüne Täler fußläufig zu erreichende Naherholungsmöglichkeiten gewährleisten. Solingen besitzt zudem als eine der wenigen Großstädte einen (gefährdeten) Grüngürtel rund um die Stadt, der von den Tälern der Itter und der Wupper im Norden, Osten und Süden sowie der Bergischen Heidelandschaft im Westen gebildet wird. Aber diese Struktur ist bedroht von einem fortschreitenden Flächenfraß, der diese Stadt irgendwann verwechselbar mit vielen anderen machen wird, wenn wir dem nicht entgegensteuern.

GRÜN ist...

...Vielfalt des Lebens erhalten und fördern

Wir GRÜNE wollen eine starke Reduzierung des Flächenverbrauches.

Dazu fordern wir die Ausweisung von Neubauflächen auf außerhalb der Stadtbiotope gelegenen Stadtbrachen statt auf der grünen Wiese sowie die Förderung der Mehrgeschossigkeit bei Wohn- und Gewerbebauten.

Aktiver Umweltschutz heißt deshalb für uns dafür Sorge zu tragen, dass ökologische Schäden gar nicht erst entstehen. Die nachträgliche Reparatur von Umweltschäden (Überflutungen durch Hochwasserereignisse, Sturmschäden, Schadstoff-Belastung von Gebäuden, Altlasten) ist meist nur notdürftig und wesentlich kostspieliger als ihre rechtzeitige und konsequente Vermeidung.

Konkret setzen wir GRÜNE uns ein

- für die konsequente Umsetzung der „Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen“ sowie des „Masterplan grünes Städtedreieck“. Hierzu bedarf es ausreichender personeller und finanzieller Ausstattung.
- dass der Rat der Stadt Solingen angesichts der Gefahren für das Leben auf unserem Planeten durch die drohende Klimakatastrophe den Klimanotstand ausruft!

5.1 Naturschutz und Artenvielfalt

Die Corona-Pandemie des Jahres 2020 hat im Verhältnis des Menschen zur Natur deutlich gemacht, dass in krisenhaften Situationen, die mit der Schließung vieler öffentlicher Einrichtungen vom Hallenbad, über kulturelle Einrichtungen bis hin zum Spielplatz einhergehen, der Mensch sich auf die heimischen Naturräume zurückbesinnt.

Die reichhaltige Ausstattung von Solingen an attraktiven Natur- und Landschaftsschutzgebieten wurde in der Corona-Krise intensiv zum befreienden „Durchatmen“ genutzt. Natur bietet Erholung, die Möglichkeit zur Steigerung der Abwehrkräfte durch Radfahren oder Joggen und zum gemeinsamen spielerischen

Naturerleben mit der ganzen Familie. Die Erholungsfunktion durch den Erhalt zusammenhängender, unverbauter Landschaftsräume zu erhalten ist für uns daher wichtiger Auftrag aus den Lehren der Corona-Pandemie.

Gleichzeitig hat die Corona-Krise jedoch auch deutlich gemacht, dass die massive gesellschaftliche Nutzung die heimische Natur an ihre artenbezogene Kapazitätsgrenze bringt. Die Nutzung von Wiesen und Waldlichtungen fernab der Wege führt zu einer Belastung heimischer Tierarten, die aus ihren Brut- und Reproduktionsräumen verdrängt werden, das wilde Befahren und Betreten von Schutzgebieten zerstört wertvolle Standorte heimischer Pflanzen oder führt zu extremer Bodenerosion in Hangbereichen. Eine weitere Lehre der Corona-Pandemie ist daher ein schlüssiges, und selbsterklärendes Nutzungsmanagement in Solinger Naturschutzgebieten zu entwickeln und ordnungsrechtlich sicherzustellen, die einerseits seltenen Tier- und Pflanzenarten die notwendigen, vom Menschen unberührten Ruhe- und Rückzugsräume schafft und gleichzeitig die Erholungsfunktionen der Natur für den Menschen gewährleistet.

GRÜN ist...

...der Erhalt der Vielfalt an Tieren, Pflanzen und deren Lebensräume

Wir GRÜNE wollen den Erhalt der Vielfalt von Tieren, Pflanzen und deren Lebensräumen. Der Schutz der Biodiversität ist zwingend notwendig, da der Verlust an Artenvielfalt immer gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und damit unserer Lebensgrundlagen. Wenn der Klimawandel im bisherigen Tempo anhält, werden Schätzungen zufolge bis zu 30 % aller weltweiten Arten bis zur Mitte dieses Jahrhunderts ausgestorben sein. Wer zudem die Entwicklung der Roten Listen der gefährdeten Pflanzen, Tiere und Pflanzengesellschaften in NRW sieht, begreift, dass auch hier große Anstrengungen zum Schutz und zur Entwicklung der biologischen Vielfalt dringend notwendig sind. Der Schutz der Biodiversität muss ins Bewusstsein gebracht und systematisch in alle relevanten Politikfelder integriert werden. Dies gilt insbesondere für die Ökologisierung der Land- und Waldwirtschaft und für die Erhaltung und Entwicklung von Trittsteinbiotopen im innerstädtischen Raum.

Für einen wirksamen Biotop- und Artenschutz wollen wir

- die personelle Stärkung des Stadtdienstes Natur- und Umwelt zur gezielten Einwerbung von EU-, Bundes- und Landesfördermitteln zur Schaffung eines Kulturlandschaftsprogramms und zur Fortschreibung des Landschaftsplans Solingen.

- einen verbesserten umsetzungsbezogenen Artenschutz durch Verdoppelung des bislang auf 20.000 Euro jährlich gedeckelten Förderanteil von kontinuierlich notwendigen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (FÖNA, ELER).
- die praxisbezogene Unterstützung der ehrenamtlich arbeitenden Umwelt- und Naturschutzverbände sowie der umweltpädagogischen Arbeit der Waldschule Solingen.
- die Sicherung und Stärkung der Arbeit der Biologischen Station Mittlere Wupper als wichtigem kommunalem Partner und Moderator bei Fragen des Biotop- und Artenschutzes unter anderem durch Schaffung eines erweiterten Stationsgebäudes.
- einen übergreifenden Biotopschutz von Offenland, Wald und Gewässerkomplexen sowie eine den neuen Anforderungen an den Biotop- und Artenschutz gerecht werdende Fortschreibung des Landschaftsplanes. Dazu gehört auch die Ausweisung und Entwicklung großflächiger, unzerschnittener Naturräume zum Erhalt überlebensfähiger Tier- und Pflanzengesellschaften sowie die Ausweisung so genannter Prozessschutzflächen, in denen sich Wald und Grünland ungestört entwickeln können. Schutzwürdige oder entwicklungsfähige Gebiete sollten zur dauerhaften Sicherung angekauft werden, damit unser Naturerbe auch künftigen Generationen erhalten bleibt.
- die Anreicherung von Parks, Grünanlagen und Wiesen mit einheimischen Wildblumen sog. Regiosaatgut.
- die Erarbeitung von Strategien zur Umwandlung von Schotter-Vorgärten in blühende Vorgärten und Gärten.
- ein Verbot der Ausbringung von Pestiziden (wie Glyphosat) und Festschreibung biologisch nachhaltiger Bewirtschaftung beim Abschluss von städtischen Pachtverträgen (mit Kleingärtner*innen, Landwirt*innen, Tierhalter*innen)
- die Entwicklung eines Kulturlandschaftsprogramms für Solingen zur verbesserten Einwerbung von Landesmitteln zur naturverträglichen Bewirtschaftung und entsprechenden Honorierung von Landwirten auf Solinger Offenlandflächen
- eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Öffentlichkeitsarbeit im Umweltbereich (Insektenschutz, Verhinderung von Vogelschlag, Baumschutz, Erklärung von ökologisch sinnvollen Umbau- und Pflegemaßnahmen) im städtischen Haushalt vorsehen.

5.2 Baum- und Waldschutz

GRÜN ist...

...der Schutz und Erhalt von Wäldern, Straßenbäumen und Baumalleen

Von den 8.900 ha Solinger Fläche wird rund ein Viertel durch Wald bedeckt. **Wir GRÜNE wollen den Wald als ein naturräumlich und historisch prägendes Element der Stadt Solingen schützen und erhalten.** Der Wald nimmt neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung als Holzlieferant auch zahlreiche volkswirtschaftlich bedeutsame Funktionen ein. Zu nennen sind hierunter beispielsweise Erholungsraum, Wasserrein- und -rückhaltung, Erosionsschutz, Luftreinhaltung, Kühlung des Lokalklimas und der wertvolle Lebensraum für viele an den Wald gebundene Tier- und Pflanzenarten vom Feuersalamander bis zum Uhu.

Eine wichtige Funktion für besonders anspruchsvolle, teils hochspezialisierte Arten übernehmen dabei sogenannte Wildniswälder. Wildnis erfüllt vielfältige Funktionen für den Menschen und ist gleichfalls ein notwendiger Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Der 2005 rechtskräftig ge-

wordene Landschaftsplan hat hier eine wichtige Grundlage gelegt, aus der heraus in den vergangenen 10 Jahren bedeutsame Maßnahmen für den Biotop- und Artenschutz umgesetzt werden konnten.

Innerstädtisch und auch im städtischen Außenbereich nehmen aber auch prägende Einzelbäume und Baumalleen wichtige ökologische Funktionen ein als Brutraum für Vögel, Leitstruktur für Fledermäuse und Schattenspende für Mensch und Tier.

Infolge der Dürreperioden 2018 und 2019 sowie durch den Menschen eingeschleppte Viren, Pilze und Schadinsekten steht der Waldbestand jedoch vor dramatischen Zeiten. Allen fallen die rasant absterbenden Fichtenbestände ein, aber auch bereits erste Buchen und andere Laubhölzer sterben ab oder lassen vorzeitig das Laub fallen. Die extrem schlechten Grundwasserwerte und das hierdurch gestörte Bodenleben, dessen Wiederaufbau selbst bei günstiger Witterung mehrere Jahre benötigen wird und die explosionsartige Vermehrung des Borkenkäfers lässt die im Wald arbeitenden Menschen in einen schier aussichtslosen Wettkampf mit der Zeit eintreten.

Wir GRÜNE treten ein für:

- die Schaffung einer Stelle im Bereich des Kommunalforsts zum Management des klimaplastischen Solinger Waldes (Leitbildes für die zukünftige Waldentwicklung) und entsprechenden Einwerbung von Fördermitteln.
- die Umwandlung der Solinger Wälder in klimaplastische Laubmischwälder heimischer Arten.
- die Ausweisung von Wildniswaldflächen mit erhaltenswerten, alten Bäumen für Vögel und Fledermäusen.
- die Erhaltung und Erweiterung von Alleen in unserer Stadt durch Baumpflege und Nachpflanzungen.
- die Erhaltung von Bäumen im Straßenraum und Anpflanzung von mindestens 1000 neuen Straßenbäumen, u.a. in bisher baumlosen Straßenzügen zur Verbesserung des Stadtklimas.
- endlich Schluss zu machen mit den wiederholten Versuchen, die Solinger Baumschutzsatzung abzuschaffen.

5.3 Wasser und Abwasser

GRÜN ist...

...ein sorgsamer Umgang mit der Ressource Wasser

Wasser ist lebensnotwendig für den Menschen. **Wir GRÜNE wollen die Wasserversorgung in kommunaler Hand behalten.** Angesichts der langanhaltenden Dürreperioden infolge des Klimawandels wird nun deutlicher wie je zuvor wie wichtig eine ausreichende Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand ist. Das Trinkwasser in Solingen - gespeist aus den drei Quellen Dhünn-, Sengbachtalsperre und Wasserwerk Baumberg (Gemeinschaftswasserwerk mit Hilden) - zeichnet sich durch eine hohe Qualität aus, z. B. abzulesen an stetig gesenkten Nitratwerten, die weit unter dem behördlichen Grenzwert liegen.

Gleichzeitig zeichnet sich das Solinger Fließgewässersystem - auch infolge zahlreicher Renaturierungsmaßnahmen der Technischen Betriebe Solingen - durch eine hohe Naturnähe mit zahlreichen bedeutsamen wasserlebenden Tier- und Pflanzenarten aus. Doch auch hier, wie in den Stillgewässern, macht sich der Klimawandel in den vergangenen Jahren mit absinkendem Grundwasserspiegel, dem Austrocknen von Amphibiengewässern und bei fehlender Schüttung von Quellbächen dramatisch bemerkbar.

Viele auf Gewässer angewiesene Tier- und Pflanzenarten stehen vor dramatischen Bestandseinbußen bis hin zum Aussterben und auch die Trink- und Brauchwasserversorgung des Menschen muss sich auf herausfordernde Zeiten einstellen.

Wir GRÜNE wollen auch weiterhin, dass in Solingen eine sichere Trinkwasserversorgung mit hoher Gewässergüte gewährleistet werden kann und das Gewässersystem auf den Klimawandel vorbereitet wird.

Ziel der GRÜNEN ist, dass

- auch in Zukunft die Trinkwasserversorgung der Solinger Bürgerschaft aus drei unterschiedlichen Wasserquellen erfolgt: dem Gemeinschaftswasserwerk Bergischer Trinkwasserverbund Dhünntalsperre, der Stadtwerke eigenen Sengbachtalsperre und dem Gemeinschaftswasserwerk Baumberg mit den Stadtwerken Hilden.
- die Qualität des Solinger Trinkwassers weiter gesichert und verbessert wird. Der Schutz der Sengbachtalsperre durch den umgebenden Wald- und Landschaftsgürtel ist wichtig. Hierzu sollten die Flächen der Trinkwasserschutzzone 1 gekauft und als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.
- das Gebiet des Wasserwerks Baumberg als Wasserschutzgebiet ausgewiesen wird.
- der Stadtrat sich weiterhin gegen EU-Bestrebungen zur verstärkten Privatisierung der Trinkwasserressourcen einsetzt und dies auch in den kommunalwirtschaftlichen Verbänden gegenüber den diversen Regierungsstellen deutlich macht.
- die vorhandenen Wasserläufe geschützt werden. Von daher muss im Rahmen der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie die Durchgängigkeit der Wupper und ihrer Nebenflüsse durchgesetzt und die Renaturierung der Solinger Bäche aktiv fortgesetzt werden. Gleichzeitig bieten Bäche und Flüsse mit ihren natürlichen Auen neue Wege, um den Anforderungen an die kommunale Entwässerung durch vermehrte Starkregenereignisse im Rahmen des Klimawandels zu begegnen. Erste Beispiele neuer Entwässerungsstrategien im Einklang mit der Natur finden sich bereits in Solingen, etwa im Weinsberger Bachtal. Dieser Weg muss in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.
- die Stadt Solingen einen ökologischen Strategieplan Gewässerschutz unter Einbindung der im Arten- und Gewässerschutz bedeutsamen Akteure (Wasserverbände, Biologische Station u.a.) aufstellt, um dem im Rahmen des Klimawandels verstärkt auftretenden Fließgewässerextremsituationen, Austrocknen von Biotopschutzgewässern und dem Austrocknen von auf einen entsprechenden Grundwasserspiegel angewiesenen Biotopstrukturen und CO₂-Senken wie Feuchtwiesen und Moore entgegenzuwirken.
- der bundesweit nahezu einmalige lineare Tarif für Trinkwasser, der nach dem realen Verbrauch abrechnet, beibehalten wird.
- den in der Wupper und andere Solinger Fließgewässer eindringenden Neozoen (mit menschlicher Einflussnahme neu etablierte Tierarten) gezielt entgegengewirkt wird.
- Die Abwassersituation in Solingen hat sich durch das 1988 von den Grünen mit beschlossene Abwassersanierungsprogramm seither deutlich verbessert. So vermeidet die Einführung der Trennkanalesation von Brauch- und Regenwasser beispielsweise den Bau von groß dimensionierten teuren Regenüberlaufbecken und Kanälen, die immer einen massiven Eingriff in die Natur darstellen. Ziel ist es, Regenwasser auf Grundstücken versickern zu lassen und geregelt den Bächen zuzuführen.

Daher wollen wir, dass

- Wege und Parkplätze mit wasserdurchlässigen Decken gebaut werden. Das vermeidet im Übrigen auch den Bau größerer (teurerer) Kanalbauten.
- bestehende Flächen - wo immer möglich - entsiegelt werden. Dafür sollte ein aktives Entsiegelungsprogramm aufgestellt werden. Die Einführung einer getrennten Abwassergebühr (Schmutzwasser- und Regenwassergebühren) auf grüne Initiative hin, hat Wirkung gezeigt. Dieser Kurs muss weiterverfolgt werden.

5.4 Klimaschutz

GRÜN ist...

22

...Klimaschutz als Aufgabe zu begreifen, die uns alle angeht

Wie die zunehmenden Extremwetterlagen infolge des Klimawandels unser tägliches Leben verändern können, davon bekam man mit dem Orkan „Kyrill“ im Januar 2007, den Hitzeperioden im Sommer 2006 und 2013 aber auch den antizyklischen Hochwasserereignissen im Mai 2006 und September 2007 eine sanfte Vorahnung. Sturm „Friederike“ im Jahr 2018 und die Extremdürrejahre 2018 und 2019 sowie absehbar auch 2020 machen mittlerweile die gesamte Dramatik und Geschwindigkeit des menschengemachten Klimawandels deutlich.

GRÜN ist...

...Massentierhaltung beenden

Wir können die Welt nicht retten, ohne einem der größten CO₂-und Methangas-Produzenten zu Leibe zu rücken, der Massentierhaltung! Der Klimawandel ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. **Wir GRÜNE wollen den Klimawandel mit wachem Blick begegnen und haben großes Verständnis für die menschliche Bequemlichkeit und Unlust, liebgewonnene Gewohnheiten aufzugeben!**

Die katastrophalen Auswirkungen der weltweiten Massentierhaltung auf das Klima sind vielfach belegt. Um das Klima zu schützen müssen wir also bei uns anfangen, um etwas Sinnvolles zu tun! Jede*r kann dazu etwas beitragen und es muss nicht unbedingt radikal sein. Wir müssen nur endlich damit beginnen! Wir sind in Sachen Klimaschutz jetzt an einem Punkt, an dem wir von der Brücke springen oder aber darüber gehen können! Was können wir also konkret tun?

Ein interessanter Ansatz wäre da zum Beispiel zu erkennen, dass unsere Essensauswahl laut wissenschaftlichen Studien gesellschaftlich ansteckend ist und immer einen Einfluss auf andere im Umfeld, sei es innerhalb der Familie im Freundes – und Bekanntenkreises, oder am Arbeitsplatz!

So können wir z. B. unsere Lebensmittel regional einkaufen, entweder direkt beim Erzeuger oder aber bei zertifizierten Bioläden im Bergischen Land. So tragen wir dazu bei, dass keine unnötig langen und das Klima belastende Transporte entstehen!

Individuelle Verbraucherentscheidungen werden so eine komplexe Dynamik in Gang setzen! Soll heißen: dass unsere Ernährungsweise sehr wohl auf andere abstrahlt und sie beeinflusst! Mit anderen Worten: hier kann Jede*r mit gutem Beispiel vorangehen!

So können wir agieren, wenn wir tatsächlich etwas für den Klimaschutz bewirken wollen und damit auch die überlebenswichtige Klimawissenschaft in die bitter nötige Offensive bringen wollen! Dabei sollten wir den Zeitfaktor nicht außer Acht lassen. Wenn wir erst noch weitere Monate oder gar Jahre warten, bis wir wirklich anfangen etwas zum Schutz unseres Klimas zu tun, wird dies zu irreversiblen Folgen führen! Die Wissenschaft spricht dabei von dem sogenannten „Kipp-Punkt“ von dem es der Menschheit nicht mehr möglich sein wird, etwas wirklich Wirksames und in seinen Auswirkungen Effektives zu erreichen, um den Klimawandel zu stoppen!

GRÜN ist...

...Wildnisflächen schaffen

Eine andere nicht so bekannte, aber sehr wirkungsvolle Maßnahme, um in Deutschland langhaltig etwas für den Klimaschutz zu tun, wurde sogar vor Jahren von einer deutschen Bundesregierung in einem bemerkenswerten Naturschutzgesetz festgeschrieben: 2 Prozent der in Deutschland existierenden Waldfläche sollte in einigen Jahren in eine reine Wildlandschaft umgewandelt werden, und dies ohne irgendwelchen menschlichen Einfluss! Bisher wurden jedoch nur gerade mal 0,6 Prozent der Zielvorgabe erreicht. **Wir GRÜNE wollen Teile des Solinger Waldes als Wildniswald in diesen ehrgeizigen Plan mit einbeziehen.** Entsprechende Überlegungen wurden bereits bei der „Biologischen Station Mittlere Wupper“ angestellt, so dass auch wir hier vor Ort aktiven Umweltschutz durch „Nichteinmischung“ betreiben könnten.

GRÜN ist...

...Partnerschaften und Hilfe für ärmere Länder beim Klimaschutz

Das Thema Klimaschutz hat aber neben dem ja auf der Hand liegenden regionalen Aspekt auch einen ganz wichtigen Einfluss auf die ökosozialen Folgen unseres weltweiten Wirtschaftens. Hier stehen vor allen Dingen die großen Industrienationen in der Pflicht verantwortungsvoll und nachhaltig zu agieren!

Als historisch größte Verursacherinnen des Klimawandels stehen sie in der Verantwortung und müssen den Entwicklungsländern einen Teil der auch durch uns entstandenen Last abnehmen, die sie heute und in Zukunft zu tragen haben, um ihren Klimaschutz vor Ort zu organisieren. Nur so können zukünftig weitere zahlenmäßige gewaltige Flüchtlingsbewegungen vermieden werden.

Wir müssen uns bewusst sein, dass der Klimawandel in diesen Ländern katastrophale Auswirkungen auch deshalb zeigen wird, da es vor Ort oft an institutioneller sozialer Infrastruktur fehlt und die Länder häufig unter schlechter Gouvernance zu leiden haben! **Wir GRÜNE wollen diesen Ländern Hilfen** und Unterstützung sowie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe **anbieten.** Zusammen können wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies hilft sowohl im Umfeld der Partnerländer, wie auch uns! Wer lokal tätig ist, kann global wirken!

GRÜN ist...

...Gerechtigkeit herstellen

Um das alles umzusetzen, also einen wirklich nachhaltigen Klimaschutz zu implementieren und zu praktizieren brauchen wir stabile Gesellschaften, in denen Gerechtigkeit herrscht! **Wir GRÜNE wollen soziale und ökologische Gerechtigkeit!** Und zur sozialen gehört auch die Bildungsgerechtigkeit wie auch eine gerechte Verteilung von Kapital und lebensnotwendigen Ressourcen. Denn selbst, wenn wir es schaffen würden, ökologische Landwirtschaft zu betreiben, ökologische Mobilität und anderes auf den Weg bringen, dann hätten diejenigen, die ohne oder mit unzureichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sind, gar keine Chance aktiven Klimaschutz zu betreiben! Letzten Endes gipfelt beim Thema Klimaschutz alles in der entscheidenden Frage: Kann und will die Weltgemeinschaft den schon eingetretenen Klimawandel mit seinen verheerenden Folgen überhaupt noch verhindern?

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- Das Klimaschutzprogramm der Stadt mit deutlich stärkeren personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet und konsequent umgesetzt wird.
- die jeweils aktuell nachhaltigsten Standards bei der energetischen Gebäudesanierung festgeschrieben und realisiert werden.
- die im Klimamanagementplan der Städte Remscheid und Solingen vorgeschlagenen Maßnahmen systematisch umgesetzt werden.

- Integrierte Klimaschutzmaßnahmenplanung im technischen Umweltschutz (Gebäudesanierung, Emissionsminderung etc.) und Naturschutz (Erhaltung und Schaffung von CO₂-Senken, Verbesserung des Stadtklimas durch Bäume, Wasserflächen etc.) umgesetzt wird.
- der Informationsaustausch zwischen den Kommunen und die Vergabe gemeinsamer Gutachten zu Themen des Klimaschutzes gefördert wird.
- die Interessen der amazonischen Indianervölker an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage, durch Titulierung und nachhaltige Nutzung ihrer Territorien im Rahmen der Solinger Mitgliedschaft im Klimabündnis unterstützt wird.

5.5 Luftreinhaltung

GRÜN ist...

...die Luftqualität verbessern

Ein erheblicher Anteil beim Kampf für den Klimaschutz ist zweifelsohne die Qualität unserer Ressource Luft. Sie ist eines unserer wichtigsten Elemente überhaupt. Die Luftqualität ist auch in weiten Bereichen Solingens nur „mäßig“, wie die „Ermittlung der Luftgüte im Stadtgebiet von Solingen mit Flechten als Bioindikatoren 2006“ ergab.

Neben natürlichen Ursachen ist vor allem der Mensch für die derzeitige Luftverschmutzung verantwortlich. Schadstoffe in der Luft kosten hunderttausende Menschen das Leben. **Wir GRÜNE wollen eine Absenkung der derzeit gültigen Grenzwerte.** Die EU in Brüssel arbeitet bereits an Plänen für die Umsetzung, die dann auch zeitnah in Landes- und Kommunalpolitik umgewandelt wird. Dadurch würde es zukünftig auch in Solingen ein Instrument zur Eindämmung der Luftschadstoffe geben. Die Luft ist auch in Solingen durch Autoabgase, Schwermetalle oder Ozon belastet. Luftreinhaltung und Klimaschutz sind daher wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Umwelt, der Anspruch an kommunales Handeln ist entsprechend hoch.

Unter anderem durch eine konsequent umgesetzte und nachhaltige Verkehrspolitik lassen sich die von uns in der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen propagierten Klimaschutzziele erreichen, deren Einhaltung dann durch ein konsequent eingesetztes Klimabarometer überwacht werden können. Wir GRÜNE befürworten daher auch konkret eine Verstärkung von Geschwindigkeitskontrollen sowie eine stärkere Überprüfung der Luftschadstoffe infolge von privat und industriell verursachten Verbrennungsvorgängen in der mittelbaren und unmittelbaren Umgebung.

Besonders wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung sind auch die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien in Solingen und die energetische Gebäudesanierung (s. Kapitel 21.3. Gebäudesanierung).

Wir wollen, dass der Öffentlichkeit bei gesundheitskritischen Schadstoffbelastungen in der Luft (z.B. hohe Ozonwerte bei hoher Sonneneinstrahlung im Sommer) aktuelle stadtteilbezogene Informationen durch einen online abrufbaren Luftbelastungsmonitor gegeben wird.

5.6 Flächenverbrauch stoppen

GRÜN ist...

...Freiräume und den Solinger Grüngürtel erhalten und erweitern

Hitze, Dürren, städtische Wärmeinseln: Der Klimawandel ist bereits in unserer Stadt zu spüren und hat z. B. in den vergangenen Sommern massive Auswirkungen auf die Landwirtschaft gehabt. Die Bedeutung der Hitzebelastung in Solingen wird zukünftig weiter zunehmen. Die aktuellen Klimaprojektionen für unsere Stadt gehen davon aus, dass die durchschnittlichen Jahrestemperaturen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zwischen 0,7 und 1,7 Grad Celsius (°C) ansteigen werden. Besonders in den Innenstadtbereichen mit verringertem Luftaustausch, Wärmespeicherung von Gebäuden und

Straßen sowie der Abstrahlung von Wärme durch Industrie und Verkehr kann die Temperatur in den Hochsommermonaten um bis zu zehn Grad höher liegen als im Umland.

Der städtische Wärmeinsel-Effekt ist in der Nacht am stärksten ausgeprägt und wirkt sich auch negativ auf den Schlaf und die nächtliche Erholung aus. Wir GRÜNE wollen den größtmöglichen Erhalt der GRÜN- und Freiräume. Dies ist angesichts der dramatischen Klimaveränderungen ein wichtiges Ziel grüner Umwelt- und Stadtplanungspolitik, aber auch um Stadtbiotopverbünde und den Solinger Grüngürtel zu schützen. GRÜN- und Freiflächen sind Ausgleichsflächen für überwärmte Bereiche: Durch sie wird der Luftaustausch positiv beeinflusst sowie Schadstoffe aufgenommen.

Grünflächen gibt es in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren momentan kaum. Auch in den Außenbereichen sowie im Solinger „Grüngürtel“ müssen bestehende Flächen erhalten werden. Insgesamt fordern wir eine Netto-Null-Flächenversiegelung.

GRÜN ist...

...den Flächenverbrauch stoppen

Bei der *Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen* konnten wir erreichen, dass als Strategisches Ziel beschlossen wurde: „Ab 2030 gelingt es, den Flächenverbrauch von unversiegelten Flächen für die bauliche, verkehrliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt auf Null zu reduzieren“. Schon ab 2025

soll die Inanspruchnahme von unversiegelten Flächen gegenüber der Periode von 2011 bis 2016 halbiert sein. Die Stadt hat erste Schritte hin zu diesem Ziel ergriffen: Die Reaktivierung von Brachflächen wird aktiver als früher angegangen. So wird die Sanierung und Wiedernutzung des mehr als ein Jahrzehnt leerstehenden Rassepe-Gewerbegebietes jetzt endlich aktiv vorangetrieben. Die Stadt erstellte zudem das von uns seit langem geforderte Brachflächen-Kataster. Aber noch immer wird die Versiegelung von Landschaft für neue Wohn- und Gewerbegebiete im Außenbereich - unter anderem im Ittertal – stark vorangetrieben.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass

- keine neuen Gewerbegebiete im Naturraum errichtet werden, sondern die Gewerbe- und Industriebrachen reaktiviert werden.
- keine zusätzlichen Wohn- und Gewerbegebiete im Flächennutzungsplan ausgewiesen werden.
- eine effektivere Flächennutzung unter anderem durch mehrgeschossiges Bauen und die Inanspruchnahme ökologisch unbedenklicher Baulücken verfolgt wird.
- Bauvorhaben auf unversiegelten Flächen mit der Begrünung von versiegelten Flächen ausgeglichen werden.
- eine verpflichtende Begrünung von länger als zwei Jahren brachliegenden Flächen greift.

GRÜN ist...

...das Ittertal als Teil des Solinger Grüngürtels erhalten

Bis heute bildet das Ittertal zusammen mit dem Tal der Wupper und der Ohligser Heide einen Grüngürtel rund um Solingen. Schon länger kämpfen wir GRÜNE gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ gegen die Errichtung von vier neuen Gewerbegebieten im Ittertal. Im März 2015

beschloss die Mehrheit des Stadtrats, das Landschaftsschutzgebiet Buschfeld - das größte der vier Gebiete - nicht zu bebauen. Ein wichtiger Teilerfolg. Aber nach dem Willen des Regionalrats soll auch dieses immer noch mit Gewerbe überbaut werden.

Wir wollen, dass

- das Landschaftsschutzgebiet Buschfeld in Wald erhalten bleibt und seine Ausweisung als Gewerbegebiet im Regionalplan gestrichen wird.
- die Landschaftsbereiche Piepersberg West und Fürkeltrath II in Gräfrath und Keusenhof in Ohligs als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und ökologisch aufgewertet werden.

26

GRÜN ist...

...mehr Aufenthaltsqualität und Grünflächen in den Stadtteilzentren

Die Solinger Innenstadtbereiche dienen als Aufenthaltsort für Menschen und Tiere. Für eine Begrünung spricht neben der Hitze- und Schadstoffreduzierung auch die Steigerung der Aufenthaltsqualität sowie der Schutz der Artenvielfalt. In den Stadtteilzentren, unter anderem in Mitte, Ohligs und Wald dominiert weiterhin der Autoverkehr und lässt wenig Raum für Begrünung.

Wir GRÜNE fordern ein Verkehrskonzept, welches den Autoverkehr in den Stadtteilzentren stark reduziert unter anderem durch Verkehrslenkung und die Förderung von Rad, Bus und Bahn. Notwendig verbleibender Verkehr soll auf Schrittgeschwindigkeit verringert werden („Verkehrsberuhigter Bereich“). Das schafft nicht weniger Mobilität, sondern ermöglicht ganz im Gegenteil eine viel modernere und nachhaltigere Nutzung der Flächen. Parkflächen sollten wenn möglich am Rande der Stadtkerne liegen und kurze Fahrten mit dem ÖPNV in die Innenstadt zu möglichst günstigen Preisen angeboten werden. Dabei sollen Menschen, die körperlich beeinträchtigt sind, selbstverständlich weiterhin die Möglichkeit haben, möglichst nah mit dem Auto zum Einkaufen zu fahren. Durch den Rückbau von Fahrstreifen für den Autoverkehr werden erhebliche Flächen frei, die für den Umweltverbund, für Fußgänger und für Grünflächen genutzt werden können.

Die Stadtbegrünung soll grundsätzlich mit besonders insektenfreundlichen Wildblumen umgesetzt werden, die das Stadtbild für Mensch und Tier verschönern. Auch an Fassadenbegrünung muss mehr gedacht werden: Sie kühlt zusätzlich die Hauswände und steigert die Luftqualität.

Im Einzelnen fordern wir

- ein neues Verkehrskonzept für die Innenstadtbereiche: Mehr Mobilität – weniger Autos.
- die Entwicklung von autofreien Innenstadtbereichen durch Park & Ride-Systeme.
- die Entwicklung von Innenstadtbereichen, in denen Schritttempo gilt.
- kostengünstige Fahrten mit dem ÖPNV in die Innenstadt.
- den Rückbau von Fahrspuren für den Autoverkehr, z. B. am Neumarkt in Mitte oder am Marktplatz in Ohligs.
- Platz zu schaffen für begrünte Aufenthaltsbereiche, Radwege und den ÖPNV.

GRÜN ist...

...die Stadtplanung an den Nachhaltigkeitszielen orientieren

Aus der 2018 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie ergeben sich vielfältige Veränderungen für die künftige Bebauungsplanung. Wir GRÜNE fordern, diese Aufgabe stärker wahrzunehmen.

Im Einzelnen fordern wir

- den Landschaftsplan, die Stadtbiotopkartierung und die Stadtklimaanalyse zu aktualisieren sowie ein Freiflächenentwicklungskonzept zu entwickeln.
- die Berücksichtigung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie bei der Auswahl potentieller Bebauungsplangebiete.
- die Prüfung der Auswirkungen von potentieller Bebauung auf das Stadtklima, auf Frischluftentstehungsgebiete und -schneisen sowie auf den Biotopverbund.
- die Errichtung einer Klimaschutzsiedlung; seit 10 Jahren ist die Verwaltung mit der Prüfung eines geeigneten Standorts einer Klimaschutzsiedlung beauftragt.
- bei Neubauten mit Hilfe von Bebauungsplänen und Städtebaulichen Verträgen Festlegungen zu treffen über:
 - Energiestandards, die höher liegen, als die gesetzlichen Verpflichtungen.
 - die Anteile von Photovoltaik, Solarkollektoren und/oder Gründächern.
 - die Verwendung ökologischer Baustoffe.
 - den Anteil von entsiegelten Flächen.
 - die Errichtung von Fahrradabstellanlagen.
 - die Begrünung von Stellplatzanlagen.

27

GRÜN ist...

...Stadtbegrünung erhalten, verbessern und erweitern

GRÜNE setzen sich ein für

- den Erhalt der Kleingartenanlage Bussche-Kessel-Weg in Ohligs, deren Bestand akut bedroht ist.
- einen vollständigen Erhalt des Gustav-Coppel-Parks am Kannenhof, der immer wieder von Plänen für einen Teilverkauf bedroht wird.
- die Bepflanzung von innerstädtischen Grünflächen mit bienen- und insektenfreundlichen Wildblumen, da diese den Lebensraum für existenziell wichtige Lebewesen sichern.
- die Pflanzung von mindestens 1000 neuen Straßenbäumen in den nächsten fünf Jahren.
- die Neuschaffung innerstädtischer Grünflächen und Parkanlagen, wo immer dies möglich ist.
- eine Erhöhung des Flächenentsiegelungsanteils im Bestand und eine diesbezügliche Festschreibung bei Neubauprojekten.
- die Errichtung von Fassaden- und Dachbegrünung (z. B. Moosflechten) auf Haltestellen und an Hauswänden.

5.7 Vermeiden, Vermindern, Verwerten

GRÜN ist...

...Abfallpolitik als Ressourcenpolitik betreiben

An erste Stelle steht die Müllvermeidung. Die Bewusstseinsbildung für Müllvermeidung ist daher ein wesentlicher Ansatz einer zukunftsfähigen Abfallpolitik. In Solingen laufen dazu über die enge Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, des Nachhaltigkeitsmanagements und Verbraucherberatung vielfältige Aufklärungsaktionen in Kitas, in Schulen und in Informationskampagnen für die Öffentlichkeit.

Nach der Müllvermeidung verfolgen wir GRÜNE mit der Verminderung die Strategie, die Erhaltung und Langlebigkeit von Produkten zu sichern. Auch hier ist ein Bewusstsein zu unterstützen, was auf den Kauf hochwertiger Produkte setzt, die dann mit ihrer Qualität auch länger in Gebrauch sein können. Wir unterstützen die Ziele zur Müllreduzierung gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie, demnach die Restmüllmenge gegenüber dem Jahr 2014 in 2023 um 5 Prozent gesunken ist. In den vergangenen Jahren haben sich Reparatur bzw. Repair Cafés etabliert sowie Tauschbörsen für Kleider oder Küchengeräte. Auch die Einführung eines Café-to-go Mehrwegsystemen ist an dieser Stelle positiv hervorzuheben. Alles Formate, die wir GRÜNE unterstützen.

Die Wiederverwertung von Papier ist ressourcenschonend und hat sich sogar wirtschaftlich rentiert. In letzter Zeit fallen leider die Preise. Anders stellt sich die Situation bei den Kunststoffen in der gelben Tonne dar. Hochwertige Wiederverwertung als Rohstoff scheidet wegen der Vielfalt der Kunststoffe meist aus, die nicht sortenrein zurückzugewinnen sind. Ein „Downcycling“, das heißt die Herstellung minderwertigerer Produkte, ist in der Regel der übliche Kompromiss. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass den Verbraucher*innen auch in Solingen seit dem 5.5.2018 die Entsorgung von Biomüll aus den Haushalten als optionales Regelangebot offeriert wird. Aktuell sind um die 4000 Behälter im Umlauf. Mit der Art und Weise, wie die Biomüllsammlung in Solingen organisiert wird, konnte bisher eine gute Qualität und Sortenreinheit des Abfalls gewährleistet werden.

Am Ende stehen dann die energetische Verwertung und Entsorgung. Restmüllmengen, die wir nicht vermeiden und weiter verwerten können, werden mittels MHKW so z.B. zum Brennstoff eines energieeffizienten Fernwärmesystem. Wir GRÜNE wollen die Entsorgung in öffentlicher Hand behalten, damit wir auch Einfluss auf den Bereich behalten. Daher werden wir uns allen Bestrebungen widersetzen, die Entsorgungsbranche weiter zu deregulieren oder sogar die Wettbewerbsbedingungen für kommunale Betriebe zu erschweren.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Solinger Bürger*innen die Möglichkeit erhalten, ihren Müll umfangreicher zu trennen, z. B. Aluminium einzeln zu sortieren.
- Anlaufstellen zur Müllbeseitigung mit entsprechenden Vorkehrungen möglichst lange Öffnungszeiten für eine Abholung bereitstellen um Entsorgung in der Natur zu verhindern.
- geprüft wird, inwiefern große Ketten wie z. B. Lidl, Aldi etc. mit in Verantwortung genommen werden können, den Müll vor ihren Läden zu entsorgen.
- die Stadt Müllsammel-Arbeitsgemeinschaften fördern und anstiften kann.
- mehr Mülleimer aufgestellt werden, sei es an Orten, wo sich viele Menschen aufhalten sei es z.B. die Innenstadt auf dem Neumarkt, oder an Eingängen von Parks und Waldanlagen.
- Mülleimer stabil sind, ein großes Füllvolumen besitzen und ausreichend abgesichert und nicht brennbar sind.

- die Stadtverwaltung Konzepte entwirft, um die Müllentsorgung attraktiver zu gestalten. Korbnetze an Fußgänger*innenampeln wären eine Verbesserung. Mülleimer könnten die Bürger*innen auch durch ein interaktives Feedback ansprechen. Aus anderen Städten sind z. B. Aschenbecher bekannt, bei denen durch das Einwerfen der Zigarette eine Frage beantwortet werden kann. Andere Möglichkeiten wären Mülleimer mit Einwurfsensoren, die sich nach dem Einwerfen des Abfalls bei den Nutzer*innen bedanken. Wir wünschen uns eine kreative Kampagne zum Thema Müllentsorgung durch die Stadt.
- Mülleimer regelmäßig geleert werden und auf ihre Funktionalität geprüft werden.
- es mehr Mülleimer mit Trennsystem gibt, wie z.B. im Hauptbahnhof.
- Alle Mülleimer eine Abdeckung, als Schutz vor der Entnahme des Mülls durch Vögel, erhalten

Wir wollen auch, dass

- die Mülleimer auf den kommunalen Friedhöfen, die momentan lediglich aus Löchern im Erdboden bestehen und kreisrund mit Betonwänden eingegrenzt sind, durch richtige Mülleimer mit Böden ausgetauscht werden. Durch die momentane Situation wird toleriert, dass Müll in der Natur liegt und Schadstoffe ins Grundwasser sickern. Außerdem müssen weitere ökologische Fragen, die Friedhöfe betreffen gelöst werden. Aktuell wird dort die Natur durch Bodenversiegelungen und übermäßige Plastiknutzung stark in Mitleidenschaft genommen.
- die Stadt prüft, inwiefern z. B Unverpackt-Läden mit zum Stadtbild gehören, denn der beste Müll ist der, der gar nicht entsteht.
- die Stadt Recycling in der Kunst- und Kultur fördert und Projekte, Konzepte bzw. Events zum Thema Recycling ins Leben rufen.
- die Stadt Konzepte entwickelt, damit Müll auf Veranstaltungen wie z.B. dem Zöppkesmarkt reduziert weiter werden kann.
- Die Stadt Nachhaltigkeit mehr in den Fokus rückt und auf Festen, wie z. B dem Dürpelfest, für Nachhaltigkeit wirbt.

5.8 Landwirtschaft und Ernährung

GRÜN ist...

...Erhalt uns Weiterentwicklung der hiesigen Landwirtschaft

Solingen ist noch eine sehr grüne Stadt. Die vielfältige Landschaft aus Wiesen, Bachtälern, Feldern und Waldbeständen sowie der Heide in Ohligs und den Wegen entlang der Wupper sind ein großer Anziehungspunkt für Spaziergänge und Wanderungen. Kleine Hofschafoten und Bauernhöfe geben immer noch fast historische Einblicke in das Leben zwischen den Wupperbergen. Dies nutzen sowohl Solinger Bürger*innen, als auch Gäste aus der weiteren Region. Wir GRÜNE wollen diese Melange aus Natur- und Kulturlandschaft erhalten und weiterentwickeln.

Hier findet auch immer noch Landwirtschaft in Form von Ackerbau oder Weidenutzung statt. Grünland und blühende Wiesen bilden einen wichtigen Anteil am Erhalt der vielfältigen bergischen Kulturlandschaft. Die Landwirtschaft liefert außerdem die Grundlage für gesunde Nahrung aus der Region. Ökolandbau, wie er auch schon teilweise von den Betrieben durchgeführt wird, ist dabei ein wichtiger und nachhaltiger Ansatz zum Erhalt von Wasserqualität, Artenschutz und Artenvielfalt. Die Landwirtschaft dient auch der Kulturpflege und hilft u.a. die Bachtäler von den unerwünschten

invasiven Arten (Neophyten) freizuhalten. Dies zusammen bildet eine gute Basis um für die Zukunft noch weitergehende Maßnahmen zu begründen.

Daher setzen wir uns ein, dass

- eine notwendige Ausweitung von Personalstellen im Stadtdienst Natur und Umwelt dazu genutzt wird, vermehrt Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen für Solinger Landwirte anzubieten. Diese sollen dazu anleiten und anregen auf Ökolandbau umzustellen oder sich auf die Haltung von vom Aussterben bedrohte alte Haustierrassen zu interessieren und sollte Fördermöglichkeiten aufzeigen. Zusätzlich wäre ein (Erfahrungs-)Austausch, z. B. mit einem kommunalen Runden Tisch aller Landwirte in Solingen sinnvoll, um in Solingen das Bewusstsein für ein gemeinsames Interesse und gemeinsame Verantwortung für eine natur- und klimaschonende Landwirtschaft zu stärken.
- landwirtschaftliche Flächen erhalten bleiben, denn sie sind wertvoll. Sie dürfen nicht wie bisher leichtfertig der Wohn- oder Gewerbebebauung geopfert werden. Landwirtschaftliche Betriebe sind den Gewerbebetrieben ebenbürtig. Sie schaffen Arbeitsplätze und erwirtschaften wichtige gesellschaftliche Werte. Die wenigen verbliebenen Haupterwerbs-Landwirte sollten stärker unterstützt werden.
- beim Abschluss von städtischen Pachtverträgen ein Verbot der Ausbringung von Pestiziden und Insektiziden vertraglich vereinbart wird sowie eine biologische Bewirtschaftung, die Anlage von Blüh- und Ackerrandstreifen mit in die Verträge aufgenommen werden.
- langfristige Verträge geschlossen werden, damit die Landwirte für ihren Betrieb sicher planen können. Insbesondere im Ökolandbau können die Anbauflächen nicht einfach ausgetauscht werden, da es mehrere Jahre dauert bis eine Ökozertifizierung möglich ist.
- Landwirte, die schon Ökolandbau betreiben, bei städtischen Pachtverträgen stärker entlastet werden, so dass sie z.B. durch die höheren und wiederholten Kosten der Ökozertifizierung und ihre naturgemäß geringeren Erträge nicht in finanzielle Engpässe geraten und auch für konventionell arbeitende Landwirte eine potentielle Umstellung attraktiver wird.
- eine stärkere Bewerbung oder Unterstützung von Landwirten erfolgt, die eine „solidarische Landwirtschaft“ erproben. Solidarische Landwirtschaft heißt, dass Menschen und Familien aus Solingen in einem begrenzten Rahmen auf dem Hof mitarbeiten und von diesem Bauernhof Gemüse und andere Feldfrüchte dafür bekommen. Alle Beteiligten, Kinder und Erwachsene, erleben so ganz direkt, welche Arbeit nötig ist, unsere täglichen Lebensmittel zu erzeugen. Diese Erfahrung weckt ein besonderes Verständnis für den Wert unseres Essens und die Arbeit eines landwirtschaftlichen Betriebes. Menschen, die in der herkömmlichen Landwirtschaft arbeiten, haben meist nur die Wahl entweder die Natur oder sich selbst auszubeuten. Ihre Existenz hängt von Subventionen und den Markt- bzw. Weltmarktpreisen ab. Die solidarische Landwirtschaft weist hierzu einen alternativen Weg auf, den wir weiter unterstützen möchten.
- Die regionalen Vermarktungssysteme für heimische landwirtschaftliche Produkte sollen stärker gefördert und ausgebaut werden. Auf diese Weise schaffen wir auch mehr Absatzmärkte für den Ökolandbau. Die biologische Landwirtschaft, die ohne Mineraldünger, Pestizide und ohne gentechnisch veränderte Substanzen arbeitet, leistet einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaften im Einklang mit der Natur, zur Vernetzung von Biotopen und zum Erhalt der Artenvielfalt.

Aus diesem Grund wollen wir, dass

- auf den Wochenmärkten mehr regionale, biologische erzeugte und fair gehandelte Produkte angeboten werden. Hierdurch würden auch die Märkte für viele Kunden mehr an Attraktivität bekommen „Bergisch Pur“ ist ein bekanntes Label für regionale Produkte der Bergischen Kulturlandschaft. Dieser Verbund engagierter bergischer Landwirt*innen, Metzger*innen und Schäfer*innen erzeugt hochwertige Produkte aus einer naturschutzorientierten Landwirtschaft. Die einzelnen Akteur*innen werden von den Biologischen Stationen des Bergischen Landes unterstützt. Auch diese Produkte können sehr gut auf den dann „nachhaltigeren Wochenmärkten“ angeboten werden. Die städtische Verwaltung kann ebenfalls hierzu beitragen, indem sie bei der Bewirtung von Gästen Produkte der Region wie „Bergisch Pur“ anbietet.
- es keine weitere Nutzung wertvoller landwirtschaftlicher Böden für Gewerbegebiete, Straßenbau oder auch Wohnbebauung gibt. Angesichts der großen innerstädtischen Branchen, die endlich systematisch erfasst und entwickelt werden müssen, sowie der Menge bereits ausgewiesener Gewerbeflächen – und nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Stagnation und langfristigen Schrumpfung der Einwohnerzahl in Solingen ist ein derartiges Bauen auf der grünen Wiese und die Zerstörung der bergischen Kulturlandschaft weder erforderlich noch zeitgemäß.

Wir werden daher weiterhin die engagierten Bürger*innen unterstützen, die sich für den Erhalt der Grünflächen, der Felder und Wiesen, der bergischen Landwirtschaft und dem GRÜN unserer Stadt einsetzen. Klima- und Naturschutz ist aktive regionale Wirtschaftsförderung!

GRÜN ist...

... gutes Essen in allen Bereichen!

Mit einer naturschützenden und giftfreien Landwirtschaft ist es auch möglich, gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Natürlich können die Bedarfe einer großen Stadt wie Solingen nicht allein aus der regionalen Landwirtschaft gedeckt werden. Darum ist es umso wichtiger, dass, (nicht nur!) in allen städtischen Einrichtungen darauf geachtet wird, dass die verwendeten Produkte nachhaltigen und fairen Kriterien entsprechen.

Solingen ist seit 2018 als FairTrade-Stadt zertifiziert. Das beinhaltet, dass die Stadtverwaltung mit ihren Kitas und vielen Beteiligten aus Einzelhandel und Gastronomie fair gehandelte Produkte verwendet oder anbietet. Dabei handelt es sich naturgemäß um Lebensmittel-Produkte. Diese sind inzwischen meist zu 100% auch aus Ökolandbau. Es ist wünschenswert, dass sich noch weitere Akteure wie Restaurants, Hotels, Kitas in freier Trägerschaft und Sozialverbände diesem Projekt anschließen. Eine im Aufbau befindliche spezielle App für nachhaltigen Konsum hilft in naher Zukunft Solinger BürgerInnen und Bürgern, ihre Einkäufe und Restaurantbesuche nach den Kriterien regional, bio und fair tätigen zu können.

Solingen muss aber trotz dieses guten Ansatzes noch stärker gesunde, nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung – vor allem in Kitas und Schulen, in den städtischen Kantinen, im Klinikum, in städtischen Einrichtungen der Pflege und Altenheimen als kommunale Aufgabe ansehen. Für eine schrittweise Umsetzung in den genannten Bereichen ist zu sorgen. Auch viele Bürger*innen nutzen die Angebote der städtischen Kantinen, so dass nicht nur an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gedacht werden muss. Die Zielsetzung ist, die Gesundheit von z.B. Kindern, Kranken und alten Menschen in den oben genannten Einrichtungen zumindest bei dem Faktor Ernährung zu unterstützen.

Wir GRÜNE wollen ein frisches und vitalstoffreiches Essen. Kitas, die eigenes Personal für die Küche angestellt haben, stellen fest, dass diese Form der Verköstigung sogar preisgünstiger und besser ist, als die benötigten Essen bei einem Caterer zu bestellen.

Neben dem Zusammenhang von Gesundheit mit vielen anderen Faktoren wie Lärm, Verkehrswesen, Wasserqualität und Grünflächen spielt die Ernährung auch eine zentrale Rolle. Dazu gehört auch die Anerkennung verschiedener Ernährungsformen wie vegetarische oder vegane Lebensweise. Ein zusätzliches Angebot ohne tierische Produkte trägt zudem eminent zum Klima- und Tierschutz bei (CO₂ Reduzierung).

Wir setzen uns dafür ein, dass

- in den städtischen Kantinen und den anderen Orten der Gemeinschaftsverpflegung regelmäßig und als ständiges Angebot vegetarische und vegane Alternativen geben wird sowie vollwertige Kost mit Nahrungsmitteln aus ökologischem Anbau.
- auch den Lebensmittelunverträglichkeiten in der Gemeinschaftsverpflegung Rechnung getragen wird.
- mindestens 1x jährliche Fortbildungen für Küchenleitungen und Küchenpersonal, z.B. in den Bereichen vegetarische/vegane/allergene Küchenpraxis, angeboten werden. Diese sind sinnvoll und durchaus finanzierbar (z. B. UGB e.V.).
- den Kindern in den Kitas und Schulen gesundes Essen durch gemeinschaftliche Nahrungszubereitung angeboten wird und dies verbunden wird mit dem Besorgen der Zutaten unter Umständen von den nahegelegenen Bauernhöfen.
- Nahrungsmittel keine Wegwerf-Ware sind. Ein überlegter Einkauf und Kreativität bei der Resteverwertung verhindern die Verschwendung von pflanzlichen und tierischen Produkten und dienen im weiteren Sinne dem Klimaschutz.
- Initiativen wie „Foodsaving“, „Foodsharing“ oder die „Die Tafel“ weiter tätig bleiben.

5.9 Tierschutz

GRÜN ist...

...Tiere als unsere Mit-Lebewesen zu respektieren.

Der Schutz unserer Mitgeschöpfe ist eines der grünen Kernthemen. Welche Themen den Tierschutz in einer Kommune bestimmen, hängt weitgehend von den lokalen Gegebenheiten ab. Auch sind die kommunalen Handlungsmöglichkeiten begrenzt – nicht überall kann die Kommune die Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb sind zunächst eine gute Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Tierschutz in der Stadt erstreckt sich über Haustiere und Nutztiere bis hin zu Wildtieren. Wo jedoch ein Eingreifen der Kommune möglich und nötig ist, soll dies konsequent geschehen. Seit 1990 sind Tiere gemäß § 90a BGB keine Sachen mehr. Sie werden durch besondere Gesetze geschützt. Leider sind für sie nach wie vor die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit es keine spezielle Regelung gibt.

GRÜN ist...

...für Interesse und Problembewusstsein zu sorgen.

Tiere sind keine billige Ware. Sie dürfen nicht als süße und niedliche Tierkinder zuerst unter dem Weihnachtsbaum und dann im Tierheim oder auf der Straße landen.

Es sollte jede Möglichkeit durch die zuständigen Behörden genutzt werden, den Qualzuchten von Hunden und Katzen wirkungsvolle Maßnahmen entgegen zu setzen. Die von vielen als „Kampfhunde“

bezeichneten Listenhunde werden hoch besteuert und die Nachzucht verboten, bei Qualzuchten gibt es bei weitem nicht dieses Problembewusstsein. Wir setzen uns für Aufklärungskampagnen mit Unterstützung des zuständigen Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (BVLA) ein - hierzu können z. B. die Flyer der Bundestierärztekammer genutzt werden

Notwendig im Interesse des Tierschutzes ist eine kommunale Information zum illegalen Haustierhandel. Je mehr Tierkäufe durch Information verhindert werden, desto besser.

Es macht Sinn, sich bei Interesse für ein Tier zunächst über den Tierschutz der Region zu informieren. Hier warten viele Tiere auf ein neues Zuhause. Es gibt die Möglichkeit, sich in Ruhe vertraut zu machen. Dort ist in der Regel auch zu erfahren, bei welchen Hundeschulen es die richtige Ausbildung für beide Seiten der Leine gibt, um ein gutes Team zu werden.

Aspekte zum Schutz von Mensch und Tier spielen eine erhebliche Rolle bei der Haltung von Reptilien als Haustieren. Dabei sind nicht einmal die spektakulären Fälle wie etwa entkommene Giftschlangen entscheidend. So steigt der Anteil der durch Reptilien verursachten Salmonellenerkrankungen laut dem Robert-Koch-Institut stetig (1990er Jahre 4% auf inzwischen etwa 40%). Wildtiere in privaten Haushalten haben bei der Ausbreitung von Zoonosen in Europa eine große Bedeutung. COVID 19 hat gezeigt, welche gravierenden Folgen dies haben kann. Hier macht es sowohl zum Schutz der Tiere (Arten- wie Tierschutz) als auch zum Schutz der Menschen großen Sinn, zunächst durch Überzeugungsarbeit auf den Verzicht der Haltung dieser Tiere hinzuwirken.

Wichtig ist uns gute Kommunikation mit den Solinger Bürgerinnen und Bürgern dort, wo es um Maßnahmen geht, heimische Tierarten vor invasiven eingeschleppten Arten zu schützen. Grundsätzlich setzen wir uns hier für Prävention und unblutige Maßnahmen ein.

In Gärten und auf dem Balkon kann viel für heimische Tiere getan werden. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen, die dazu motivieren, in unserem Umfeld durch „wilde Ecken“, Nisthilfen, Insektenhotels und blühende Pflanzen Lebensräume für Tiere zu schaffen und somit die Artenvielfalt zu fördern.

Um den Einsatz von „Hochzeitstauben“ zu verhindern, halten wir Aufklärung für notwendig. Dies kann bei Unterstützung durch Tierschutzvereine und das BVLA relativ problemlos durch das Standesamt und die Gemeinden in Form von Flyern geleistet werden kann. Oft tragen diese Vögel zur Vermehrung der Stadtauben bei oder verenden elend. Es macht Sinn, von diesem „Brauch“ Abstand zu nehmen.

Die Haltung von Zirkustieren ist berechtigterweise in die Kritik gekommen. Allerdings sind die Möglichkeiten der Kommune, hier tätig zu werden, nach aktueller Rechtsprechung gering. Deshalb setzen wir uns auch hier für kritische Information ein. Sollte es hinsichtlich eines Verbotes Rechtssicherheit geben, werden wir uns für ein Verbot einsetzen.

Zuletzt hat das unerträgliche Vorgehen im Schlacht – und Zerlegebetrieb Tönnies im Rahmen von COVID 19 die brutalen Bedingungen für Mensch und Tier im Geschäft um Billigfleisch demonstriert. In Solingen haben wir die Möglichkeit, uns als Verbraucher*innen für Produkte der regionalen Landwirtschaft zu entscheiden. Für die Stärkung der Vermarktungsmöglichkeiten der regionalen Erzeuger*innen werden wir uns einsetzen. Das ist für uns auch praktischer Tierschutz.

GRÜN ist...

...tätig zu werden, wo es geht.

Tierschutz und Artenschutz hängen eng zusammen. Verdeutlicht wird dies durch einen Erfolg der bergischen Großstädte aus 2019, einer einheitlichen Katzenschutzverordnung. Diese dient indirekt dem

Artenschutz, da bei konsequenter Umsetzung die unkontrollierte Vermehrung verwilderter Hauskatzen erheblich eingeschränkt werden kann. In der Folge wird ein Teil des Druckes von gefährdeten Arten genommen, die auch als Beutetiere für Katzen gelten. Andererseits dient die Schutzverordnung den Katzen selber, da sie durch eine Reduzierung der Vermehrungsrate verwilderter Hauskatzen deren Elend (Hunger, Krankheiten, fehlender Lebensraum) verringert. Um diese Erfolge erreichen und verstetigen zu können, ist es notwendig, in den nächsten Jahren – wo immer möglich durch Einsatz von Information und Akzeptanz - die Umsetzung der Verordnung zu erreichen.

Gibt es Probleme mit Hunden, liegt dies in der Regel an der anderen Seite der Leine. Verantwortungsbewusste Halter*innen achten darauf, dass Wildtiere, Nutztiere oder andere Haustiere nicht durch jagende Hunde gefährdet werden oder die Brut von Bodenbrütern zerstört wird. Insbesondere in den Naturräumen ist es fahrlässig, Tiere ohne Leine laufen zu lassen. Wo Information und Hinweise nicht fruchten, sollen Hundehalter*innen, die sich nicht an die Regeln halten, konsequent zur Kasse gebeten werden. Bei mehrfachen Verstößen ist die Zuverlässigkeit als Halter*in in Frage zu stellen.

Auch in Solingen gab es bekannte Fälle von „Animal Hording“. Um die desaströsen Zustände, unter denen in solchen Fällen Tiere - aber auch Nachbarn – leiden, zu beenden, fordern wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten konsequent durchzugreifen bei gleichzeitiger Hilfe in sozialen oder psychischen Ausnahmesituationen.

Viele Menschen empfinden Stadttauben – in der Regel Nachkommen verwilderter Brieftauben – als lästige „Ratten der Lüfte“. Um die Zahl der Tauben in der Stadt zu reduzieren, halten wir nach wie vor ein oder mehrere Taubenhäuser in Solingen für sinnvoll. Dadurch kann regulierend in die Vermehrung eingegriffen werden – was der sinnvollste Weg ist, die Anzahl der Tauben nachhaltig zu reduzieren und auch diese Tiere vor elenden Lebensbedingungen zu bewahren. Die Schwierigkeit ist hier allerdings, Menschen zu finden, die sich um solche Taubenhäuser kümmern.

Jede Nacht fallen etwa 1 Milliarde Insekten in Deutschland der Beleuchtung zum Opfer. Auch hier möchten wir zunächst auf vermehrte Information zu nachhaltiger Beleuchtung setzen und nach Möglichkeit Beleuchtungskonzepte in Bebauungsplänen verankern. Gegen Lichtverschmutzung brauchen wir auf Bundesebene Gesetze, die den Kommunen rechtssichere Handlungsspielräume bieten. Als völlig kontraproduktiv haben sich Lampen erwiesen, die große Bereiche in allen Richtungen erhellen. Dabei sind die von Seiten der Stadt für Burg vorgesehenen Lampen eindeutig ein schlechtes Beispiel. Hier fordern wir von der Kommune in ihrem Verantwortungsbereich eine konsequente Umsetzung insektenfreundlicher Beleuchtungskonzepte, wie es sie in anderen Städten bereits gibt.

Der sogenannte „Vogelschlag“ fordert nach Angaben des BUND in Deutschland jedes Jahr an den Glasscheiben der Privathäuser mindestens 18 Millionen tote Vögel, die Glasfassaden moderner Bürogebäude steigern dies auf geschätzte 100 Millionen. Hier fordern wir entsprechende Schutzmaßnahmen beim Um- oder Neubau städtischer Gebäude. Bei Erteilung von Baugenehmigungen sollen eine Beratung bzw. entsprechende Auflagen erfolgen.

GRÜN ist...

...sich für Solinger Tierparks und den ehrenamtlichen Tierschutz einzusetzen.

Das Solinger Tierheim und die beiden Solinger Tierparks erfüllen unter anderem durch die Aufnahme von Fundtieren oder von Tieren aus Beschlagnahmungen wichtige städtische Aufgaben. Trotz Spenden, Mitgliedsbeiträgen und ehrenamtlicher Tätigkeit reichen diesen Institutionen die Mittel nicht aus. Die Tierparks erfüllen darüber hinaus sehr wichtige pädagogische und arterhaltende Aufgaben, die wir für notwendig halten. Dafür ist ein ausreichender städtischer Zuschuss zu gewähren.

Mit dem Tierfriedhof hat Solingen einen über die Region hinaus bekannten Ort der Trauer und der Erinnerung für geliebte Haustiere. Wir möchten diesen Ort erhalten und uns für die dort tätigen Ehrenamtlichen einsetzen.

35

Wir setzen uns daher dafür ein, dass:

- es mehr kommunale Information etwa als Kampagne für tier- und artenschutzkonforme Tierhaltung gibt.
- Aktivitäten zur Schaffung lebendiger Gärten und Balkone vermehrt unterstützt werden.
- mehr für die Bekanntheit regionaler bäuerlicher Vermarktung getan wird.
- die Umsetzung der Katzenschutzverordnung konsequent erfolgt
- bei Verstößen gegen Tierwohl und Regeln bis hin zur Durchsetzung von Haltungsverboten gehandelt wird
- im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ein frühzeitiger Einsatz bei Verdacht auf „animal-hording“ erfolgt
- das Taubenhaus zunächst in Mitte Realität wird
- eine tierwohlgerechte Umsetzung sinnvoller Beleuchtungskonzepte Standard wird
- Beratungen zum Vogelschlag bei Baugenehmigungen Standard werden
- eine weitere Unterstützung der Vereine, die sich dem Tierwohl widmen, erfolgt.
- eine weitere Unterstützung von Fauna und Vogelpark hinsichtlich der pflegerischen und pädagogischen Arbeit erfolgt.
- der Solinger Tierfriedhof erhalten bleibt
- die angemessene Ausstattung des BVLA sicher gestellt bleibt/wird
- geprüft wird, ob für Solingen die Einrichtung eines/einer Tierschutzbeauftragten sinnvoll sein kann und wo diese Aufgabe angesiedelt werden kann. Aufgabe soll es sein, in Fragen des Tierschutzes zu koordinieren, zu informieren, Kontakte zu pflegen und Bedarfe zu ermitteln.
- arbeitende Betriebe mit weniger großen Tierbeständen, keine Subventionen an Betriebe mit Massentierhaltung, seien es Schweine, Hühner oder Rinder.
- Es soll finanzielle Unterstützung für bäuerliche Betriebe mit Umstellungswillen auf Ökolandbau und Forderung nach wirklich verbesserten Haltungsbedingungen für Nutztiere geben.

Verkehr

GRÜN ist...

...die **Mobilität von morgen schon heute zu gestalten.**

Klimafreundliche Mobilität ist ein kommunales Schlüsselthema und zugleich eine riesige Herausforderung für unsere Stadt. Es braucht die Förderung einer Mobilität von morgen.

Wir GRÜNE wollen einen Paradigmenwechsel und einen Verkehrsentwicklungsplan für eine nachhaltige Mobilität. Weg von der autogerechten, hin zum Leitbild einer Stadt für alle. Unsere Kriterien sind dabei vermeiden, verlagern und verbessern. Die Mobilität der Zukunft gibt eine Antwort auf den Klimawandel und trägt aktiv zur Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtquartieren bei. Es bedarf eines ganzheitlichen kommunalen Verkehrswendeplans der richtungssicher, größenordnungssicher und geschwindigkeitssicher ist. Soll heißen, umzusetzende Maßnahmen greifen sichtbar in die Verkehrsinfrastruktur ein, gehen die Verkehrswende mit klaren und überprüfbaren Zielen in mittelfristigen Zeiträumen an. Wir brauchen für die Erreichbarkeit von Grund und weiterführenden Schulen und Arbeitsstellen einen guten und verlässlichen ÖPNV sowie sichere Fuß- und Radwegeverbindungen. Die Grundschüler*innen sollen bestenfalls zu Fuß zu ihrer Schule gelangen und Menschen in Schichtarbeit auch frühmorgens den Bus nehmen können. Aber auch im Freizeitbereich bestehen Bedarfe, die nicht abgedeckt werden. Senior*innen ohne eigenes Auto möchten Solinger Naherholungsangebote erreichen können. Da braucht es angepasste Busanbindungen. Jugendliche feiern bis spät an außerhalb gelegenen Orten in Solingen. Auch sie brauchen die Möglichkeit, sicher wieder nach Hause zu gelangen. Aber auch im Alltag wollen Menschen in ihrem Nahbereich zu Fuß oder mit dem Rad sicher durch die Stadt kommen. Älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Beeinträchtigungen profitieren von einer Reduzierung und Entschleunigung des motorisierten Individualverkehrs. Unsere Stadtzentren müssen autoärmer werden, damit unser Leben in Solingen mehr an Lebensqualität erhält. Planung und Umsetzung der Mobilitätswende benötigt mehr Personal und ein Mehr an finanzieller Förderung.

6.1 Emissionsfreie Mobilität

GRÜNE wollen...

...abgasfreie Mobilität

Mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015 ist die Dekarbonisierung im Mobilitätsbereich, also ein treibhausgasneutraler Verkehr, politisch gewollt. Um dies zu erreichen, braucht es enorme Anstrengungen, auch auf kommunaler Ebene. **Wir GRÜNE wollen die notwendigen Schritte für das Ziel einer treibhausgasneutralen Mobilität heute schon anpacken.** Dies betrifft die Förderung einer Elektromobilität mit grünem Strom. Dabei sehen wir gerade die Nutzung von E-Bikes und Pedelecs als gute Alternative zum Auto. Aber auch der Einsatz von E-Autos, z.B. im städtischen Fuhrpark, sind Teil der Antwort. Dazu braucht es eine gute und mit einheitlichem Bezahlssystem ausgebaute Ladeinfrastruktur. Das gleiche gilt für Wasserstoff-Tankstellen. Mit dem BOB-Projekt setzt Solingen bereits heute auf einen emissionsfreien ÖPNV und nimmt hier sicherlich eine besondere Vorreiterrolle ein. GRÜNE wollen den Ausbau des BOB-Projektes und setzen sich für die Umsetzung der Ziele aus der Nachhaltigkeitsstrategie ein. Ziel dort ist die Nutzung von ressourcenschonenden und vernetzten Mobilitätsangeboten des Umweltverbundes von Fuß- und Radverkehr, Carsharing, Pendlerangeboten und des ÖPNV durch die Mehrheit der Solinger Bürger*innen. Bis 2030 soll diese Art der Mobilität von jetzt 40 % auf dann 60 % steigen. Der Anteil des ÖPNV am Modal Split, also am Gesamtverkehr, soll bis 2025 von jetzt ungefähr 15 % auf dann 20 % und bis 2030 auf 30 % steigen. An diesen Zielen ist das GRÜNE Mobilitätsprogramm ausgerichtet. Doch gerade beim ÖPNV braucht es für eine bessere Nutzung auch an preislicher Attraktivität. Die Idee eines Bürgertickets, also eine kommunale Abgabe für alle Einwohner*innen für den ÖPNV zur Bereitstellung eines preislich günstigen ÖPNV, lässt sich allein von der Stadt Solingen aus nicht einführen. Hier bedarf es eines Aufrufs an das Land NRW,

damit von Landesseite die Nahverkehrsbeitragssatzung im Kommunalen Abgabegesetz, kurz KAG, die Möglichkeit von Bürger*innentickets zuzulassen. Wir fordern weiterhin eine deutlich bessere finanzielle Förderung von Bus und Bahn durch das Land und den Bund. Um eine Verkehrswende sozialverträglich umzusetzen, müssen die Privilegien für den Autoverkehr eingeschränkt und gleichzeitig die Möglichkeiten, sich umweltfreundlich fortzubewegen viel attraktiver gemacht werden – vermeiden, verlagern, verbessern. Die städtischen Parkgebühren wurden seit Jahren nicht erhöht, die Preise für den ÖPNV steigen aber jedes Jahr. Wir GRÜNE wollen die Parkgebühren einmal deutlich erhöhen und anschließend jedes Jahr automatisch steigen lassen. Menschen mit Beeinträchtigungen und ALG-II-Empfänger*innen sollen moderatere Gebühren zahlen müssen. Hierbei könnten die neuen digitalen Bezahlmöglichkeiten genutzt werden. Gleichzeitig braucht es eine schnelle Einführung einer verbesserten Kurzstreckenregelung, um besonders ÖPNV-Fahrten zum Einkaufen in die Innenstadtbereiche wesentlich preiswerter zu gestalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- die Dekarbonisierung der Mobilität mehr und mehr Realität wird
- der Umstieg auf Elektromobilität besonders in Form von Pedelecs und E-Bikes, aber auch durch die Umstellung des städtischen Fuhrparks, in unserer Stadt an Fahrt aufnimmt
- alternative Antriebe gefördert werden, welche einen ganzheitlich nachhaltigen ökologischen Fußabdruck hinterlassen (ressourcenschonende und sozialverträgliche Herstellung)
- der Anteil an ressourcenschonender und vernetzter Mobilität kontinuierlich steigt
- Lösungen gesucht werden, um den ÖPNV preislich zu attraktivieren (z.B. Bürgerticket)
- das Land und auch der Bund den ÖPNV stärker fördern
- Die Parkgebühren fair gestaltet werden.
- Besonders Fahrten in die Innenstadt mit dem Bus günstiger werden

6.2 Ein attraktiver Busfahrplan für Solingen

GRÜN ist ...

... das Nahverkehrsangebot verbessern und gemeinsam Kürzungen verhindern

Seit Jahrzehnten gibt es in Solingen immer wiederkehrende Vorstöße aus Politik und Stadtverwaltung, den Busfahrplan massiv zu kürzen. Bündnis 90/Die Grünen kämpfen gegen diese Pläne. **GRÜNE wollen einen gut funktionierenden ÖPNV.** Zuletzt gab es 2019 Planungen von Verwaltung und Politik, durch Kürzungen die Zuschuss-Deckelung wieder einzuhalten, dazu wurde vorgeschlagen: Die Abschaffung des kompletten Nachtexpresses – stattdessen sollten nur noch „On-Demand“-Fahrten möglich sein, die Schließung von Kundencentern, die Abschaffung von Fahrplanaushängen an den Haltestellen, die Abschaffung des Barverkaufs im Bus (nachdem zuvor schon die Ticketautomaten abgeschafft wurden), Angebotsverschlechterungen in den Oster-, Herbst- und Weihnachtsferien sowie Fahrplankürzungen am Samstag- und Sonntagmorgen. Dies alles wäre zu Lasten aller Nutzergruppen gegangen.

Diese Kürzungen konnten durch starke Proteste, u.a. vom Jugendstadtrat, dem ÖPNV-Fahrgastbeirat, von Friday for Future und von Bündnis 90/Die Grünen, verhindert werden. 2010 war der ÖPNV-Fahrgastbeirat als Interessenvertretung der Fahrgäste gegründet worden, nachdem sich die Grünen seit Langem dafür engagiert hatten. Dem Fahrgastbeirat gehören Abo-Kund*innen, Umwelt- und Verkehrsverbände und Kommunalpolitiker*innen an. Seit seiner Gründung engagiert sich der Fahrgastbeirat für die Erhaltung und den Ausbau des Busfahrplan-Angebotes, schon in seiner allerersten Sitzung musste er gegen Kürzungspläne kämpfen. Mehrfach verteilten Fahrgastbeirats-Mitglieder

gegen Fahrplankürzungen auf Solingens Straßen Flyer, sammelten Tausende Unterschriften und online-Petitionen. Einzelne besonders gravierende Kürzungen – wie die 2016 und 2019 geplanten massiven Kürzungen beim Nachtexpress – konnten so bisher verhindert werden.

Hintergrund für die 2019er Kürzungspläne war u.a. der Ratsbeschluss aus dem Jahr 2016, die Förderung für den Busverkehr auf 9 Mio. € zu kürzen und dauerhaft zu deckeln – sogar ohne Ausgleich von Preissteigerungen oder von außergewöhnlichen Belastungen. Inzwischen erklärt die Stadtverwaltung als Reaktion auf die starken Proteste, dass die bestehende Zuschussdeckelung falsch ist und dass künftig von Fahrplankürzungen abzusehen ist. In der aktuellen Corona-Krise sind die Ticket-Verkaufserlöse jedoch stark zurückgegangen. Gerade heute müssen wir wieder aufpassen, dass das alte Konzept, bei Defiziten das Angebot zu kürzen, nicht erneut aufgelegt wird.

Stattdessen müssen wir die Nutzung von Bus und Bahn steigern. Dies ist einer der wichtigsten Beiträge, den die Stadt Solingen vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderungen für den Klimaschutz leisten kann. Dies wollen wir gemeinsam mit den Bürger*innen durchsetzen!

Wir GRÜNE wollen:

- eine dauerhafte Garantie der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung, keine Fahrplankürzungen vorzunehmen.
- die Streichung und Nicht-Wiedereinführung des Defizitdeckels des Verkehrsbetriebes.
- mehr Geld für Fahrplan- und Serviceverbesserungen bei Bus und Bahn.
- den Ausbau des ÖPNV-Angebotes um mindestens 4% jährlich. Ziel ist eine Steigerung des Anteils von Bus und Bahn an der Verkehrsmittelwahl in Solingen um 20% bis 2025, wie es in der Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen wurde.
- den Erhalt des ÖPNV-Fahrgastbeirates.
- weitere Beteiligungsformate für alle Verkehrsteilnehmer*innen.
- eine bessere Taktung auf den Hauptlinien.
- die Verbesserung der Anbindungen zu den Nachbarstädten. Z.B. ist zu prüfen:
 - die 692 über Haan hinaus bis zum S-Bahnhof Gruiten zu verlängern,
 - einen Bus von Ohligs über Engelsberger Hof bis zur Hildener Erika-Siedlung zu führen.
- an allen Haltestellen Haltestellenhäuschen mit Bänken sowie Begrünung der Haltestellendächer mit insektenfreundlichen Wildblumen und Bewässerung über Niederschlagswasser
- die Prüfung von Schnellbussen von Mitte nach Ohligs sowie von Mitte nach Wuppertal.

6.3 ÖPNV Angebot in zeitlichen und räumlichen Randlagen

GRÜN ist...

...ÖPNV-Angebote, die Orte von Leben, Freizeit und Arbeit nach Bedarf ansteuern.

Solingen ist eine Großstadt. **Wir GRÜNE wollen ein ÖPNV-Angebot, das der Größe Solingens gerecht wird.** Hier sind wir noch nicht. Das zeigt sich neben räumlichen auch in zeitlichen Randlagen, also Fahrten mit Bus und Bahn in den Morgenstunden sowie abends und nachts. Betroffen sind morgens vor allem Arbeitnehmer*innen in Schichtarbeit. Für das Erreichen einer Frühschicht um 6 Uhr

morgens sind große Teile des Stadtgebiets zu schlecht abgedeckt. Darum müssen Busse früher eingesetzt werden. Das betrifft u.a. Einzugsgebiete in Meigen, Gräfrath, Katternberg und Aufderhöhe (Linie 694), große Teile von Wald (690, 692) sowie den Bereich des Klinikums (693). Etwas später am Morgen treten weiterhin Überfüllungen im Schüler*innenverkehr auf. Die Schüler*innen werden z.T. aus den überfüllten Wagen gedrückt – ein Zustand, den wir auch durch die Erfahrungen der Coronapandemie nicht mehr länger hinnehmen dürfen. GRÜNE wollen, dass zusätzliche Taktungen in den Fahrplan übernommen werden. Für das Erreichen der Spätschicht um 22 Uhr zeigt sich ein ähnliches Problem wie beim Schichtwechsel am frühen Morgen, da es aufgrund der ausgedünnten Taktungen im Abendbereich nicht im gesamten Stadtgebiet möglich ist, den Schichtwechsel mit dem Bus zu erreichen, auch hier muss dringend nachgebessert werden. In der Großstadt Solingen sollte es den Nutzer*innen des ÖPNVs möglich sein, auch in den Abendstunden mobil zu sein, ohne auf das Auto angewiesen und lange an Haltestellen warten zu müssen. Vor allem, um bereits junge Menschen langfristig an öffentliche Verkehrsmittel zu binden, müssen diese ausgebaut und praktischer gemacht werden. Zudem ist eine höhere Taktung des Nachtbusverkehrs auch für die öffentliche Sicherheit relevant. Wir fordern, an allen Tagen der Woche bis 1 Uhr einen halb stündigen Takt auf allen Linien, auf denen ein Nachtexpress fährt, zu gewährleisten. Bei den wenigen Partyveranstaltungen für junge Menschen, aber auch für andere Altersgruppen in Solingen stellt sich für viele die Frage, wie sie sicher nach Hause kommen. Vor allem Frauen meiden vermehrt den öffentlichen Raum oder Veranstaltungen, da ein sicheres Heimkommen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab einer bestimmten Uhrzeit nicht mehr möglich ist. GRÜNE wollen, dass künftig Einsatzbusse zu Partyveranstaltungen bereitgestellt werden.

Bei Veranstaltungen in der Schlossfabrik soll ein durch die Stadt Solingen bestellter Gelenkbus bis zum Veranstaltungsende eine sichere An- bzw. Abreise ab Graf-Wilhelm-Platz im 45-Minutentakt gewährleisten. Auch für Veranstaltungen im beliebten Tanzlokal „Paffenlöh“ in Burscheid wäre eine solche Verbindung sinnvoll. Angesichts neuer Möglichkeiten durch digitale Kommunikationstechnik, sind wir GRÜNE für „On-Demand-Angebote“, sofern sie Verbesserungen oder sinnvolle Ergänzungen des bestehenden ÖPNV-Netzes bedeuten, aufgeschlossen.

Diese Angebote sollen jedoch keine bestehenden Busangebote ersetzen. Für die Nutzer*innen des ÖPNVs dürfen sie nicht mit Mehrkosten verbunden werden, sondern im Abo-Preis bzw. im Einzelticket-Preis enthalten sein.

Bergische Zusammenarbeit wird vielfach in höchsten Tönen gelobt. Im Bereich Mobilität herrscht scheinbar Stillstand, denn eine Bergische Nachtbusverbindung fehlt weiterhin. Eine Ausweitung der Linie CE64 könnte aus unserer Sicht eine derartige Maßnahme darstellen. Die CE64 sollte künftig die Bergische Universität anfahren. Unter der Woche sollte sie bis 0 Uhr und am Wochenende bis 4 Uhr eingesetzt werden. So können insbesondere Veranstaltungen an der Universität oder im Wuppertaler Luisenviertel besser erreicht werden. Somit wäre Solingen auch für Studierende der BUW deutlich attraktiver.

Einige Wohngebiete in Solingen sind noch immer vom Nahverkehrsangebot abgeschnitten. Deshalb fordern wir den Einsatz von Kleinbussen in räumlichen Randlagen wie z.B. Eipaß/Fürkeltrath und Nümmen in Gräfrath sowie Dültgestal in Wald. Für gut zwei Jahre fuhren auf Vorschlag des Fahrgastbeirates die gut angenommenen Kleinbusse KB 688 zwischen Wald und Gräfrath. Wir fordern die Wiederaufnahme dieses Angebotes, das in der letzten Kürzungswelle 2016 abgeschafft worden war.

Um bisher mäßig an den ÖPNV angebundene Gebiete und Hofschaften besser erreichbar zu machen, braucht es auch auf kleineren Buslinien ein besseres Angebot. Z. B. müssen Wohngebiete am Katternberg besser an den Nahverkehr angeschlossen werden, dazu bräuchte es eine Ausweitung der 696. Sie sollte bis mindestens 0 Uhr anstatt wie bisher bis 22:45 Uhr eingesetzt werden und auch abends und am Wochenende einen halbstündigen Takt erhalten.

Grüne wollen:

- Ausweitung des Busverkehrs für Arbeitnehmer*innen im Schichtbetrieb.
- Mehr Busse gegen die Überfüllung im Schüler*innenverkehr.
- Ausweitung der Taktungen des Nachtexpresses auf einen Halbstundentakt bis 1 Uhr.
- Bereitstellung von Einsatzbussen für Partyveranstaltungen.
- Erreichbarkeit von TaxiBussen rund um die Uhr.
- Einsatz von Kleinbussen in zeitlichen Randlagen.
- Verbesserung der Umsteigebeziehungen von Bus zu Bus, Bahn zu Bus und Bus zu Bahn – vor allem morgens, abends und am Wochenende.
- Fahrplan-Verbesserungen und Einsatz von Kleinbussen in räumlichen Randlagen.
- Wiederaufnahme der Kleinbus-Linie KB 688 mit Taktverbesserungen.
- Verlängerung und Ausweitung wie zum Beispiel der Linie 696 im Abendbereich.
- Bessere Verbindungen, besonders an Wochenenden, zu Wanderzielen und zur Müngstener Brücke.
- Keine Zusatzzahlungen für Monatsticket-Inhaber*innen für on-Demand-Angebote.

6.4 Schnelle und verlässliche Bahnverbindungen in und um Solingen**GRÜN ist...****... dass S-Bahn-Angebote ausgebaut und verlässlicher werden**

Mehr als 30 000 Solinger*innen pendeln täglich in andere Städte und Kreise zur Arbeit. Nicht nur Düsseldorf, Köln und das Ruhrgebiet bieten in der Nachbarschaft bedeutende Kultur- und Freizeitangebote. Für den regionalen Nahverkehr ist die Bahn von besonderer Bedeutung. Aber das Bahnangebot muss in unserer Region dringend ausgebaut werden. Verspätungen und Zugausfälle müssen erheblich reduziert werden. Bündnis 90/Die Grünen haben sich in den letzten Jahren im Rat, im VRR und im Regionalrat – zum Teil erfolgreich – für die Verbesserung des Bahnangebots engagiert: Für die Batterieelektrifizierung und Durchbindung der S7 bis Düsseldorf, für neue Bahnhaltunkte in Solingen, für die Erhaltung des personenbedienten Fahrkartenverkaufs im Hauptbahnhof.

Wir setzen uns ein für die Schiene und wollen:

- einen 10 Minuten-Takt für den S-Bahnverkehr in den Hauptverkehrszeiten.
- dass die Teil-Elektrifizierung und Durchbindung der S 7 bis Düsseldorf-Flughafen – wie von Rat und VRR gefordert und – und das Modellprojekt zum Batteriebetrieb vom Land und von der Bahn umgesetzt werden.
- dass die Schaffung neuer Haltepunkte in Meigen und Schmalzgrube – wie von Rat, VRR und Regionalrat gefordert – vom Land und von der Bahn umgesetzt und mit städtischen Planungen begleitet werden.
- eine deutliche Taktverbesserung des Zugangebots zwischen Solingen Hauptbahnhof und sowohl Düsseldorf als auch Köln. Dies muss gegenüber Land, VRR und Bahn intensiver gefordert werden.

- dass für die Schaffung eines neuen Haltepunktes Landwehr und eines 3. Gleises zwischen Solingen-Hauptbahnhof und Köln auf allen Ebenen verstärkt Initiativen ergriffen werden.

6.5. Preisgestaltung

Wir wollen nicht nur einen ÖPNV, der alle Bedarfe abdeckt, sondern einen, den sich auch alle leisten können. Um den ÖPNV endlich konkurrenzfähig und praktischer als das Auto zu machen, braucht es auch bessere Preise. Das „Sozialticket“ hat seinen Namen lange nicht mehr verdient, wurde es nämlich durch die Landesregierung immer teurer gemacht. Ebenso warten nach wie vor auch Azubis oder Freiwilligendienstleistende, aber auch Arbeitnehmende auf ein bezahlbares Monats- bzw. Jobticket. Ein Bürger*innenticket könnte eine kommunale Lösung darstellen, sich selbst autark ein besseres Preis- und Leistungsangebot zu finanzieren. Durch eine verpflichtende Verwaltungsabgabe aller Bürger*innen würde ein fahrscheinloser ÖPNV für alle Solinger Bürger*innen ermöglicht, was den ÖPNV enorm attraktiveren würde.

41

Nachdem sich die Stadt erfolgreich für eine entsprechende Änderung des KAG eingesetzt hat, fordern wir:

- die Einführung eines solidarisch finanzierten Bürger*innentickets
- eine einkommensabhängige Abgabenstaffelung
- ein kostenloses Ticket für ALG II und Grundsicherungs-Empfänger*innen

Als Zwischenschritt können wir uns ein 365 Euro Ticket innerhalb des Verkehrsverbundes vorstellen. Ein Bürger*innenticket hätte den Vorteil, dass dort auch noch weitere Leistungen des Verkehrsbetriebs integriert werden könnten, wie z. B. die Nutzung von Leihfahrrädern und -Pedelecs für alle Bürger*innen über ihr Bürger*innenticket.

Bis die Einführung des Bürger*innentickets durchgesetzt wird, müssen auch Einzeltickets günstiger werden. Für Besuche in unseren Nachbarstädten fordern wir günstigere Tarife, insbesondere für Fahrten in einen anderen Verbundtarif wie z. B. nach Köln, braucht es deutlich günstigere Übergangstarife, wofür sich die Stadt gemeinsam mit den anderen Kommunen einsetzen muss.

6.6 Seniorengerechte Mobilität

GRÜN ist...

...die Beachtung einer seniorengerechten Mobilität.

Beim Thema Mobilität werden verstärkt berechtigte Anforderungen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen an unsere städtische Infrastruktur gestellt. Die Senior*innen in unserer Stadt sind eine große Teilgruppe, die ein Drittel der Stadtbevölkerung ausmacht. Senior*innen halten sich viel in ihrem Quartier auf, nutzen häufig den ÖPNV und möchten die schönen Ecken Solingens genießen. GRÜNE wollen, dass die Politik Solingens die Belange älterer Menschen beim Thema Mobilität beachtet.

Für eine seniorengerechte Mobilität wollen wir:

- ÖPNV-Angebote bzw. Anbindungen an Wander- und Tourismusorte in der Stadt.
- eine gute Anbindung der Außenbezirke (z.B. Meigen) auch am Wochenende.
- dass mit Hilfe von Veranstalter*innen ÖPNV Angebote z.B. über das Anrufsammeltaxi organisiert und vorgehalten werden, damit auch Veranstaltungen besucht werden können. Ein solches Angebot besteht schon im Rahmen von Veranstaltungen am Theater.

- des Weiteren eine bessere und verständlichere Form der ÖPNV-Informationsangebote und spezifischere Informationen seitens der Verkehrsbetriebe.
- Einen barrierefreien ÖPNV u.a. durch Ausrüstung der O-Buslinien der Serie Van Hool mit einer Zustiegsrampe, die für alle Rollstühle und Gewichtsklassen zugelassen ist.
- Veranstaltungsorte und deren Anbindung an die Buslinien besser darstellen.
- bessere Informationen über den TaxiBus bzw. Anrufsammeltaxi.
- dass Verkehrsbetriebe bzw. die Fahrer von Anrufsammeltaxen auch über das Wochenende über das Call-Center erreichbar sind.

6.7 Das Fußwegenetz barrierefrei ausbauen und attraktivieren

GRÜN ist...

...kurze Wege und gut zu Fuß für Jung und Alt

Der Fußverkehr wird oft vernachlässigt und in seiner Bedeutung falsch eingeschätzt. **Wir GRÜNE wollen den Interessen von Fußgänger*innen in Solingen stärker Gehör verschaffen.** Für die generationengerechte Entwicklung der Stadt ist die Stärkung der Familien und Kinder und der Älteren im öffentlichen Raum von entscheidender Bedeutung. Dazu gehört ein gut ausgebautes Fußwegenetz, das soweit wie möglich barrierefrei gestaltet werden sollte. Fußverkehr ist Teil des Umweltverbundes, also der Mobilitätsformen, die nicht über den motorisierten, auf Verbrennungstechnik setzenden Individualverkehr laufen.

Zur Verbesserung des Fußverkehrs wollen wir:

- ein Teilfußwegekonzept im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrsentwicklungsplanes.
- die Schaffung einer Beauftragten für die Belange der Fußgänger*innen mit einem eigenen Budget.
- Beteiligungsverfahren zu Fußwegekonzepten und Fußwegechecks.
- Eine Attraktivierung des Zu-Fuß-Gehens. Dies kann gerade in einer Stadt mit dezentraler Struktur und siedlungsnahen Grünräumen wesentlich verbessert werden.
- im Sinne einer „besitzbaren“ sowie einer „beispielbaren „Stadt Elemente im öffentlichen Raum, die den Bedürfnissen sowohl der älteren als auch der jüngeren Generationen Freude an der Bewegung in der Stadt machen. So braucht es für die ältere Generation mehr Sitzgelegenheiten und für die jungen Menschen in der Stadt Bewegungsanreize auf ihren Wegen.
- sichere Wege zu Bushaltestellen, Schulen und Kindertagesstätten aus Sicht der Hauptnutzergruppen.
- einen barrierefreien Fußverkehr, dass so im Sinne der Inklusion, Menschen mit Fortbewegungshilfe Bürgersteige und Überwege problemlos nutzen können.
- Das Leitbild muss eine Stadt für alle sein, barrierefrei und sicher. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen ist es sehr wichtig, dass die Bordsteine an den Überwegen komplett auf Fahrbahnniveau abgesenkt werden.
- Wir wollen, dass die Stadt bei allen neuen Maßnahmen eine entsprechende Absenkung einplant, bei wichtigen bestehenden Kreuzungen muss dies nachträglich erfolgen.

- dass Rampen erhalten bleiben, auch wenn sie nicht normbehindertengerecht umzubauen sind
- die Vision Zero zum Ziel erheben, also null Umfallopfer. Leider kommt es in Solingen noch immer zu Verkehrsunfällen mit Fußgängern. Wir setzen dabei auf eine kritische Analyse und eine konsequente Ursachenbekämpfung. Klar ist aber, Sicherheit bringt vor allem eine Entschleunigung. Entsprechend fordern wir Tempo 30 in allen Wohngebieten, vor Schulen, Kindertagesstätten und Alteneinrichtungen auch auf Hauptverkehrsstraßen und die Einrichtung von echten Spielstraßen.
- die Wartezeiten an Fußgängerampeln überprüfen, sie sind z.T. unzumutbar lang.
- das Straßenbild an vielen Stellen mit Bäumen zwecks Aufwertung der Aufenthaltsqualität aufwerten. Als Maßnahme auf die zu erwartenden Erwärmung des urbanen Raums braucht es zudem ein Grünkonzept.
- das Fahrbahndeckenprogramm zu einem Straßendeckenprogramm ausweiten, damit es die Sanierung der Fuß- und Radwege berücksichtigt, oder aber eine entsprechende Haushaltsposition.
- die Abbindung von Straßen für den Autoverkehr zur Unterbindung eines Durchgangsverkehrs als ein Mittel der Verkehrsberuhigung und der Steigerung der Lebensqualität im eigenen Quartier einbringen.

6.8 Das Radverkehrskonzept

GRÜN ist...

...Solingen attraktiv für das Radfahren zu machen

Wir GRÜNE wollen eine Stadt, in der Radfahren Spaß macht, egal ob auf dem Weg zur Schule, zur Arbeit oder in der Freizeit. „Solingen ist keine Fahrradstadt“- dieses Argument gilt mit der Verbreitung von Pedelecs/eBikes nicht mehr. Steigungen werden für alle Altersgruppen mittels der E-Mobilitätsrevolution beim Rad mühelos überwindbar. Bundesweit machen zudem 58 % der Wege, die im Alltag zurückgelegt werden, weniger als fünf Kilometer aus, was eine ideale Distanz für das Fahrrad ist. Was es nun braucht, ist ein an den gewollten und notwendigen Mobilitätswandel angepasster Ausbau der Infrastruktur im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation. Denn der Radverkehr ist ein Schlüssel der Verkehrswende. In der Solinger Nachhaltigkeitsstrategie sind bereits wichtige Bausteine benannt. Bündnisgrüne unterstützen die dortigen Ziele. Eine gute Infrastruktur erhöht die Sicherheit auf Solinger Straßen sowohl für den Alltags- wie auch Freizeitradfahrer und es ist diese Sicherheit, die nötig für einen verantwortungsvollen Umstieg ist.

Schüler*innen, Kinder als auch alte Menschen auf ihren Rädern, sollen keine Angst vor dem Verkehr haben. Bisher mangelte es jedoch an Personal- und Finanzressourcen, um dieses große Thema adäquat anzugehen. Wenn nicht massive Anstrengungen unternommen werden, wird bei gleichbleibendem Tempo die Mobilitätswende Jahrzehnte brauchen, Zeit, die wir nicht haben. Mit der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“, ihren 206.687 Unterschriften und der in 2019 gegebenen Zustimmung des Landtages für die Anliegen der Initiative, liegt es nun an der jetzigen Landesregierung ein Fahrradgesetz in NRW auf den Weg zu bringen. Ziel der Volksinitiative ist es u.a., bis zum Jahr 2025 einen Radverkehrsanteil am Modal Split von 25 Prozent zu erreichen. Es wird deutlich, ohne Unterstützung seitens des Landes und auch des Bundes, wird es nicht gehen, aber der Wunsch nach einer konzentrierten Förderung des Radverkehrs ist in der Gesellschaft angekommen.

Zur Verbesserung des Radverkehrs wollen wir:

- ein Teilkonzept Radverkehr im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrsentwicklungsplans und damit auch die komplette Neuerstellung des 2011 erstellten Radverkehrskonzeptes.
- die Steigerung des Anteils des Radverkehrs am Modal Split entsprechend der Ziele der städtischen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2023 auf 10 Prozent und darüber hinaus bis 2025 auf 15 %. Sofern das „Fahrradgesetz NRW“ weitere Spielräume eröffnet, müssen diese bis 2025 ausgenutzt werden. Für jedes Haushaltsjahr sollen Zwischenschritte definiert werden und im Rahmen des Nachhaltigkeitsmonitoring in ihrer Einhaltung überprüfbar und online abrufbar sein.
- eine gute Begleitung des Ausbaus mittels frühzeitiger Beteiligungsformen und Einbeziehung der Bürgerschaft sowie des Runden Tisches Radverkehr.
- eine deutlichere Erhöhung der Ausgaben für den Radverkehr pro Einwohner*in von derzeit geschätzten 1 Euro auf mindestens 17 Euro jährlich. Der nationale Radverkehrsplan empfiehlt eine Pro-Kopf-Investition zwischen 8 und 19 Euro, was sehr deutlich unter den Ausgaben für den Autoverkehr liegt.
- ein durchgängiges attraktives hierarchisches Radverkehrsnetz, das alle Wohn- und Gewerbegebiete sowie Zentren erfasst, mit abgetrennten Radwegen auf allen Hauptverkehrsachsen, und der Erreichbarkeit aller Schulen von Schüler*innen ab 8 Jahren.
- ein Radabstellkonzept, das im öffentlichen Stadtraum und an Verwaltungsstandorten definiert, wo Fahrräder sicher abschließbar sind - auch durch Umwandlung von Autoparkplätzen zu Fahrradstellplätzen.
- Überall, wo es möglich ist, sollen Radwege bzw. Schutzstreifen von der Fahrspur für den Autoverkehr abgegrenzt werden. Statt den bisher üblichen 1,50m pro Fahrtrichtung sollen die Schutzstreifen überall, wo dies möglich ist auf mindestens 2 Meter verbreitert werden.
- abschließbare Radboxen oder Miniparkhäuser, mindestens aber sichere und trockene Fahrradabstellanlagen an allen Bahnhöfen, großen Haltestellen und in der Innenstadt.
- ein erweiterbares Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof in Solingen-Ohligs.
- Velorouten und Radschnellwege, beispielsweise entlang der innerstädtischen Landesstraßen.
- die Öffnung aller Einbahnstraßen entgegen der Fahrtrichtung für das Rad, wo es verkehrssicherheitstechnisch möglich ist. Ein Umbau von Parkstreifen in Gegenrichtung darf kein Tabu sein.
- Abmarkierungen von Halteflächen an den großen Lichtsignalkreuzungen vor den Haltelinien des motorisierten Verkehrs.
- die Einbindung des Radverkehrs in einer vernetzten Mobilitätsstrategie inklusive eines Fahrradverleihsystems mit Pedelecs/eBikes.
- mehr Lastenräder und Lastenpedelecs/-eBikes auch für den Wirtschaftsbetrieb.
- Das Pedelec/eBike soll für die städtischen Mitarbeiter*innen (inkl. Beteiligungsgesellschaften) an Attraktivität gewinnen, beispielsweise über Leasingangebote. Aber auch der Verkehr innerhalb der Stadtverwaltung ist mehr über den Gebrauch von Pedelecs/eBikes abzuwickeln und hierzu bedarf es einer angemessenen Anzahl davon im städtischen Fuhrpark, verteilt über alle Verwaltungsstandorte.

- Tempo 30 in allen Wohngebieten und vor allem Altenheimen, Sportplätzen, Schulen und Kindertagesstätten auch an Hauptverkehrsstraßen.
- Überwachung der Radverkehrsinfrastruktur durch das Ordnungsamt, um Falschparken zu ahnden.
- Abfräsen von hohen Kanten im Fahrbereich von Radfahrer*innen und Vermeidung solcher Kanten bei Straßenerneuerungen.

6.9 Stopp des Schnellstraßen-Neubaus

GRÜN ist...

...Natur und Wohngebiete vor der Zerstörung zu schützen

Solingen braucht keine neuen Schnellstraßen. Diese würden wertvolle Naherholungsräume, große Wohngebiete und das städtische Klinikum massiv beeinträchtigen, verlärmern und z.T. zerstören. Sie würden als Schnellstraßen-Verbindungen weiteren Durchgangsverkehr in die Stadt ziehen, die Schadstoffbelastung in der Luft sowie die Lärmbelastung in weiten Teilen der Stadt erhöhen und die Klimakrise weiter anheizen.

Wir wollen den Stopp folgender Planungen:

- Die südliche Verlängerung der Viehbachtalstraße L 141n zwischen Mühlenstraße und Landwehr würde die Wohngebiete Wiefeldick und Börkhauser Feld massiv beeinträchtigen, den Klingenspfad überplanen und die Naherholungsgebiete am Börkhauser Bach und am Burbach zerstören.
- Die B 229n zwischen Landwehr und der A 542 würde die Wohn- und Erholungsgebiete rund um Rupelrath, die Kapelle St. Reinoldi und Spürklenberg verlärmern und zerschneiden.
- Die nördliche Verlängerung der Viehbachtalstraße L 141n zwischen dem Frankfurter Damm und der Schlagbaumer Straße würde das Obere Lochbachtal mit dem Lochbachquellgebiet zerstören und die sehr nahe Wohnbebauung sowie das städtische Klinikum verlärmern und stark belasten.
- Eine Querspange vom Autobahnkreuz Langenfeld nach Leichlingen oder eine Anbindung an die A3 über die Haus-Gravener-Straße würden wichtige Naturräume zerschneiden und zerstören und vorhandene Stadtstraßen wie die Opladener Straße belasten.
- Die Ostumgehung Hilden (L 403n) würde Hildener und Langenfelder Durchgangsverkehr durch Solingen führen und das Waldgebiet Verlach nahe dem Naturschutzgebiet Ohligser Heide zerschneiden.
- Der vom Bund geplante Ausbau der A 3 und der großflächige Ausbau Raststätte Ohligser Heide zerstören Waldgebiete und sind verkehrlich unsinnig.
- Auch unnötige Verkehrsprojekte wie der teure Straßenumbau am Dickenbusch (3, 8 Mio. Euro) und der rund um die Kreuzung Bonner Straße/Langhansstraße (mehr als 6 Mio. Euro) sind enorm teuer und würden Naturräume zerstören.

Dies sind Planungen, die eine rückwärtsgewandte Verkehrsplanung restaurieren wollen.

Statt Zig-Millionen teurer Straßenbaugroßprojekte wollen wir

- die deutliche Verbesserung des Bus-, Bahn-, Rad- und Fußwegeangebotes

- eine angemessene Unterhaltung der vernachlässigten vorhandenen Solinger Brücken und Straßen.
- die bestehende Viehbachtalstraße besser an benachbarte Gewerbegebiete anbinden, die Straße sollte dem innerstädtischen und nicht dem Durchgangsverkehr dienen.
- das heute völlig abgezäunte Obere Lochbachtal durch eine Wegeverbindung für Fußgänger*innen öffnen, mit der Korkenzieherbahn verbinden und den teilweise verrohrten Lochbach renaturieren.

Stadtentwicklung

Lebensweisen und Stadtentwicklung

Traditionelle Rollenzuweisungen bei den Geschlechtern, die die Arbeit zwischen Mann und Frau aufteilen in Zuständigkeiten für die Produktions- und die Reproduktionsarbeit, hatten deutliche Auswirkungen auf die Art, wie Städte gebaut wurden. Während der Mann im traditionellen Familienmodell der Alleinerwerbstätige war und alltäglich in „sein“ Auto stieg, um zur Arbeit zu gelangen, sorgte die Ehefrau für Haushalt, Kinder sowie häufig auch für Eltern bzw. Großeltern.

47

Heute ist diese Arbeits- und Rollenaufteilung für viele Paarbeziehungen überholt, Lebensentwürfe mischen sich. Trotzdem hat sich diese Struktur in den Stadtplanungen deutlich eingeschrieben: möglichst freie Fahrt für's Auto – alle anderen Fortbewegungsmittel und Wegebeziehungen, besonders die in den Nahbereichen um Schule, Kita und Freizeit werden dem untergeordnet. Gleichzeitig wurde die Frage des Flächenverbrauchs eher nicht gestellt. Der Flächenbedarf der wachsenden Städte wurde im Wesentlichen in den Außenbereichen gestillt. Immer mehr Grünflächen verschwanden unter Beton.

Die Herausforderungen der Klimakrise werden wir aber nur meistern, wenn wir Mobilität und Stadtentwicklung insgesamt anders strukturieren: die individuelle Mobilität der Zukunft sollte genauso flexibel sein wie das Auto, aber eben unter gleichberechtigter Teilhabe von Fuß- und Radverkehr sowie Bus und Bahn, Carsharing, u.v.m. Das stellt neue Anforderungen an Stadtplanung. Und gleichzeitig sollte im Zuge der Digitalisierung auch Arbeiten und Wohnen am integrierten Standort wieder näher zusammenrücken können. Das flexibilisiert die Tagesstruktur.

Unser Stadtraum sollte so gestaltet werden, dass er als Lebensraum für alle Bewohner*innen attraktiv ist. Bereiche in der Stadt für Fußgänger*innen gehören entschleunigt, Sicherheit und Wohlbefinden von spielenden Kindern, Jugendlichen, Elternteilen mit Kinderwagen und älteren Menschen sollten im öffentlichen Raum großgeschrieben werden. Die gebaute Struktur muss sich ändern und diesem Ziel von Aufenthaltsqualität und gleichberechtigter Teilhabe aller am öffentlichen Raum anpassen. Sie muss die unterschiedlichen Bedürfnisse an Stadt aufnehmen und geschlechter- und generationengerecht übersetzen. Erst damit überwindet Stadtplanung die tradierte Sicht männlicher Planungsperspektive und öffnet sich allen Menschen, die in unserer Stadt leben. Am besten mit vielen Beteiligungsangeboten der Bürger*innen bei Planungsprozessen.

7.2 Stadtleben heißt, nah dran sein

Grün ist...

...eine Stadt der kurzen Wege.

Solingen ist unser Lebensraum. Hier wollen wir leben, einkaufen, feiern, arbeiten, lernen, Sport treiben, uns erholen und all die Dinge des täglichen Bedarfs erledigen. Deswegen wollen wir Grüne die Zentren und Nahversorgungsschwerpunkte sichern, die Quartiere stärken und die Grünflächen erhalten. Damit alle Bewohner*innen unserer Stadt möglichst viele Bereiche des Lebens wohnortnah erledigen können.

Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege mit:

- zentralen Versorgungsbereichen in allen Stadtteilen,
- kleineren städtebaulich integrierten Nahversorgungsstandorte und

- neuen Quartierszentren in größeren Siedlungen.

Lebendige Zentren brauchen eine gute Mischung aus Einzelhandel, kulturellen und Freizeitangeboten.

Deswegen wollen wir:

- Discounter in städtebaulich nicht integrierter Lage und weitere Einkaufszentren konsequent verhindern,
- Jugend- und Kulturinitiativen zur Belegung von Brachflächen und künstlerische Nutzung von Leerständen unterstützen,
- das Nebeneinander von Wohnen und dazu passendem nichtstörendem Gewerbe fördern,
- Nachbarschaften stärken und
- mit Beschäftigungsförderungsmaßnahmen Nahversorgung in Quartieren, in denen es keine Geschäfte mehr gibt, sichern.

48

7.3 Eine Stadt in der sich gut für alle leben lässt

Grün ist

... eine Stadt für alle Generationen.

Stadtentwicklung für Jung und Alt bedeutet, die unterschiedlichen Bedürfnisse aufzugreifen und in der konkreten Planung zu berücksichtigen. Eine älter werdende Bevölkerung braucht Ruhepunkte, Kinder und Jugendliche brauchen Bewegungsräume, und alle anderen brauchen beides. Wir Grüne haben uns erfolgreich für den Erhalt städtischer Grünflächen eingesetzt - genauso wie die vielen engagierte Freiwillige in Vereinen, Naturschutzverbänden oder dem Bündnis für Familie. Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass Solingen eine grüne Stadt bleibt, in der Arbeit, Schule und Naherholung auf kurzen Wegen möglich sind. Es bleibt noch einiges zu tun.

Wir Grüne wollen die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt erhöhen, durch:

- die Schaffung von attraktiven Spiel- und Bewegungsflächen,
- die Pflanzung von deutlich mehr Straßenbäumen, Fassaden- und Hofbegrünung
- die Bereitstellung von mehr Sitzgelegenheiten in den besiedelten Bereichen und entlang der Wanderwege
- die Weiterentwicklung von Kunst im öffentlichen Raum,
- die Förderung des Denkmalschutzes, denn Stadtbild prägende historische Quartiere und regionaltypische Bebauung machen unsere Stadt unverwechselbar

7.4 Solingen und eine nachhaltige Entwicklung

Grün ist

... eine nachhaltige Stadt

Wir müssen und wollen den dramatischen Auswirkungen des Klimawandels trotzen. Leitfaden dafür ist die einstimmig im Rat der Stadt Solingen verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie. Die nachhaltige Entwicklung einer Stadt lässt sich planen. Ohne immer gleich auf die grüne Wiese gehen zu müssen.

Deswegen wollen wir Grüne:

- die Schaffung von Klimaschutzsiedlungen mit Passivhaus- und Niedrigenergiestandards im Bestand und bei Neubauvorhaben,
- die Sicherung von Gewerbeflächen im besiedelten Bereich,
- die Prüfung von Abschöpfungsmöglichkeiten von Planungsgewinnen aufgrund wertsteigernder Bauleitplanungen (Stichwort: Acker zu Bauland)
- die sinnvolle Revitalisierung von Brachflächen innerhalb der Stadt
- mehrgeschossiges, flächenschonendes Bauen,
- den Einsatz regenerativer Energien und die Zusammenarbeit mit der Bürgerenergiegenossenschaft,
- insektenfreundliche Vorgärten statt Schottergärten,
- nachhaltiges, ökologisches Bauen in allen Bereichen und
- eine kleinteilige Durchwegung, um Fuß- und Radverkehr zu fördern.

Nachhaltige Stadtplanung ist aber keine Einbahnstraße. Wir Grüne wollen die Beteiligung der Menschen unserer Stadt bei großen Planungsvorhaben. Wir wollen den Senioren-, den Behinderten- und den Jugendstadtrat als Vertreter*innen wichtiger Gruppen der Bevölkerung ernst nehmen und Anregungen und Kritik bei Planverfahren aufnehmen. Denn Nachhaltigkeit bedeutet immer auch eine gerechte Verteilung aller Ressourcen zwischen den Generationen.

7.5 Für eine Stadt Solingen, die Menschen zusammenkommen lässt

Grün ist

... eine soziale Stadtentwicklung

Es wird künftig noch wichtiger, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft auch mit den Mitteln der Stadtentwicklung entgegen zu wirken.

Deswegen wollen wir Grüne:

- die Quartiere stärken,
- lokales Wirtschaften und lokalen Konsum unterstützen,
- einen zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr,
- ein preiswertes und gutes Bildungs-, Kultur und Sportangebot,
- Grünflächen vor jeder Haustür zur Naherholung
- und ein Quartiersmanagement da, wo es nötig ist

Grün ist

... eine Stadt zum Flanieren

Die Stadt als Lebens(t)raum – mit breiten Bürgersteigen, sicheren Radwegen, einem verlässlichen, in kurzen Takten verkehrenden ÖPNV, um zu Fuß, radelnd oder eben per Bus das Ziel zu erreichen. Eine Stadt, in der man den Metzger, die Bäckerin oder die Nachbarn noch kennt. Sich geborgen fühlen

kann, sicher auch nachts nach Hause kommt. Kurzum: eine Stadt, in der man gerne lebt. Das ist das Ziel grüner Stadtplanung.

Wir Grüne wollen:

- Plätze mit Aufenthaltsqualität,
- mehr Bäume in die Stadt,
- Straßen zum Spielen – eine bespielbare Stadt,
- Sitzgelegenheiten – eine besitzbare Stadt,
- Autofreie Innenstädte zum Flanieren,
- Außengastronomie statt Parkplätze,
- ein gutes Lichtkonzept für die Stadt zur Vermeidung von Angsträumen,
- mehr Grün in die Stadt durch Fassadenbegrünung sowie
- eine Umgestaltung von Innenhöfen zu Plätzen der Begegnung
- Rückbau versiegelter Flächen im öffentlichen Raum

Grüne Stadtplanung stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt den öffentlichen Raum zurückgeben, indem wir Räume schaffen, Aufenthaltsqualität erhöhen und viele verschiedene Dinge auf kurzen Wegen ermöglichen. Denn Urbanität entsteht durch Nutzungsmischung. Arbeit und Wohnen wieder zusammen zu bringen, Spielen und Sport in unmittelbarer Nähe ermöglichen, dazu Gastronomie und Einzelhandel – das macht die Attraktivität eines Quartiers aus.

Sozialpolitik

Grüne stehen für eine inklusive Gesellschaft

Grün ist...

... eine Stadt, die ausgleicht, wo Hilfe benötigt wird

In einer inklusiven Gesellschaft steht niemand am Rand. In einer inklusiven Gesellschaft haben alle die gleichen Chancen – im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt und in der sozialen Teilhabe. Das ist unser Ziel. Aber wie überall in Deutschland geht die Schere zwischen arm und reich auch in Solingen stetig weiter auseinander. Es gibt immer mehr Menschen, die ihre Familie von ihrer Arbeit nicht ernähren können und die darauf angewiesen sind, staatliche Unterstützung zu beziehen. Erschreckend viele Kinder auch in Solingen sind von Armut bedroht oder sogar betroffen. Armut aber führt zu gesellschaftlicher Ausgrenzung. Das können und wollen wir nicht zulassen. Armutsbekämpfung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben, denen wir uns stellen müssen.

GRÜNE wollen die Sozialpolitik dieser Stadt mehr und mehr auf Grundlage der Quartiersarbeit organisieren. Hier, auf der dezentralen Ebene von Quartieren lässt sich zivilgesellschaftliches und behördliches Handeln (Schule, Jobcenter, Sozial- und Jugendamt, Initiativen, Vereine, Kirchen usw.) einfacher, unbürokratischer und effektiver umsetzen.

8.2 Für eine gerechte Entlohnung und faire Hilfen

Grün ist...

... von Arbeit leben können

Arbeit sollte immer existenzsichernd bezahlt werden. Arbeit sollte Familie ermöglichen. Und Arbeit sollte gesellschaftliche Teilhabe sichern. Wer keine Arbeit hat, muss fair, transparent und umfassend informiert und beraten werden.

Wir Grüne wollen:

- das Jobcenter weiter zu einem bürgernahen und transparenten Dienstleistungsbetrieb umgestalten,
- das Prinzip „Hilfe aus einer Hand“ zur Regel für alle Hilfebedürftigen machen,
- Beratung auf Augenhöhe,
- die Erfahrungen aus der Corona-Krise nutzen und die digitale Abgabe von Anträgen und Unterlagen zur Regel machen, um Wartezeiten zu vermeiden,
- die vom Land geplante Zerschlagung von behördenunabhängigen Erwerbslosen- und Beratungsstrukturen verhindern und die Beratungstätigkeit des Solinger Arbeitslosenzentrums SALZ nach Bedarf erweitern,
- den Sozialen (Dritten) Arbeitsmarkt weiter ausbauen,
- Armut auch weiterhin entschlossen bekämpfen,
- Lohnverbesserungen im Niedriglohnbereich bei der Stadt und ihren Betrieben
- und die begleitete Verweisung von Hilfeempfänger*innen in andere Hilfe- oder Beratungsstrukturen als Organisationsprinzip im Jobcenter etablieren.

Nur so kann es gelingen, die Vermittlung in Arbeit zu effektivieren und die Arbeitssuchenden als Klient*innen des Jobcenters zu unterstützen.

Grün ist ...**... zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird**

Viele Menschen in unserer Gesellschaft brauchen Hilfe. Es ist die Aufgabe einer sozialen Gesellschaft, diese Hilfe zu gewähren. Immer mit dem Anspruch, die Betroffenen wieder zu einem eigenständigen, selbstbestimmten Leben zu befähigen.

Wir Grüne wollen:

- regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichte als Grundlage für konkrete Hilfeplanungen,
- die Etablierung einer „ständigen“ Armutskonferenz als beratendes Fachgremium,
- ausreichend Beratungskapazitäten, um individuelle Maßnahmen zum Abbau von Strom- und Gas-Schulden zu erarbeiten und so die Sperrung der Haushaltsenergieversorgung zu vermeiden
- und die Vielfalt der Beratungsstellen erhalten und stärken.

Grün ist ...**... bezahlbarer Wohnraum für alle****8.3 Solingen braucht mehr Sozialwohnungen und preiswerten Wohnraum**

Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt, ein neues Solinger Handlungskonzept Wohnen zu erstellen. Das liegt jetzt vor und wird das wohnungspolitische Handeln der Stadt zukünftig leiten. Auch in Solingen stehen wir vor einem deutlichen Rückgang von Sozialwohnungen, so dass preiswerter Wohnraum weniger wird. Deswegen war es wichtig, im Handlungskonzept die Quote von mindestens 30% Sozialwohnungen für alle größeren Wohnungsbauprojekte vorzusehen. Wir haben den Klimabonus durchgesetzt, der es auch Transferleistungsempfänger*innen ermöglicht, in energetisch saniertem Wohnraum zu leben. Trotzdem müssen wir noch dicke Bretter bohren, um bezahlbaren Wohnraum für alle in unserer Stadt zu sichern.

Wir Grüne wollen:

- die Kosten der Unterkunft so ausgestalten, dass Hilfeempfänger*innen nicht gezwungen sind, aus den dem Existenzminimum entsprechenden Regelsätzen zum Lebensunterhalt noch Mietanteile zahlen zu müssen,
- keine Unterbringung von Menschen in Not in Sammel- oder Container-Unterkünften, sondern
- die Vermittlung von Geflüchteten und Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, in eigenen städtischen oder städtisch angemieteten Wohnungen sowie
- mehr und intensivere sozialarbeiterische Begleitung dieser Menschen.

Grün ist ...**eine aktive städtische Wohnungspolitik**

Wohnen ist ein Grundrecht. Aber gerade in den Ballungsräumen wird Wohnraum knapp, die Preise steigen in schwindelnde Höhen. Das wirkt sich auch auf die angrenzenden Kommunen aus. Natürlich ist die Situation des Solinger Wohnungsmarkt mit dem der Großstädte am Rhein nicht vergleichbar. Aber wir wollen schon jetzt dafür sorgen, dass die Stadt Instrumente für eine aktiv gestaltende Wohnungspolitik erhält. Gegen unser Votum wurde der städtische Wohnungsbesitz in den 1980er Jahren größtenteils verkauft. Heute zeigt sich, dass dies vor dem Hintergrund der Entwicklung des Wohnungsmarktes eine Fehleinschätzung war.

Wir Grüne wollen:

- den Aufbau einer kommunalen Wohnungsgesellschaft, die als Akteurin auf dem Wohnungsmarkt soziale und ökologische Standards setzt,
- die Modernisierung des noch vorhandenen kommunalen Wohnungsbestandes,
- den weiteren Verkauf städtische Immobilien stoppen,
- perspektivisch die Erhöhung der Quote von Sozialwohnungen bei Neubauten in den Quartieren von 30 auf 40 Prozent,
- 30 Prozent Sozialwohnungen auch bei den Planungen der Wohnungen durch die Stadtparkasse am Standort Neumarkt,

Grün ist ...**... der Schutz des Allgemeinguts Boden****8.4 Boden als begrenztes Gut zwingt zu sorgsamem Umgang**

Grund und Boden lässt sich nicht vermehren. Er ist Grundlage allen Lebens – im wahrsten Sinne des Wortes. Aber der Nutzungsdruck ist genauso hoch wie vielfältig. Grüne Planungspolitik ist daher immer dem Prinzip des Flächensparens verpflichtet. Das gilt natürlich auch für den Wohnungsbau. Deswegen war es wichtig und richtig, im Handlungskonzept Wohnen Ansätze einer sozialeren und ökologischeren Wohnungspolitik aufzunehmen.

Wir Grüne wollen:

- das Instrument der „Sozialgerechten Bodennutzung“ bzw. der „Gemeinwohlorientierten Baulandmobilisierung“ prüfen,
- eine „Strategischen Bodenreserve“ entwickeln,
- die Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechtes konsequent prüfen,
- vermehrt kommunale Grundstücke im Erbbaurecht vergeben statt sie zu verkaufen,
- verstärkt über städtebauliche Verträge und die Nutzung der Konzeptvergabe Planungen strukturieren und akzentuieren,
- den Einsatz von Milieuschutzsatzungen oder anderen geeigneten Mitteln für Teilbereiche der Stadt um unerwünschte Veränderungen zu vermeiden und Gentrifizierung zu verhindern.

Grün ist ...**... Gesundheitsversorgung in kommunaler Hand****8.5 Gesundheitspolitik**

Ein leistungsstarkes kommunales Klinikum ist für Grüne unverzichtbar. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat uns die Notwendigkeit einer guten kommunalen Gesundheitsversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge verdeutlicht. Neues Denken bezüglich des Wertes und der Qualität von Gesundheitsarbeit ist angesagt. Jetzt braucht unser Klinikum einen kompletten Neustart.

Wir Grüne wollen:

- die Weiterentwicklung des medizinischen Portfolios,

- keine weiteren Privatisierungen von (auch tertiären) Bereichen des Klinikums.
- die Sicherung des Klinikums als sozialer Arbeitgeber in der tariflichen Entgeltstruktur allgemein üblicher Tarifmerkmale,
- vermehrte Kooperationen mit der LVR-Klinik und dem Psychosozialen Trägerverein (PTV), um den Bereich der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung verbessert zu gestalten,
- eine deutlich intensivere Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten,
- eine Stärkung der Altersmedizin im Klinikum sowie
- die Einrichtung eines Patient*innenbeirates.

8.6 Eine Politik für ältere Menschen für ein langes selbstbestimmtes Leben

Grün ist ...

... daheim alt werden

Ziel der Grünen soll weiterhin sein, für die älteren und pflegebedürftigen Menschen dieser Stadt ein selbstbestimmtes Leben mit Versorgungssicherheit im vertrauten Stadtteil zu ermöglichen. Barrierefreie Wohnungen, wohnortnahe Versorgung, individuelle Pflege- und Betreuungsleistungen können ein möglichst langes eigenständiges Leben bis ins hohe Alter möglich machen.

Wir Grüne wollen:

- das Prinzip „ambulant vor stationär“ weiterentwickeln,
- ein Quartiersmanagement, welches stärker auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet ist,
- ein Quartier für Alle,
- altengerechte Wohnangebote und (alternative) Wohnformen,
- eine fußläufige Infrastruktur und mehr öffentliche und saubere Toiletten,
- einen Ausbau von Abhol- und Bringdiensten, um die Mobilität älterer Menschen zu erhöhen,
- ambulante Angebote für den Pflege- und Betreuungsbedarf ausbauen,
- den Standard in der Vollzeitpflege weiter verbessern und eine unabhängige Beschwerdestelle für alle Pflegebereiche einrichten,
- mehr solitäre Kurzzeit- und Verhinderungspflege durchsetzen,
- prüfen, ob Solingen nicht ein viertes kommunales Alten- und Pflegeheim braucht,
- die Ausbildung von Pflegekräften in den städtischen Altenzentren weiter verbessern und attraktiver gestalten, um dem Mangel an Fachkräften zu begegnen,
- die Begegnung von Jung und Alt sowie kulturelle und sportliche Betätigung fördern und
- die Vergabe von barrierefreien und insbesondere rollstuhlgerechten Wohnungen optimiert koordinieren.

8.7 Politik für eine inklusive Gesellschaft

Grün ist ...

... **gemeinsam inklusiv**

Eine inklusive Gesellschaft lebt die Toleranz gegenüber dem Anderen, Individuellen, mit eigenen Stärken und Schwächen, eigenem Lebensentwurf, und gibt ihm in der demokratischen Verfasstheit seine Entfaltungsmöglichkeiten. Das Gemeinwesen begreift sich als die Summe aller und gibt den institutionellen Rahmen, in dem individuelle Selbstverwirklichung im sozialen Miteinander möglich wird. Wir streben eine Gesellschaft an, die niemanden aussondert.

Wir Grüne wollen:

- frei wählbare Angebote, die sich an den Lebenswelten und Bedürfnissen der Menschen mit Einschränkungen orientieren,
- vielfältige und flexiblere ambulante und teilstationäre Angebote,
- ein Lebensbereich übergreifendes (Bildung, Mobilität, Familie Schutz vor Gewalt usw.) Konzept zur Umsetzung der Inklusion,
- eine frühzeitig einsetzende und zuverlässig finanzierte individuell zugeschnittene Förderung,
- umfassenden Schutz vor sexueller Belästigung.

Kommunale Sozialpolitik dient der Verbesserung der Lebenswirklichkeit der Menschen, die wirtschaftlich, sozial oder geistig/körperlich benachteiligt sind. Sie ist darauf ausgerichtet, Gemeinschaft zu bilden, die Schwachen zu stärken, und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie tut dies durch eine politisch diskutierte und entschiedene Umverteilung von Ressourcen – seien dies Finanzmittel, Beratungs- oder Hilfeleistungen oder die Steuerung von Ressourcennutzung durch Dritte. Daran wollen wir arbeiten.

Migration

GRÜN ist...

...Vielfalt statt Einfalt

Solingen ist eine Stadt der Vielfalt. Mehr als 35 Prozent der Solinger*innen haben eine Zuwanderungsgeschichte (oder: einen Migrationshintergrund), bei den Solinger Kindern bis drei Jahren liegt dieser Anteil sogar bei 56 Prozent. Dies zeigt, wie wichtig für unsere Stadt ein gleichberechtigtes, respektvolles Zusammenleben aller ist. Für die Zukunftsfähigkeit Solingens brauchen wir eines ganz gewiss nicht: rassistische Hetze und Propaganda. Solingen war bundesweit eine der ersten Kommunen, die schon 1972 einen „Beirat für ausländische Arbeitnehmer“ gründeten, 2017 feierte dieser mit einem Fest sein 45-jähriges Bestehen. Die Stadt hat sich auf den Weg gemacht, eine Integrationsstadt zu werden, aber auf dem Weg dahin ist noch viel zu tun.

Wir GRÜNE haben für ein gutes Zusammenleben in der laufenden Ratsperiode zusammen mit dem Zuwanderer- und Integrationsrat und dem Stadtrat einiges versucht und manches erreicht:

Die Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung konnte durch die Verstärkung dieses Themas im Kommunalen Integrationszentrum ausgeweitet werden. Ergänzend dazu konnten bei den Sozialverbänden Antirassismus-Beratungen eingerichtet werden. Bündnis 90/Die Grünen hatten die Verstärkung dieser wichtigen Arbeit gefordert und unterstützen dies sehr.

Das Programm „Demokratie Leben!“ wird in Solingen von sehr vielen Vereinen und Verbänden für vielfältige Projekte zur Förderung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus genutzt. Die Stadt hat mit der Teilnahme am Programm „NRWeltoffen“ einen wichtigen Schritt getan, um Diskriminierungserfahrungen besser wahrzunehmen, aufzuarbeiten und Strategien für die Gleichbehandlung und Einbeziehung aller Solingerinnen und Solinger voranzubringen. An dieser Arbeit beteiligen sich unter anderem Teilnehmer*innen aus den Jugend- und Sozialverbänden, den Schulen, dem Zuwanderer- und Integrationsrat, der Wirtschaft und den Sportorganisationen.

Es ist in Solingen dank des Engagements vieler Beteiligter aus der Zivilgesellschaft gelungen, die Aufnahme derjenigen vor Krieg und Terror Geflüchteten menschenwürdig zu gestalten, die es schafften, die Abschottungsgrenzen zu überwinden. Dabei wurde unter anderem die Anmietung privater Wohnungen durch und für die Geflüchteten von Bündnis 90/Die Grünen erfolgreich vorangetrieben. Nach deren anfänglicher Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften leben heute die allermeisten von ihnen in direkter Nachbarschaft mit den seit Längerem hier Lebenden und nicht getrennt von ihnen.

Im städtischen Haushalt für das 2020 konnten erstmals 10.000 Euro zur Verfügung gestellt werden für Kulturangebote für, von und mit Migrantinnen und Migranten zur Förderung des Zusammenlebens in Vielfalt mit Respekt.

Der Rat der Stadt Solingen beschloss am 18.6.2020 die Errichtung von Erinnerungsorten für die zehn NSU-Opfer sowie für die weiteren ca. 200 Menschen in Deutschland, die seit 1990 durch Rechtsextremisten ermordet wurden. Die Gedenkstätte besteht aus elf neu angepflanzten Bäumen und Gedenktafeln, die unter anderem die Namen der Opfer des NSU nennen.

Der langjährige Wunsch des Zuwanderer- und Integrationsrates, einen eigenen Raum in der Solinger Innenstadt für Treffen und Beratungen für Migrant*innen zu erhalten, konnte im Kommunalen Integrationszentrum verwirklicht werden.

Ziel der Grünen ist die Unterstützung einer Beteiligung des Zuwanderer- und Integrationsrat bei allen wichtigen, städtischen Planungen, die Migrant*innen betreffen. Außerdem sind auf der Leitungsebene der Stadtverwaltung Migrant*innen nach wie vor völlig unterrepräsentiert.

Wir bleiben dran!

GRÜN ist...

... die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen an Arbeit und Ökonomie

Dafür setzen wir uns ein:

- Vorrangigkeit von Deutschen und EU-Ausländern bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen aufheben, um so die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.
- Die Arbeits- und Unterbringungssituation auch für saisonal Beschäftigte prüfen und verbessern. Wir wollen auch Mindestlöhne.
- Ein Büro für die Unterstützung und Qualifizierung von kleinen selbständigen Unternehmen und Existenzgründer*innen beim Umgang mit der Bürokratie, Fördermittelakquise etc. errichten, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung in einem Stadtteil mit einem hohen Migrationsanteil.
- Interkulturelle Öffnung der Interessenvertretungen von Wirtschaft, Einzelhandel und weiteren Institutionen.

GRÜN ist...

...Integration von Migrant*innen in Bildung und Kultur

Dafür setzen wir uns ein:

- Integrations- und Berufssprachkurse öffnen für Menschen mit Duldungs- und Gestattungsstatus. Fehlende Ausweisdokumente dürfen nicht automatisch zum Ausschluss der Teilnahme führen.
- Teilnahme von Frauen mit Kindern im Vorschulalter an Sprachkursen, die oft nicht teilnehmen können, weil Sprachkursträger auf Grund der hohen Anforderung an die Betreuung faktisch diese nicht anbieten können und die Mütter keine kursnahen Betreuungsplätze für ihre Kinder finden.
- Mindestens 30 Plätze für Frauen mit Kindern in Intensiv-Sprachkursen für öffentliche wie freie Träger von Kindertageseinrichtungen sowie Anbieter der Tagespflege in Solingen-Mitte und im Raum Merscheid / Ohligs.
- Kostenlose und niedrigschwellige Sprachkurse müssen weiterhin auch aus kommunalen Mitteln angeboten werden.
- Mehr und intensivere Unterstützung von Migrant*innen bei der Erlangung von Schul- und Berufsabschlüssen.
- Kindergartenplätze für Menschen ohne „Papiere“.
- Mehr und gezielte Elternarbeit in den kommunalen Einrichtungen.
- Die Unterstützung des KI beim Projekt „Bilinguale Schule“.
- Die Unterstützung des KI bei der Konzeptionierung und interkulturellen Öffnung von Elternarbeit.

- Projekt „Schule ohne Rassismus“: Die Einbindung des KI in ein Konzept zur Aufarbeitung von Heimatgefühl und Fremdsein.
- Die Einrichtung einer „Beschwerdestelle“ außerhalb der städtischen Einrichtungen. Mehr Antidiskriminierungsarbeit für Betroffene sowie Anlaufstellen für Betroffene an Kitas und Schulen.
- Gründung eines Internationalen Frauenzentrums sowie dem Projekt Stadtteilfrauen bei der Bereitstellung von eigenen Räumlichkeiten.
- Mehr interkulturelle Angebote in den Kultureinrichtungen, im Theater und bei Konzerten mit einem jährlichen Etat von 20.000 Euro.
- Angebote wie „Schwimmen für Frauen“ schaffen, d.h. ein dafür reserviertes Zeitfenster im Hallenbad
- Generell unterschiedliche Essgewohnheiten bei öffentlichen Veranstaltungen berücksichtigen und Speisen beschildern.
- Respekt, Akzeptanz, Toleranz und Freiheit der Religionsausübung von Migrant*innen.
- Das Angebot für Beerdigungen für alle Religionsgemeinschaften und Bestattungswünschen erweitern. Bereitstellung einer multikulturellen Trauerhalle. Die Stadt sollte insbesondere für die Muslime genügend Felder für Grabstätten bereitstellen. Dazu sollte es einen Fonds geben, so dass die Menschen die Gräber ratenweise abzahlen können

Wir GRÜNE wollen die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Gesundheitssystems und die Wohnsituation von Migrant*innen verbessern.

Dafür setzen wir uns ein:

- Mehr und gezielte Information über Gesundheit und Pflege, vor allem für Frauen.
- Volle medizinische Versorgung auch für Menschen ohne gültige Krankenversicherung.
- Besondere Fürsorge für Geflüchtete mit Traumata.
- Die Entwicklung eines Pflege-Konzepts sowie die Verbesserung der Wohnbedingungen für Migrant*innen im Alter.
- Eine städtische Broschüre mit den Adressen von Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen etc., die mehrere Sprachen beherrschen.
- Auflösung von Gemeinschaftseinrichtungen.
- Unfreiwillige räumliche Trennung zwischen Migrant*innen und Deutschen unter anderem durch preisgünstige Mietwohnungs- und Sozialwohnungsangebote in allen Stadtteilen und Stadtquartieren sowie aktive Antidiskriminierungsarbeit der Stadt im Bereich Wohnungsmarkt und Wohnen.
- Mehr Beteiligung von Migrant*innen an Stadtentwicklungsprozessen, aufsuchende Beteiligung unter Einbeziehung von Vereinen und Migranten-Selbstorganisationen

GRÜN ist...

...soziale Teilhabe von Migrant*innen

Dafür setzen wir uns ein:

- Keine Diskriminierungen von Andersgläubigen
- Angebote erhalten, die weltanschaulich neutral sind
- Aufsuchende Jugendarbeit/Streetwork ausbauen
- Den Ermessensspielraum der Stadtverwaltung zugunsten der Migrant*innen und Flüchtlinge so nutzen, dass Transferleistungen nicht an die erfolgreiche Teilnahme an Sprachkursen gekoppelt sind

GRÜN ist...

...mehr Selbstorganisation von Migrant*innen

Dafür setzen wir uns ein:

- Mehr Rechte und Zuständigkeiten des Integrationsrates, z. B. beratende Mitgliedschaft in allen städtischen Ausschüssen
- Eine eigene Geschäftsstelle für die Mitglieder des Integrationsrats
- Selbst bestimmte Räume für Kommunikation und kulturelle wie interkulturelle Aktivitäten aller Migrant*innen-Gruppen
- Mehr Einbindung der Träger*innen der Integrationsarbeit und der Migrantenvereine in die Steuerung des Kommunalen Integrationszentrums

Wir GRÜNE wollen, dass Migrant*innen vermehrt in der Stadtverwaltung und in den anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes arbeiten und diese als Kund*innen nutzen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung in allen Bereichen
- Respektvollen Umgang fördern
- Antirassismus Fortbildungen in den Verwaltungen
- Mehr Ausbildungsplätze für Migrant*innen
- Menschen mit Migrationshintergrund als Mitarbeiter*innen in der Stadtverwaltung auf allen Ebenen berücksichtigen, gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung
- Mehrsprachigkeit als Qualitätsmerkmal bei Einstellungsverfahren in der Verwaltung anerkennen

Wir GRÜNE wollen, dass MigrantInnen in der Stadtverwaltung gleichberechtigt behandelt und in keiner Weise diskriminiert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Stadtdienst „Einwohnerwesen“ in das zentrale Rathaus am Rathausplatz zurücklegen und Ausländer-, Integrations- und Bürgerbüros so weit wie möglich zusammenlegen.
- Die eingerichtete Beratung in den Sozialräumen für Geflüchtete weiterführen und auf die Menschen mit gesicherten Aufenthaltstiteln ausweiten. Die Büros haben sich als verlässliche Anlaufstellen für die Bewohnerschaft vor Ort bewährt.

- Genügend Beratungszeit, ggf. auch länger als 20 Minuten, um eine zielführende und verständlich Beratung zu ermöglichen und um zu vermeiden, dass Klientinnen mehrfach wegen des gleichen Sachverhaltes kommen müssen.
- Ansprechpartner*innen in Verwaltung und Schulen
- Mehr positive und verständliche Formulierungen zur Erläuterung von ausländerrechtlichen Fragen
- Positiv und leicht verständliche Formulierungen in Schreiben der Stadtverwaltung
- Anteil der mehrsprachigen Angebote auf der städtischen Homepage und Anteil der mehrsprachigen Informationen in den Behörden erhöhen
- Einsatz der Stadt für die gesetzliche Verbesserung des Aufenthaltsstatus von langjährig in Deutschland lebenden Ausländer*innen
- Eine weitere, verbesserte finanzielle Ausstattung des mobilen Übersetzungsdienstes, so dass dieser in jedem notwendigen Fall von den entsprechenden Behörden genutzt werden kann (unter anderem, damit die Kinder und Jugendlichen der Schulpflicht nachkommen können und nicht als Übersetzer*innen tätig sein müssen).
- Ermessensspielraums zugunsten der Aufenthaltsverfestigung nutzen, besonders von älteren Migrant*innen, die seit Jahren in Deutschland leben und hier Kinder erzogen haben, da dies eine bedeutende Integrationsleistung ist. Bei Nichtbestehen der Sprachprüfung darf ihr Aufenthalt nicht in Frage gestellt werden. Hier müssen einfachere Voraussetzungen für eine Niederlassungserlaubnis und die Einbürgerung geschaffen werden.
- Zuflucht von Migrant*innen ohne geklärten Aufenthaltsstatus ins Frauenhaus ermöglichen
- Angebot von Alphabetisierungskursen und speziellen Deutschkursen für lebenspraktische Bereiche (Konversationskurse) für Mütter mit Migrationshintergrund mit Einbindung von Ehrenamtler*innen mit Sprachkenntnissen
- Die in vielen Bereichen immer noch unbefriedigende Situation von Frauen mit Migrationshintergrund verbessern

Wir GRÜNE wollen, dass die Landesinitiative KIM (Kommunales Integrationsmanagement) verwirklicht wird.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Förderung des strategischen und operativen (Beratungsangebote für neue und/oder nicht ausreichend versorgte Zielgruppen) Integrationsmanagement sowie die Festigung des Aufenthaltsstatus setzt am richtigen Punkt an. Für die erfolgreiche Umsetzung von KIM, auch im Hinblick auf die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommune und mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Agentur für Arbeit halten wir aber für notwendig:
- Die Andockung von KIM bei einer Stabsstelle des OB
- Ein Konzept unter Mitwirkung der Steuerungsgruppe Interkulturelles Gesamtkonzept entwickeln, unter Beteiligung des Zuwanderungsausschusses und Beschlussfassung im Rat
- Prinzip der Subsidiarität und Anbindung an bestehende Förderstrukturen beachten, damit Doppelstrukturen vermieden werden

Kinder- und Jugendpolitik

11.1 Teilhabe für Kinder und Jugendliche am Stadtraum organisieren

GRÜN ist...

... eine Stadt für Kinder und Jugendliche

61

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Ihre Bedürfnisse gilt es zu beachten und ihnen Gehör zu schenken, damit sie in Solingen kinder- und jugendgerechter leben können. Dies ist nötig, damit wir mehr Kinder und Jugendliche langfristig an unsere Stadt binden können. Eine Stadt mit aktiven und am Stadtgeschehen beteiligten Jugendlichen ist für das Klima der Gesellschaft wichtig, wovon schließlich auch unsere gemeinsame Heimat profitiert. Uns ist bewusst, dass der Wegzug aus der Heimat auch zum Erwachsenwerden dazugehören kann. Wir wollen aber eine Stadt schaffen, in die die jungen Erwachsenen gerne wieder zurückkehren.

Solingen wächst – und zwar auch durch den Zuzug von Kindern und Jugendlichen. Da ist es gut, dass es in den letzten Jahren trotz Haushaltsmisere gelungen ist, Freizeit- und Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche zu erhalten und sogar neu aufzubauen. Die Renovierung des Hauses der Jugend, die Skateranlage, die Erneuerung von Spielplätzen sind nur einige Beispiele, auf die wir mit Recht stolz sein können.

GRÜN ist...

... eine freie, tolerante und akzeptierende Stadtgesellschaft

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie müssen sich den öffentlichen Raum zurück erobern dürfen, sie brauchen Platz, und sie möchten mitten drin sein. Wir müssen nicht nur Orte für junge Solinger*innen erhalten, sondern sie müssen auch gestärkt werden. Seien es Sportstätten wie die Eishalle und das Rollhaus oder Orte der freikulturellen und alternativen Szene, wie dem Monkeys, dem Waldmeister oder der Cobra. Dies ist aber nicht genug. Wir GRÜNE wollen die Möglichkeit ein selbstverwalteten Jugendcafés in zentraler Lage schaffen. Dafür ist es wichtig, dass aus den Erfolgen und Fehlern des Cafés „Spot“ gelernt wird. Es war ein Testlauf und so sollte er auch behandelt werden.

Wir Grüne wollen daher:

- Wohnortnahe Spiel- und Bolzplätze in allen Quartieren,
- Aufenthaltsmöglichkeiten und Erlebnisräume im öffentlich-städtischen Raum für alle Altersgruppen,
- die Stärkung von Toleranz und Miteinander zwischen den Generationen – gerade da, wo die Nutzung des öffentlichen Raumes zu Konflikten führt,
- den Erhalt von innerstädtischen Parkflächen auch als Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche,
- die verpflichtende Integration von grünen Bewegungs- und Erlebnisräumen für Kinder und Jugendliche in die Planung von Neubaugebieten,
- ein selbstverwaltetes Jugendcafé in zentraler Lage,
- die Stärkung von Einrichtungen wie Eishalle, Cobra, Rollhaus oder das Monkeys sowie

- zusätzliche dezentrale Angebote in den Quartieren – ganz besonders da, wo es für Familien nicht möglich ist, auf kommerzielle Angebote zurückzugreifen.

11.2 Jugend in Bewegung

GRÜN ist...

eine spielende, sportliche Stadt

Bewegung ist Gesundheitsvorsorge, gemeinschaftsfördernd und wichtig für die körperliche, geistige und psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. In den Städten von heute sind die Bewegungsräume von Kindern durch den alles beherrschenden motorisierten Individualverkehr enorm eingeschränkt.

Attraktive Angebote von Sportvereinen sind daher besonders wichtig.

Wir Grüne wollen:

- die Angebote von Vereinen dauerhaft unterstützen,
- Sport als wichtiges Element im Offenen Ganztage etablieren,
- Schwimmunterricht für alle Kinder der Grundschule ermöglichen mit dem Ziel, dass sie spätestens im vierten Schuljahr schwimmen können,
- die Finanzierung des Schwimmunterrichts durch das Land,
- mit kleineren, dezentrale Fitnessanlagen für alle Altersgruppen – etwa entlang der Korkenziehertrasse – Sport und Fitness vor der Tür ermöglichen und
- mit kleinen, sinnvollen Spielgeräten in allen Zentren die „*bespielbare Stadt*“ realisieren.

11.3 Jugend bewegt sich alleine

GRÜN ist...

... sicher unterwegs zu sein

Junges Leben in der Stadt unabhängig vom „Elterntaxi“ funktioniert nur mit einem ausreichend guten öffentlichen Mobilitätsangebot. Nur darüber können wir Kindern und Jugendlichen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Zur Freizeitgestaltung, zu Hauspartys, zur Wahrnehmung von Kursangeboten in Vereinen, Musikschule oder öffentlichen Einrichtungen und für ihre Sozialkontakte müssen sie sowohl auf ein dichtes Netz von Busverbindungen in alle Teile unserer Stadt als auch auf sichere Fuß- und Radverkehrswege zurückgreifen können.

Wir Grüne wollen:

- ein gut getaktetes, verlässliches Busangebot bis in den späteren Abend hinein in alle Außenbezirke Solingens,
- die Sicherung des Nachtexpresses Freitag- und Samstagnacht,
- gesonderte Pendelbusse bei Großveranstaltungen und
- sichere Fuß- und Radwegeverbindungen

11.4 Jugendkultur

GRÜN ist...**... junge und alternative Kultur**

Kultur, Kreativität und Interkulturalität sind notwendige Bestandteile eines erfüllten Lebens. Es gibt in Solingen bereits eine gute Kulturszene für Kinder und Jugendliche. Diese möchten wir erhalten. Aber noch mehr Kulturangebote in Solingen müssen jünger werden und allen jungen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Wir GRÜNE setzen uns zudem weiterhin für frei und legale Graffiti-Flächen ein.

Wir Grüne wollen:

- kinder- und jugendspezifische Angebote im Theater- und Konzerthaus,
- neue Veranstaltungsformate, die die digitalen Möglichkeiten ausschöpfen,
- die Unterstützung von interkulturellen Aktionen,
- die Intensivierung des bereits guten Austauschs zwischen Kita, Schule und
- Kultur, etwa mit den Museen der Stadt, mit der Musikschule, der Stadtbibliothek, aber auch Theatern und freischaffenden Künstler*innen,
- die Stärkung des Jugendkulturfestivals und
- die Ermöglichung der Nutzung leerstehender Gebäude in Solingen für kulturelle Ereignisse, selbst organisierte Veranstaltungen bzw. Partys.
- Freie und legale Graffiti-Flächen

11.4 Jugend bringt sich ein**GRÜN ist ...****... gestärkte demokratische Partizipation für Jugendliche**

Teilhabe und Beteiligung sind die zentralen Voraussetzungen für einen guten Start in ein gelingendes Leben. Deswegen begrüßen wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Dies darf sich aber nicht auf die Beteiligung etwa an der Planung von Spielplätzen beschränken, die mit ihren Ergebnissen überzeugt und von deren Erfahrungen auch andere Bereiche profitieren können. Denn Teilhabe lebt von der Einmischung in alle gesellschaftlichen Debatten. Wir haben in Solingen bereits diverse Beteiligungsstrukturen erprobt, die beständigste ist sicherlich der Jugendstadtrat, der sich bereits seit Jahren sehr aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse einbringt. Neue Formen der Begegnung zwischen Jugendlichen, Politik und Verwaltung wurden durch das Projekt fYOUture erfolgreich etabliert.

Die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie aus allen Bevölkerungsschichten heraus, kann dabei als erster Auftakt der Jugendbeteiligung mit Potenzial gesehen werden. Die eindrucksvollste neue Form der Mitsprache haben wir in den letzten Monaten durch Fridays for Future erlebt. Im Bewusstsein der dramatischen Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Welt und ihre Zukunft haben die Jugendlichen – und mit ihnen dann auch Eltern, Großeltern, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen – konkrete Forderungen erhoben, damit wir als Weltgemeinschaft in einer überlebensfähigen Natur bestehen können. Wir stehen vor einer internationalen Bewegung, die keine Nationalismen oder Rassismen mehr kennt. Das ist beeindruckend. Wie kleinlich waren da die Diskussionen über Schulschwänzen und „das läuft sich spätestens in den nächsten Ferien tot“. Im Gegenteil, durch FfF wurde in Solingen einiges bewegt. Und es ist davon auszugehen, dass sie sich nicht entmutigen lassen – auch nicht,

wenn vor allem die CDU, SPD und BfS im Rat den „Klimanotstand“ nicht so nennen möchten und Beschlüssen zum Handeln die Verbindlichkeit nehmen.

In den letzten Wochen konnte wir auch bei den „Black Lives Matter“-Demos, die besonders durch die junge Generation geprägt wurden, den Gestaltungswillen- und Anspruch junger Menschen wahrnehmen.

Wir GRÜNE wollen:

- diese außerparlamentarische Bewegung unterstützen, indem wir ihre Forderungen in die politischen Gremien tragen,
- den Jugendstadtrat stärken durch die Sicherung der professionellen Begleitung, ein eigenes Budget und durch die Absicherung eines Antrags- und Rederechts für Rat und Ausschüsse in der Hauptsatzung,
- ein Beteiligungs- und Beschwerdemanagement in den Schulen,
- Beteiligungsverfahren für alle Angebote im Spiel-, Freizeit- und Kulturbereich,
- die Verstetigung des Jugendprojektes fYOUture und damit den Ausbau der Vernetzung von Jugendlichen, Politik und Verwaltung,
- die weitere Aktivierung von Jugendlichen, die bisher schwer oder gar nicht erreicht werden konnten,
- die Verpflichtung von Ratsmitgliedern, dreimal jährlich ein Gesprächsangebot am Graf-Wilhelm-Platz, am Südpark oder vergleichbaren öffentlichen Orten zu machen und
- die Sicherung bzw. den bedarfsgerechten Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit.

11.5 Kinder wollen betreut sein und haben ein Recht auf Bildung

GRÜN ist ...

... Bildung von Anfang an – für alle!

Die Aufgaben von Kitas in der heutigen Gesellschaft haben sich verändert. Sie haben vor allem einen Bildungsauftrag, der bereits den Grundstein für eine gelingende Zukunft legt. Vorschulisches Lernen - durch kreative, spielerische und sportliche Angebote braucht Platz und gut ausgebildetes Personal. In einer Gesellschaft, in der zunehmend beide Elternteile arbeiten braucht es ein flexibles Kitaangebot in allen Quartieren. Dabei muss die Vielfalt der Trägerlandschaft ebenso erhalten bleiben, wie sich die Vielfalt der Gesellschaft bei den Erzieher*innen abbilden sollte.

Ein großer GRÜNER Erfolg war die Stärkung der umweltpädagogischen Erziehung in den Solinger Kitas. Durch unsere Initiative bauen Kinder mit ihren Erzieher*innen nun gemeinsam Insektenhotels. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Wir Grüne wollen:

- eine verlässliche und ausreichende Finanzierung des OGS durch Land und Bund ohne Belastung der Kommunen,
- den bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze in Anzahl und Betreuungszeiten,
- die Errichtung eines Kita-Angebotes für Eltern im Schichtbetrieb,
- mehr Erzieher*innen mit Migrationshintergrund,

- mehr multiprofessionelle Teams in den Kitas,
- den Ausbau der Bewegungsförderung, ggf. mit externen Fachkräften,
- die Ausweitung der Umweltpädagogik bei Kindern,
- eine eigene Küche bzw. Verpflegung mit regionalen und möglichst Bio zertifizierten Produkten bei sozialverträglicher Preisgestaltung. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass es nicht jeden Tag Fisch und Fleisch gibt.

11.6 Jugend ist vielfältig und bunt

Grün ist ...

... vielfältig und bunt.

Solingen ist eine bunte Stadt. Hier leben Menschen unterschiedlichster Nationen friedlich miteinander. Sie kamen und kommen, um hier zu arbeiten, aus Liebe, um hier zu studieren, oder aber aufgrund von Krieg, Vertreibung und Terror in ihren Heimatländern – und viele bleiben. Das bereichert unsere Gesellschaft, stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Gemeinsam werden wir diese Aufgabe auch meistern können.

Auch in Solingen findet junges, queeres Leben statt, das sichtbar werden soll. Und dessen Akzeptanz und Unterstützung für uns außer Frage steht.

Armut ist immer hässlich. Armut greift in alle Lebensbereiche, beeinflusst nachweislich Bildungswege und führt überdurchschnittlich oft zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Auch in unserer Stadt leben Kinder und Jugendliche in armen Verhältnissen und erfahren dadurch Benachteiligungen.

Wir Grüne wollen:

- eine behutsam angeleitete Aufnahme der Geflüchteten in unser Kita-, Schul- und Ausbildungssystem,
- ausreichend Sprachlernangebote nicht nur für Flüchtlinge,
- eine weitere Verstärkung der Kooperation zwischen Schule und Jugendförderung,
- die Stärkung der Familienzentren,
- eigene Angebote und Räume für queere Jugendliche bei gleichzeitiger Öffnung in die Stadtgesellschaft hinein,
- die Sicherung von kulturellen und sportlichen Angeboten auch für Kinder und Jugendliche aus Bedarfsgemeinschaften,
- bedarfsgerechte Freizeit- und Bildungsangebote für junge Frauen, die wieder vermehrt in ihrem Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt werden sowie
- für alle und auf allen Ebenen der außerschulischen Bildung die Vermittlung demokratischer Werte

11.7 Solingen ist kinder- und jugendgerecht

Grün ist ...

... gesund und unversehrt

Die kindgerechte Stadt, die Nachbarschaft, der öffentliche Raum, gute, wache Bildungseinrichtungen und Sportvereine sind die wichtigste Garantie für die körperliche und seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Direkt danach kommt ein gutes, auf Kinder und Jugendliche ausgerichtetes und vernetztes Angebot medizinischer, sozialpädiatrischer und psychiatrischer Versorgung sowie spezialisierter Beratungsstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Versorgung weiter verbessert und an die Bedarfe angepasst werden kann.

66

Wir Grüne wollen:

- das sozialpädiatrische Zentrum am Klinikum,
- eine gute Versorgung mit und die Vernetzung von kinderärztlichen sowie kinder- und jugendpsychiatrischen sowie beratenden Praxen bzw. Einrichtungen,
- gute Rahmenbedingungen für Kooperationen zwischen Schulen, Kinder- und Jugendmedizin sowie Sportvereinen
- und eine Gesellschaft, die hinguckt und hilft!

Auch in der heutigen Welt ist vieles bedrohlich, häufig werden Kinder und Jugendliche durch äußere (familiäre) Umstände in ihrer unbeschwerten Entwicklung gehemmt. Hinzu kommen die Folgen der „sozialen Isolation“ während der Corona-Pandemie, die wir insbesondere für Kinder und Jugendliche aus Familien, die hohen Belastungen ausgesetzt sind und über wenig finanzielle und/oder soziale Ressourcen verfügen, noch gar nicht einschätzen können. Die Aufgabe von Politik und Verwaltung ist es, Hilfe-, Freizeit- und Bildungsangebote an diese sich wandelnden Herausforderungen anzupassen, um Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung jederzeit offen zu halten. Dazu gehört auch, den Übergang von der Kita in die Grundschule durch den dringend notwendigen Ausbau des Offenen Ganztags leichter zu machen, der endlich durch Land und Bund ausreichend finanziert werden muss.

Älter werden in Solingen

12. Solingen wird älter!

- dies ist nicht nur ein Auftrag auf den demografischen Wandel zu schauen, sondern auch attraktive Politik für Senior*innen zu machen. Je älter die Menschen werden, umso mehr benötigen sie eine Stadtgesellschaft und eine Politik, die sie schützt, denn die Würde des Menschen ist unantastbar – auch die der Senior*innen.

67

In den vergangenen sechseinhalb Jahren hat Bündnis 90/ Die Grünen Solingen durch den Bau der „5-Minuten-Bänke“ und von Bewegungsangeboten für Senior*innen entlang der Trasse erste Schritte in diese Richtung unternommen.

Dennoch muss noch eine Menge mehr geschehen, um das Leben in Solingen an folgende demografische Entwicklung der Gesellschaft anzupassen:

- Der Anteil älterer Menschen nimmt stetig zu.
- Senior*innen werden zunehmend älter.
- Mehr ältere Menschen mit Migrationshintergrund bleiben in Deutschland.
- Der Anteil von Senior*innen mit kleiner Rente wird größer. Jede/r fünfte Erwerbstätige ist von Altersarmut bedroht. Besonders Frauen arbeiten oft nur in Teilzeit bzw. in Leichtlohngruppen oder mehreren Arbeitsverhältnissen, wodurch ihnen zusätzlich Altersarmut droht.
- Der Bedarf an Betreuung und Pflege steigt.
- Viele ältere Menschen leben allein, ohne Familienanschluss. Sie sind in Krisen-Zeiten wie der Corona-Pandemie oft einsam und isoliert.
- Der größte Teil an älteren Menschen möchte selbstständig in der eigenen Wohnung, im Stadtteil bleiben.
- Bei dem schnellen Wandel in der Informationstechnologie sind ältere und ärmere Menschen überwiegend ausgeschlossen.
- Älteren Menschen sind oft nicht mehr so mobil.

GRÜN ist...

...selbst bestimmt leben auch im Alter

Die meisten älteren Menschen möchten in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Deshalb setzen wir uns für eine altengerechte Entwicklung unserer städtischen Wohngebiete ein, um den Menschen dort ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Wichtig dabei: Wir wollen die Aufenthaltsqualität in den Zentren durch mehr GRÜN, mehr Bänke, mehr öffentliche Toiletten, mehr Sicherheit, mehr Sauberkeit und eine autofreie Innenstadt verbessern.

Wir wollen:

- Den Grundsatz „ambulant vor stationär“ konsequenter umsetzen, zugleich aber die ambulanten Pflegedienste regelmäßig einer unabhängigen Überprüfung unterziehen.
- Langfristig selbst bestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit im Alter möglich machen.
- Bürgersteige an den Stellen absenken, an denen die Mobilität von Senior*innen eingeschränkt wird.

- In jedem Stadtteil ein Quartiersmanagement einrichten, damit dort lebende, insbesondere ältere Menschen eine Stelle haben, an die sie sich mit Fragen rund um beispielsweise Wohnen, Pflege und Betreuung wenden können. Das Management sorgt dafür, dass die im Quartier vorhandenen Einrichtungen vernetzt und Senior*innen gut informiert sind. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Vermittlung von haushaltsnaher praktischer Hilfe, beispielsweise durch den Bundesfreiwilligendienst.
- Möglichkeiten schaffen, dass Senior*innen bei künftigen Krankheitswellen oder Pandemien weniger einsam und isoliert sind.
- Eine altengerechte Infrastruktur innerhalb der Quartiere, bei der alle Einrichtungen und die Angebote des ÖPNV fußläufig und barrierefrei erreichbar sind. Haltestellen sollten überdacht und mit Sitzgelegenheiten ausgestattet sein. Die städtischen Randgebiete müssen verkehrlich gut angebunden und der ÖPNV im ganzen Stadtgebiet kostenlos sein.
- Altengerechte Wohnungen und Wohnformen fördern. Dazu gehören betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser und Wohngemeinschaften mit Dienstleistungs- und Pflegeangeboten.
- Dezentrale, kleine Alten-Wohngemeinschaften als Alternative zur Heimunterbringung ermöglichen.
- Gemeinschaftsfördernde Angebote machen, z. B. Begegnungsräume, Treffpunkte im Freien und Cafés in jedem Quartier. Für Senior*innen, die sich sozial oder politisch engagieren wollen, sollen entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden. Wir GRÜNE wollen ein solches Engagement fördern, z. B. durch Kooperationen mit Kitas und Schulen, durch Fortbildung sowie professionelle Unterstützung.
- Generationenübergreifende Bildungs- und Kulturangebote, z. B. Marionettentheater, Tagesausflüge, Chöre, Vorträge und seniorengerechter Sport sind Bestandteile von lebendigen Quartieren. Eine Taschengeldbörse „Jung hilft Alt“ sollte es in jedem Stadtteil geben. Zur Beratung von Senior*innen mit Migrationshintergrund sollten eigene Landsleute mit eingebunden sein.
- Soziale Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen (ohne Solingen-Pass), damit diese die altersgerechten Angebote auch wahrnehmen können. Mehr Menschen sollten den Solingen-Pass bekommen können.

GRÜN ist...

...wenn auch ältere Menschen digital unterwegs sind

Wir wollen, dass ältere Menschen an der Digitalisierung teilhaben.

Möglichkeiten dafür sind Digitallabore. In anderen Städten gibt es diese bereits. Begleitet von geschulten Fachkräften können dort ältere Menschen moderne Medien und Technologien kennenlernen. Als Alternative müssen aber auch weiterhin klassische Informationsmöglichkeiten wie Infokästen oder die Stadtteilzeitung zur Verfügung stehen.

GRÜN ist...

...beste Voraussetzung für gute und bezahlbare Pflege

Wir wollen, dass

Pflegestandards und die Pflegerealität weiter überprüft werden. Die Berichte der Heimaufsicht und die Prüfungen des Medizinischen Dienstes (MDK) sind noch intransparenter und gehaltloser geworden. Wir GRÜNE setzen uns vor Ort und im Land dafür ein, hierfür bessere Voraussetzungen zu schaffen. Im gesamten Pflegebereich muss der Pflegestandard verbessert und eine neue

Infrastruktur geschaffen werden. Pflegekräfte müssen entlastet und der von ihnen zu leistende bürokratische Aufwand verringert werden.

Wir fordern,

- Pflegekräfte besser zu bezahlen.
- Beruf und Familie für Pfleger*innen miteinander vereinbar sind. Alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen sollen die Möglichkeit bekommen, eine neutrale Beschwerdestelle anzusprechen. Die Pflegeheime benötigen spezielle Abteilungen und entsprechendes Personal für Kurzzeitpflege. Seniorenheime sollten sich zum Stadtteil hin öffnen. Beispiele sind ein für die Öffentlichkeit zugänglicher Mittagstisch, eine Beratungsstelle, Wäschedienst und gemeinsame Veranstaltungen für Heimbewohner*innen und die Öffentlichkeit.
- Pflegestandards der städtischen Seniorenheime erhalten, verbessert und dauerhaft gesichert sind.
- es in städtischen Pflegeheimen mehr Tages-, Verhinderungs- und Kurzzeitpflege gibt.
- Wir stellen uns klar gegen die zunehmende Privatisierung der Pflege.

Schulpolitik

13. GRÜN ist...

...eine gute Schule für alle

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für individuelle Entfaltung und für Aufstiegschancen in unserer heutigen Gesellschaft. Bildung sollte aber auch der Schlüssel zu Kreativität, zu Weltsicht und zur Fähigkeit ganzheitlich zu denken sein.

Die Chancen im Leben sind leider immer noch abhängig von den individuellen sozialen, kulturellen und materiellen Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen: Vom Bildungswesen nicht erreichte familiäre Umgebungen, Sprachbarrieren, Armut sind die häufigsten Gründe dafür, dass Bildung, Integration und gesellschaftliche Teilhabe für Kinder nur eingeschränkt zugänglich sind. Hier müssen Kita und Schule ausgleichen, auffangen und individuell fördern, damit Chancengerechtigkeit in der Bildung alle Kinder gleichermaßen auf das Berufsleben vorbereitet.

Bildung schafft Zukunft – deswegen sind Investitionen in Bildung immer auch Investitionen in die Zukunft.

Wir GRÜNE wollen diese Investitionen. Wir wollen, dass alle Kinder in unseren Schulen die Möglichkeit bekommen, sich individuell zu entfalten und so viel zu lernen, wie irgend möglich. In guten Schulgebäuden, auf nachhaltig gestalteten Schulhöfen, in individuell förderndem Unterricht und in sozialem Austausch mit den Mitschüler*innen.

GRÜN ist ...

... eine gute Lernumgebung

Wir GRÜNE wollen gute Schulen für alle Kinder unserer Stadt. Dazu gehört neben der bestmöglichen Förderung und gleichberechtigten Chancen im Bildungssystem auch ein intaktes Schul-Umfeld. Mit dem größten Investitionspaket der Geschichte der Stadt in Höhe von fast 300 Mio. Euro haben wir begonnen, den Investitionsstau an den Schulen abzubauen. Die Schule Vogelsang werden wir sogar neu bauen. Marode Toiletten, undichte Dächer, pfeifende Fenster werden nach Abschluss der Baumaßnahmen Geschichte sein. Im Schulentwicklungsplan werden alle Baumaßnahmen transparent dargestellt.

Wir werden sehr darauf achten,

- dass alle Investitionen in Gebäude zu mehr Nachhaltigkeit führen,
- dass regenerative Energien zum Einsatz kommen,
- dass alle Schulen barrierefrei werden,
- dass eine für alle nutzbare Fahrradinfrastruktur geschaffen wird,
- dass das Außengelände begrünt wird und
- dass Schularchitektur pädagogisch ausgerichtet wird.

GRÜN ist ...

... Lernen von Anfang an

Bildung beginnt nicht erst in der Grundschule. Bereits in der Kita werden die ersten Grundlagen den Bildungsverlauf der Kinder gelegt, die in der Grundschule aufgegriffen und weiterentwickelt

werden. Deswegen braucht es eine intensive Vernetzung und Kooperation zwischen beiden Institutionen. Aber die Grundschulen brauchen noch viel mehr.

Deswegen fordern wir GRÜNE

- eine grundsätzlich deutlich bessere Ausstattung mit Räumen, in denen Unterricht und Angebote der Offenen Ganztags realisiert werden können.
- den bedarfsgerechten Ausbau des OGS an allen Solinger Grundschulen, am besten rhythmisiert und mit vielfältigen Lern-, Freizeit- und Förderangeboten in den Bereichen Musik, Kunst und Sport
- eine eigene Turnhalle für jede Grundschule
- sichere Fuß- und Radwege zu allen Schulen, um Elterntaxen zu vermeiden, damit Kinder schon auf dem Weg zur Schule ihre Stadt als Lebensraum erleben können.

71

GRÜN ist ...

... Wissensvermittlung und viel mehr

Die Aufgaben von Schule haben sich geändert. Längst dient Schule nicht mehr nur der reinen Wissensvermittlung. Schule als ganzheitlicher Lernort verbindet das Erwerben von Fachwissen mit Sozialem Lernen, mit Kreativität, Sport und Nachhaltiger Bildung. All das kann am besten im Rahmen einer Schule im Ganztagsbetrieb erfolgen, in der Lernphasen mit Ruhepausen und technischen, sportlichen und kreativen Angeboten im Wechsel stehen. Denn längeres gemeinsames Lernen stärkt die Schwachen **und** die Starken, es ermöglicht Fortschritt nach individueller Entwicklung und es gleicht soziale Differenzen aus.

Daher wollen wir GRÜNE

- das gemeinsame Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit – anschließend den Besuch einer gymnasialen Oberstufe oder eines Berufskollegs,
- eine fünfte Gesamtschule für Solingen, damit nicht immer wieder Hunderte Schüler*innen abgewiesen werden müssen,
- das Land NRW dazu auffordern, alle Solinger Schulen zu Ganztagschulen zu machen, dazu eine ausreichende qualifizierte Personalausstattung für den gebundenen und den offenen Ganztag,
- und eine intensive Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen zu Themen wie Nachhaltigkeit, Erinnerungskultur, Technik, Ökologie und Demokratie.

GRÜN ist ...

... eine Schule, die individuell fördert

Gerechte Bildungschancen für alle bedeutet aber auch, dass wir das inklusive Schulsystem stärken müssen. Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ist – ausreichend Personal vorausgesetzt – eine Bereicherung für alle. Gleiches gilt für die Aufnahme von Flüchtlingen und Kindern aus anderen EU-Staaten in das Regelschulsystem. Inklusion unterscheidet nicht mehr zwischen ihr und wir. Inklusion ist alle gemeinsam. Dafür stehen wir GRÜNE!

Daher fordern wir

- stärkere Qualifizierung der Lehrkräfte für den Deutschunterricht für Schüler*innen aus anderen Sprachräumen

- ein Konzept des Bildungsbüros, um zu verhindern, dass Schüler*innen aufgrund von Sprachdefiziten ohne Schulabschluss bleiben
- bei inklusiven Lerngruppen tatsächlich eine Reduktion der Klassengröße auf 25 Schüler*innen, davon 3 mit Förderbedarf – 30 Kinder sind einfach zu viel in einer Klasse!
- eine halbe zusätzliche Lehrerstelle für jede inklusive Klasse, langfristig eine volle zusätzliche Lehrstelle
- die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit
- sowie den zusätzlichen Einsatz von Bundesfreiwilligen. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass die Bundesfreiwilligen ausreichend begleitet werden und nicht alleine gelassen werden.

GRÜN ist ...

... eine Schule der Zukunft

Die Digitalisierung unserer Schulen steckt noch in den Kinderschuhen. Dass wir hier besser werden müssen, hat nicht zuletzt die Corona-bedingte Pause von Präsenzunterricht gezeigt. Trotz schwieriger Voraussetzungen auf Landes- und Bundesebene haben sich die Schulen schon aufgemacht, die Digitalisierung zu gestalten. Die Verwaltung unter unserer Dezernentin Dagmar Becker treibt das Thema voran, die technischen Voraussetzungen werden mit Hochdruck erstellt. Auch und besonders im Rahmen der 300 Mio. Euro-Investitionen in die Schulbauten. Dabei darf es aber natürlich nicht bleiben.

Wir GRÜNE fordern daher

- die Konzeption geeigneter Lernsoftware durch das Bildungsbüro,
- Chancengleichheit für alle Schüler*innen in der Ausstattung (ggf. auch leihweise) mit Endgeräten,
- intensive Lehrerfortbildungen auch durch die Stadt Solingen,
- Schulübergreifende Vernetzung unter der Lehrerschaft,
- und die Öffnung der schuleigenen Computerräume für Schüler*innen auch nach der Schulzeit.

GRÜN ist ...

... Mitsprache in der Schule.

Wir GRÜNE wollen demokratische Schulen, in denen wichtige Entscheidungen gemeinsam von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern besprochen werden. Beteiligung, Demokratisierung und Mitsprache müssen so organisiert werden, dass wichtige Entscheidungen von allen Beteiligten mitgetragen werden können. Das stärkt die innerschulische Gemeinschaft, das stärkt aber auch jeden einzelnen in der demokratischen Grundhaltung.

Wir GRÜNE fordern daher

- eine Stärkung der Schüler*innenvertretung auf Stadtebene
- die Ausstattung der Schüler*innenvertretung mit einem eigenen Budget, womit wirklich gestaltet werden kann.

- der Wahl der Schülersprecher*innen direkt von den Schüler*innen selber (nicht über die Klassensprecher*innen)
- durchgängig quотиerte SV und konsequente quотиerte Doppelspitzen bei den Klassen-, Stufen- und Schülersprecher*innen
- die Einbeziehung der Schulen mit all ihren Beteiligten bei allen schulischen Angelegenheiten in städtischer Verantwortung, z.B. Schulneubauten/-erweiterungen etc.

Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass das Schulmitwirkungsgesetz entsprechend geändert wird.

GRÜN ist ...

... gut geplant und ausreichend finanziert

Die eine Grundlage jeder guten Schule ist ein guter Schulentwicklungsplan, der die Unterschiede und Gemeinsamkeiten aller Schulformen beachtet, der Schülerströme steuert und der jede Schulform individuell plant. Eine weitere Grundlage ist eine ausreichende Finanzierung.

Wir GRÜNE wollen

- neben dem Schulentwicklungsplan für die Schulen der Sekundarstufen I und II auch einen SEP für die Berufskollegs,
- die Kooperation zwischen Sekundarschule und Berufskollegs fortzusetzen, um den reibungslosen Wechsel zum weiterführenden Bildungsgang für alle Schüler*innen der Sekundarschule sicher zu stellen.
- gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, egal ob an Förder-, Grund- oder weiterführenden Schulen
- eine auskömmliche Bezahlung für Lehrkräfte an den Volkshochschulen.

Dafür werden wir uns auch auf der Landesebene einsetzen.

GRÜN ist ...

... eine Schule die individuell fördert, stärkt und neugierig macht

Schule heute ist anders. Kein Ort des Drills mehr, abfragbares Wissen ist gut, durchdachtes Wissen, reflektiert, in neue Bezüge gestellt und im Diskurs mit anderen erprobt, ist besser. Die Anforderungen an den Lernort Schule sind immens. Die Herausforderungen riesig. Wissensvermittlung, Digitalisierung, Soziales Lernen, inklusiver Unterricht, individuelle Förderung, Chancengerechtigkeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung – all das und noch vieles mehr soll in Schule passieren. Dafür sind unsere Schulen (noch) nicht ausgerüstet. Deswegen müssen Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Institutionen wie Wirtschaftsförderung, Musikschule, Sportvereinen, Verbraucherzentrale, Biologische Station Mittlere Wupper etc.) intensiviert und ausgebaut werden. Wir müssen das Wissen aus den Einzelbereichen miteinander verknüpfen, damit unsere Schülerinnen und Schüler den bestmöglichen Start in ihre Zukunft erhalten. Alle, nach individueller Befähigung. Zudem wollen wir GRÜNE, dass mehr über psychische Erkrankungen und „Schule als Belastung“ aufgeklärt und gesprochen wird.

Inklusion

74

14.1 Teilhabe für alle – Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft

Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, welche jeden Menschen als Individuum anerkennt und schätzt, Barrieren überwindet und Teilhabe jedem gegenüber ermöglicht. Es gilt, innerhalb der Gesellschaft das Bewusstsein zu schaffen, dass jeder Mensch unterschiedlich ist, jede*r Stärken und Schwächen, Begabungen und irgendwo Förderbedarf hat - Jeder Mensch auf seinem ganz eigenen Level und in Bezug auf seine individuellen Voraussetzungen, Erfahrungen und Entwicklungen. Es geht nicht bloß um eine abgegrenzte Gruppe an Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft, sondern darum, dass Menschen oft mit verschiedenen Einschränkungen in der geistigen, sozialen, emotionalen, psychischen, körperlichen und / oder motorischen Entwicklungen etc. oder beim Hören, Sprechen, Sehen und / oder Lernen, leben.

Die Bundesrepublik hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion verpflichtet. Wir werden alles dafür tun, die Inklusion in unserer Stadt voranzutreiben. Gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle ist das Ziel – der Weg ist noch weit, aber wir sind entschlossen, ihn zu gehen.

GRÜN ist ...

... alle für eine*n

Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderung funktioniert in einer Gesellschaft nur, wenn Infrastruktur, soziale, kulturelle, sportliche und Bildungsangebote an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen mit Beeinträchtigungen orientiert werden. Und wenn Beratungs- und Hilfestrukturen die umfassende gesellschaftliche Teilhabe inklusive der Teilhabe am Arbeitsmarkt möglich machen.

Wir GRÜNE wollen:

- eine vertiefte Debatte über neue politische Beteiligungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen über den bisherigen Beirat und den Unterausschuss hinaus,
- barrierefreie Rats- und Ausschusssitzungen (z.B. Ergänzung aller Vorlage mit einer inhaltlichen Zusammenfassung in leichter Sprache, Bereitstellung von Tischmikrofonen etc.),
- spezielle Schulungen für Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die im weitesten Sinne mit Integration oder mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu tun haben,
- einen verbindlichen Aktionsplan zur Inklusion,
- einen Schwerpunkt schulische Inklusionsplanung in der Bildungskonferenz,
- die Stärkung von Menschen mit Beeinträchtigungen in ihrer Fähigkeit, selbstbestimmt zu leben,
- dass Förder- und Hilfesysteme möglichst früh einsetzen und zuverlässig finanziert werden
- und dass Bund und Land diese Bestrebungen in ausreichender Weise unterstützen.

14.2 Inklusion im Bildungsbereich braucht Verlässlichkeit und gute Begleitung

GRÜN ist ...

... gleichberechtigter Zugang zu Bildung

Solingen hat sich bereits auf den Weg gemacht zum inklusiven Bildungssystem. Aber die Lücken sind groß, die Finanzierung bei weitem nicht ausreichend, genauso wenig wie die notwendige personelle und materielle Ausstattung. Hier ist das Land NRW gefordert.

Wir GRÜNE wollen:

- die Bildung von Schwerpunktschulen für Inklusion,
- die Sicherung von ausreichend Integrationshelfer*innen für alle, die es brauchen,
- den verstärkten Einsatz von Bundesfreiwilligendienstleister*innen, um Personalmangel bei Integrationshelfer*innen vorübergehend ausgleichen zu können,
- eine Intensivierung der Fortbildung von Lehrkräften aller Schulformen mit dem Ziel der individuellen Förderung – hier ist das Land in der Verantwortung,
- den Ausbau der inklusiven Ansätze an den Berufsschulen als Landesaufgabe,
- intensive Beratung der Eltern bei der Schulwahl zwischen Regel- oder Förderschule
- und die Stärkung der Schulsozialarbeit, eine gesicherte Finanzierung durch das Land ist überfällig.

Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass der Unterricht an Regelschulen individueller gestaltet wird.

14.3 Inklusion ist, selbstbestimmt leben können

GRÜN ist ...

... selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben

Seit 2008 können Menschen mit Behinderungen das „Persönliche Budget“ in Anspruch nehmen, um selbstbestimmt leben zu können. Wie so häufig bei der Beantragung öffentlicher Gelder ist das Antragsverfahren nicht immer einfach.

Wir GRÜNE wollen:

- mehr Unterstützung bei der Inanspruchnahme des „Persönlichen Budgets“,
- eine vereinfachte, auch digitalisierte Antragstellung,
- und die Einführung von Leistungsmodulen, um eine flexiblere und individuellere Auswahl für alle Lebensbereiche zu ermöglichen.

GRÜN ist ...

... barrierefreier Zugang

Die Barrierefreiheit ist die Grundlage jeglicher gleichberechtigten Teilhabe am öffentlichen Leben. Real und digital!

Wir GRÜNE fordern:

- einen konsequent barrierefreien und rollstuhlgerechten ÖPNV,

- Informationen an Bushaltestellen, die von allen Menschen mit Beeinträchtigungen wahrgenommen werden können,
- eine barrierefreie Verwaltung in den Köpfen der Mitarbeiter*innen durch entsprechende Schulungen,
- spezifische Schulungen der Mitarbeiter*innen der Verwaltung im Umgang mit Menschen mit psychischer Behinderung sowie
- eine barrierefreie Gesundheitsversorgung sowie
- die bedarfsgerechte Unterstützung von alleinerziehenden Müttern und Vätern von Kindern mit Behinderung.

14.4 Neue Wohnmodelle

Der Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft. Geeignete Wohnangebote spielen dabei eine wichtige Rolle.

Wir GRÜNE fordern:

- Barrierefreiheit auch bei Bestandsbauten,
- eine Entwicklung inklusiver Wohnformen auch in großen stationären Einrichtungen und den konsequenten Ausbau ambulant betreuter Wohnformen.

14.5 Über die Erwerbsarbeit mit der Gesellschaft verbunden

GRÜN ist ...

... ein inklusiver Arbeitsmarkt

Menschen mit Behinderungen sind doppelt so häufig arbeitslos wie andere Personen. Der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist ihnen oft versperrt. Der Übergang vom geschützten Raum der Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt gelingt nur selten.

Wir GRÜNE wollen:

- die Leistungen und Angebote von Werkstätten, Integrationsfachdiensten und Integrationsprojekten in frei wählbare Einheiten gliedern,
- ein „Persönliches Budget“ für das Arbeitsleben,
- die Qualifizierung von Beschäftigten in Werkstätten mit dem Ziel einer dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung,
- die bestehende Angebotsvielfalt sichern, ausbauen und die einzelnen Elemente besser vernetzen und durchlässiger gestalten,
- den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmer*innen erleichtern
- und eine Stadtverwaltung, die sich als Vorbildarbeitgeberin verstärkt inklusiv öffnet.

14.6 Kultur ist ein Bedürfnis aller

GRÜN ist ...

... Kultur gemeinsam erleben.

Die Möglichkeit, einerseits kulturelle Angebote wahrzunehmen und andererseits die eigene Kreativität auszuleben, muss für Menschen mit Behinderungen selbstverständlich werden. Das bedeutet, dass sowohl die Gebäude als auch die Angebote barrierefrei werden müssen.

Wir GRÜNE fordern:

77

- barrierefreie Angebote in Musikschule, VHS und Stadtbibliothek zu fördern und sie durch entsprechende Werbung bekannt zu machen,
- in Museen neue Formen der Besuch*innenführung zu erproben – Sehende beschreiben Blinden die Bilder,
- die Erprobung von Apps für Hör- und Sehbehinderte für Kino, Museen und Theater
- und selbstverständlich den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen des kulturellen Lebens in unserer Stadt sowie zu Sport-, Stadt-, Heimat- und Straßenfesten.
- Unsere Stadtgesellschaft ist vielfältig. Das macht ihre Stärke aus. Wir wollen, dass alle Menschen daran partizipieren. Diejenigen, die es brauchen, sollen jegliche Assistenz bekommen. Damit wir alle Teil des Ganzen werden.

Kultur

78

15.1 Kultur – was uns im Innersten zusammenhält

Kultur ist identitäts- und sinnstiftend. Kultur macht aus Gesellschaft Gemeinschaft. Und Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor.

Solingen hat kulturell viel zu bieten und kann immer wieder mit Neuem überraschen. Vieles konnte in den letzten Jahren trotz großer finanzieller Schwierigkeiten umgesetzt und neugestaltet werden. Der wohl größte, auch international ausstrahlende Erfolg war sicherlich die Gründung des Zentrums für verfolgte Künste vor fünf Jahren. Mit diesem Museum haben wir in Solingen für Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal und die einmalige Chance einer intensiven Zusammenarbeit des Zentrums mit den örtlichen Schulen geschaffen. Wir begrüßen es sehr, dass diese Zusammenarbeit bereits gepflegt und umgesetzt wird. Die entstehende Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum in der neu zu errichtenden Stadtparkasse ist ein weiterer großer Erfolg, der aus der Mitte der Gesellschaft entstand und in Zusammenarbeit von Bürgerschaft, Politik, Verwaltung und Stadtparkasse auf den Weg gebracht wurde.

Und schließlich konnte nach langem politischem Ringen das Orchester der Städte Solingen und Remscheid, die Bergischen Symphoniker, wirtschaftlich stabilisiert werden.

Neben diesen Leuchttürmen zeigt sich die Solinger Kulturlandschaft vielfältig, lebendig und kreativ! Wir wollen die unterschiedlichen kreativen Milieus erhalten, Kulturschaffende unterstützen und Räume schaffen, in denen auch Subkulturen ihren Platz finden können. Dabei soll die Erinnerung an die Geschichte Solingens als Schneidwarenstandort mit internationalem Ruf über unterschiedliche Formate lebendig bleiben.

Grün ist ...

... die Vielfalt der Töne

Musik begleitet uns i.d.R. von Beginn an. Viele Menschen haben schon einmal ein Instrument gespielt, alle können singen. Die Vielfalt der musikalischen Aktivitäten in Solingen ist groß. Das beginnt mit den Bergischen Symphonikern, geht über die Musikschule, diverse Chöre und Bands bis hin zum Musikunterricht in den Schulen. Solingen ist Rock City No 1.

Wir Grüne wollen:

- die Bergischen Symphoniker, das gemeinsame Orchester der Städte Solingen und Remscheid, erhalten und es noch stärker im Musik- und Bildungsangebot der beiden Städte verankern,
- die Beibehaltung der neuen Formate (On Fire) und die Zusammenarbeit mit Schulen unterstützen,
- das Probenhaus Monkeys weiterhin stärken,
- das Jugendkulturfestival jährlich fortführen,
- jungen Bands Auftrittsmöglichkeiten schaffen,
- die Zusammenarbeit der Musikschule mit den Solinger Grundschulen im
- Projekt „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ erweitern und
- die Verknüpfung der Freien Szene mit der klassischen Kultur stärken.

Grün ist ...

... Verwandlung

Selber Theater spielen oder anderen bei ihrer Verwandlung zuzusehen erweitert

den eigenen Horizont, macht Spaß und fördert die geistigen Kräfte in ganz anderer Weise als etwa die Schule.

Wir Grüne wollen:

- dass die Zukunftskonzepte, die das Theater- und Konzerthaus sowie das Klingenmuseum zur Zeit erarbeiten, umgesetzt werden.
- ein Programm, das klassische und neue Formen des Schauspiels, des Musiktheaters und des Tanzes präsentiert,
- die Nutzungsmöglichkeiten neu und weiter denken,
- kleine Theaterensembles wie das Kammerpielchen Gräfrath unterstützen,
- die Walder Theatertage genauso sichern wie unabhängige Kulturzentren
- Cobra, Waldmeister etc.

15.2 Kultur – auch in schwierigen Zeiten braucht es sie Finanzierung

Grün ist...

... mehr Geld für Kultur

Gerade jetzt in Zeiten von Corona wird deutlich, wie schwierig es ist, als freischaffende*r Künstler*in zu (über)leben. Viele von ihnen leben in prekären Verhältnissen.

Wir Grüne wollen:

- für die Freie Szene und die Kultur in Solingen insgesamt zusätzliche finanzielle Spielräume schaffen,
- die finanzielle Absicherung aller Museen und Spielstätten - hier sind auch Bund und Land gefordert, in Zusammenarbeit mit der Stadt kreative Ideen zur Unterstützung von freischaffenden Künstler*innen zu entwickeln.
- über die Mitgliedschaft der Stadt Solingen im Kultursekretariat NRW stärker über Fördermöglichkeiten informieren und diese in Anspruch nehmen und dies am liebsten gemeinsam mit den Kulturschaffenden tun, ggf. sogar in Form eines etablierten Gremiums innerhalb der künftigen Solinger Gremienstruktur, und Kultur dezentral, in den Stadtteilen erlebbar machen.

15.3 Förderung der Lesekultur

Grün ist ...

... lesen, träumen, genießen

Ein Buch ist ein Buch ist ein Buch – und jedes eröffnet neue Welten. Mal literarisch, mal dokumentarisch, mal belehrend. Immer aber gibt es diesen ersten Blick, der erste Absatz, der häufig darüber entscheidet, ob die Zwiesprache funktioniert oder nicht. Auch in unserer durch-digitalisierten Welt behält das Buch seine besondere Bedeutung.

Wir Grüne wollen:

- die Stadtbibliothek auf ihrem guten Weg weiterhin unterstützend begleiten,
- wo irgend möglich Stadtteilbibliotheken einrichten, etwa in Zusammenarbeit mit Schulen (Beispiel Geschwister-Scholl-Schule),
- die Zugänglichkeit zum Buch durch Digitalisierung erleichtern,
- und mehr Angebote auch in den Stadtteilen, um vor allem Kindern das Lesen als eigenen Erfahrungsraum näher zu bringen.

15.4 Solingen hat viel zu bieten

Grün ist ...

... Fremde empfangen

Wir GRÜNE wollen einen Tourismus fördern, der im Einklang mit unseren natürlichen Ressourcen steht, der Umweltaspekte beachtet und gleichzeitig sowohl unseren Bürgerinnen und Bürgern als auch den Gästen von nah und fern Erholung und Vielfalt bietet.

Das Bergische Städtedreieck und vor allem unsere Stadt Solingen haben eine Menge zu bieten:

Unzählige schöne Wanderwege führen durch die grüne Lunge der Stadt und bieten die Möglichkeit der Erholung und der sportlichen Betätigung. Gerade die vielfältige Naturlandschaft um Solingen ist ein wichtiger touristischer Anziehungspunkt. Die Korkenziehertrasse, der Botanische Garten, die Heide in Ohligs, der Müngstener Brückenpark und die beiden kleinen Tierparks haben zusätzlich noch viel Interessantes zu erzählen, ebenso wie die „Wupper-Tells“ !

Auch kulturell muss sich unsere Stadt nicht verstecken --Kleine und größere Museen wie Schloss Burg, Klingensmuseum und das Kunstmuseum/Zentrum für verfolgte Künste , Industriemuseum, Plagiarius, ein Stadtteil- und das Stadttheater, sowie hoffentlich in Zukunft die Gläserne Manufaktur u.a. mit der Solinger Schneidwarenindustrie werden und sind für Gäste ganz sicher interessant.

Historisch bedeutsame Orte wie der alte Jüdische Friedhof, die Stolpersteine, das geplante Max-Leven-Zentrum, aber auch der historische Ortskern von Gräfrath, das Waschhaus und historische Stadteinführungen lassen Gäste in die Solinger Geschichte eintauchen.

Große Formate wie das Fest „Leben braucht Vielfalt“, „Zöppkesmarkt“ und auch die Walder Theaterstage locken schon seit vielen Jahren Besucher*innen nach Solingen.

Außerdem belebt die freie Künstler*innen-Szene in den Güterhallen sowie eine kleine, feine Musikszene den Zulauf an Gästen. Zum Lebensgefühl tragen auch Straßencafés, Biergärten und Außengastronomie bei, deren Angebote weiterhin ohne Erschwernisse möglich sein müssen.

Zu einem nachhaltigen Tourismuskonzept gehört auf jeden Fall auch ein sinnvoll geplantes und umgesetztes Radwegenetz, sowie ausreichend Ladestationen für E-Bikes. Diese Mobilitätsform stellt gerade im bergigen Solinger Stadtgebiet zunehmend eine Ergänzung zum herkömmlichen Radverkehr dar. Wir wollen ein durchgängiges attraktives Radverkehrsnetz, das alle Wohn- und Gewerbegebiete sowie die Zentren erreicht. Das ermöglicht auch Gästen, unsere Stadt mit dem Rad zu erkunden und ihr Auto stehen zu lassen.

Hilfreich für Gäste sind Informationen zu digitalen Wanderkarten der Umgebung oder aktuelle analoge Wanderkarten und die Bewerbung der unterschiedlichen Unterkunftsmöglichkeiten, z.B. durch Beteiligung an touristischen Internet-Plattformen.

Im touristischen Interesse sind auch Möglichkeiten zum Camping und 1-2 relativ zentral gelegene Stellplätze für Wohnmobile. Hier ist möglichst auf ressourcenschonende Nutzung zu achten z.B. durch das Angebot von Solarstrom und fachgerechter Entsorgung des Brauchwassers.

Wir Grüne wollen:

- das neue Schloss Burg als Erlebnis- und Lernort etablieren,
- die drei großen Museen Kunstmuseum mit dem Zentrum für Verfolgte Künste, Klingensmuseum und Industriemuseum gemeinsam und mit ihren individuellen Stärken vermarkten,
- eine stärkere Vernetzung der Kultureinrichtungen untereinander,
- gut ausgeschilderte und intakte Rad- und Wanderwege,
- eine stärkere Vernetzung zwischen den drei Bergischen Städten (gemeinsame Kulturkarte o.ä.)
- ein gutes ökologisch vertretbares Stellplatzangebot für Wohnmobile,
- attraktive Kombi-Angebote aus den Bereichen Kultur, Sport und ÖPNV,

- die Bewerbung der Müngstener Brücke als Weltkulturerbe unterstützen
- und einen verbesserten, Zielgruppenorientierten Internetauftritt (auch in Englisch) zur Förderung des Tourismus in Solingen und Umgebung.
- Etablierung einer gut erreichbaren und sichtbaren touristischen Anlaufstelle für Besucher*innen von außerhalb, beispielsweise am Solinger Hauptbahnhof (auch in Zusammenarbeit mit der BSW).
- Formate, bei denen die Stadt Unterstützung leisten kann, sollen so gefördert werden, dass sie auch weiterhin stattfinden können (z.B. Walder Theatertage).
- Wege und Brücken wieder Instand setzen, wie z.B. die Brücke in Strohn, die für eine gute touristische Infrastruktur erforderlich sind.
- Erstellung einer stadtweiten Besucherführung unter Einbeziehung des ÖPNV mit Hinweisschildern und Beschriftungen, die zu den touristischen Zielen leiten.
- Dem Thema Tourismus soll auch in Zukunft in einem Ratsausschuss ein eigenständiger Charakter gegeben und dabei ein stärkerer Fokus auf nachhaltigen Tourismus gelegt werden.

15.5 Solingen hat Geschichte

Grün ist ...

... erinnern

Die Verbrechen des Nationalsozialismus bedeuten eine gesellschaftliche und politische Verantwortung, die niemals verjährt. Unter die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen darf kein Schlussstrich gezogen werden. Im Gegenteil: Da nur noch sehr wenige Zeitzeugen leben, gilt es jetzt neue Vermittlungsformate in den Schulen zu entwickeln. Solingen besitzt mit dem Zentrum für Verfolgte Künste eine einmalige künstlerisch und kuratorisch arbeitende Einrichtung, um das Thema Verfolgung aufzuarbeiten.

Wir Grüne wollen:

- das Zentrum zunehmend deutschlandweit und international als Institution der Bildung und wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Verfolgte Künste etablieren,
- die Arbeit des Zentrums gemeinsam mit dem LVR als einem der Träger festigen und absichern,
- die Entstehung der Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum aktiv begleiten,
- das Bildungs- und Forschungspotential beider Einrichtungen für Schulen und die Öffentlichkeit nutzbar machen,
- einen Rundgang zu Orten von Verfolgung und Widerstand in Solingen erarbeiten und
- das Schulprojekt zur Pflege des Jüdischen Friedhofs in Solingen verstetigen.

15.6 Solingen -eine globale Kommune

Grün ist ...

... international in Freundschaft verbunden

Solingen pflegt seine Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften. Der ursprüngliche Anlass für diese internationalen Verbindungen war nach dem zweiten Weltkrieg Frieden durch Versöhnung und Freundschaft. Das ist heute so aktuell wie damals. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Solidarität zwischen den Nationen unabdingbar ist. Und auch die Herausforderungen des

Klimawandels lassen sich nur gemeinsam stemmen. Durch Bürgerreisen, Jugendaustausch, Schulpartnerschaften und Klimaschutzprojekte gelebte Städtefreundschaften fördern das Verständnis für andere Kulturen und komplexe (Klima)politische Zusammenhänge. Es entstehen persönliche Kontakte, die unser Leben bereichern.

Wir Grüne wollen:

- den internationalen Austausch durch Schulpartnerschaften, Ausbildungsmöglichkeiten und Jugendaustausch mit den Partnerstädten fördern,
- den Dialog über Städtepartnerschaften zwischen Politik/Verwaltung und interessierten Bürger*innen im Rahmen eines „Runden Tisches“ institutionalisieren,
- aktuelle Informationen über Fördermöglichkeiten für Fördervereine von Städtepartnerschaften durch die Verwaltung intensivieren,
- die Förderung von gemeinsamen Projekten speziell zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz (z.B. „Junge Expertise“ des Fördervereins Jinotega),
- eine breite Diskussion über mögliche weitere Städtepartnerschaften, z.B. in Italien, Spanien oder der Türkei als den klassischen Herkunftsländern sehr vieler in Solingen ansässiger „Einwanderer“ (z.B. Trappeto/Sizilien),
- die Wiederbelebung einer Städtepartnerschaft mit Polen als einem Land, dem wir historisch in besonderer Weise verbunden sind,
- zur stärkeren Verzahnung in die Bürgerschaft hinein einen mehrsprachigen städtischen Internetauftritt insbesondere zum Thema Städtepartnerschaften,
- den Einsatz digitaler Medien für einen verstärkten Austausch mit Institutionen, Politik, Verwaltung in den Partnerstädten,
- im Sinne des Klimaschutzes, dass Reisen in die Partnerkommunen, wenn möglich, mit der Bahn erfolgen,
- Auszubildende und Mitarbeitende der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter dazu ermuntern bzw. dabei unterstützen, Praktika, Hospitationen, Internationale Projekte etc. in Kooperation bzw. im Austausch mit internationalen Partnerkommunen oder Organisationen in einer der Partnerstädte durchzuführen
- und dass sich Solingen an Programmen wie zum Beispiel „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ oder „Internationale Klimapartnerschaften“ etc. beteiligt.

Kultur umfasst viele Lebensbereiche, sie kann Diskussionen auslösen, gesellschaftliche Veränderungen initiieren, schlicht erfreuen und ist in jedem Falle ein wesentlicher Bestandteil städtischen Lebens. Sie bildet unterschiedliche Lebensauffassungen ab, lässt uns erstaunen, nachdenken, kreativ werden und ist doch immer wieder Gegenstand von Spardiskussionen vor dem Hintergrund der dramatischen kommunalen Haushaltsituation. Wir Grüne wollen kulturelle Vielfalt in unserer Stadt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie so lebendig und vielschichtig erhalten bleibt.

Sport schafft sich neue Wege

GRÜN ist...

...leben in einer aktiven, lebendigen und sportlichen Stadt

In den vergangenen sechseinhalb Jahren haben wir GRÜNE im Sportausschuss aber auch im Stadtrat an vielen Projekten rund um den Sport aktiv mitgewirkt. Wichtige Vorhaben, wie den Klingentrail oder die Freizeitanlage Aufderhöhe haben wir entscheidend vorangebracht. Außerdem gelang es uns nach langen und intensiven Verhandlungen das Hallenbad Vogelsang zu erhalten. Diese erfolgreiche grüne Sportpolitik werden wir fortsetzen.

Unter dem Motto „Sport schafft sich neue Wege“ setzt wir GRÜNE in Solingen für eine aktive, lebendige und sportliche Stadt ein. Allen Solinger*innen soll lebenslanges Sporttreiben ermöglicht werden. So entsteht eine gesunde und bunte Stadtgemeinschaft.

83

16.1 Alle Kinder müssen schwimmen lernen

GRÜN ist...

...Schwimmunterricht für alle Kinder.

Jedes Kind in Solingen soll gemäß seinen körperlichen Voraussetzungen am Ende der Grundschule schwimmen können. Dieser Verantwortung muss sich der Politik bewusst sein. Dafür machen wir uns stark. Daher soll Schwimmen in der Grundschule ein Pflichtfach für alle Schüler*innen der Stadt und durch die Ausweitung der Schwimmkursangebote (unter anderem Intensivkurse in Frei- und Hallenbädern) sowie Kooperationen zwischen Schwimmvereinen, Schulen und der Verwaltung gewährleistet werden.

Außerdem wollen wir, dass

- zwei Freibäder für die Solinger*innen erhalten bleiben und jederzeit mit dem ÖPNV gut zu erreichen sind,
- das Hallenbad Vogelsang ein Therapiebecken bekommt und
- die Eintrittspreise aller Bäder für jeden erschwinglich bleiben.

16.2 Die Eissporthalle erhalten

GRÜN ist...

...Sport in einer eigenen Stadt-Eissporthalle

Die Eissporthalle in Solingen ist zu einem unverzichtbaren Teil des Solinger Sportangebots geworden. Viele Sportler*innen und Vereine sind auf die Eishalle angewiesen. Darüber hinaus ist die Halle direkt angrenzend an den Südpark und im Solinger Zentrum auch ein besonders wichtiger Teil der Jugendkultur in unserer Stadt geworden. Es wäre den Sportler*innen als auch den Jugendlichen unserer Stadt gegenüber untragbar, die Eishalle in Solingen aufzugeben. Sogar für Menschen außerhalb Solingens ist die Eishalle ein wichtiger Anlaufpunkt, da es in der näheren Umgebung kaum Eissportangebote gibt. Daneben dient die Eishalle auch als Plattform der Inklusion, durch verschiedene Angebote für beeinträchtigte Menschen.

All das droht weg zu fallen, da die Lebenshilfe die Halle im April 2022 schließen wird. Solingen wird wie schon nach dem Wegfall der langjährigen Diskothek „Getaway“ erneut unattraktiver für junge Menschen, für die ihre Eishalle in verschiedener Hinsicht eine wichtige Anlaufstelle ist.

Daher sehen wir uns als GRÜNE Kommunalpolitiker*innen in der Pflicht, für den Erhalt einer Eissporthalle in Solingen zu kämpfen. Dafür ist ein Neubau der mittlerweile baufälligen Eishalle notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass der Charakter der alten Eissporthalle erhalten bleibt. Dafür zählt für uns vor allem die Nähe zum Innenstadtkern sowie zum Bahnhof, als auch die allgemein günstige Anbindung an den ÖPNV. Nur so können die bisherigen Nutzer*innengruppen an die neue Halle gebunden werden. Zudem fordern wir ein nachhaltiges Projekt, welches die Rentabilität der Eishalle sicherstellt. Dafür braucht es eine moderne Ausstattung mit zwei Ice-Rings sowie eine gute Energiebilanz, z. B. durch die Ausrüstung mit Photovoltaik-Anlagen.

Wir GRÜNE fordern, dass sich die Stadt Solingen aktiv dafür einsetzt, eine*n Investor*in für das Projekt zu finden.

Im Einzelnen fordern wir:

- Neubau einer Eissporthalle mit Nähe zum Bahnhof und sehr guter ÖPNV- Anbindung
- Umfangreiche Beteiligung der Nutzer*innengruppen der alten Eissporthalle am Projekt
- Nachhaltigkeit: Refinanzierbarkeit, moderne Ausstattung mit zwei Ice-Rings (zusätzliche Einnahmen durch Vermietung), gute Energiebilanz
- Aktive Suche durch die Stadtverwaltung nach einem*einer Investor*in

16.3 Sport- und Spielplätze/ Freizeitpark Aufderhöhe fördern

GRÜN ist...

...spielen und toben überall in der Stadt

- Das Spiel- und Bolzplatz-Konzept muss aktualisiert werden.
- Die finanzielle Unterstützung für den Erhalt und die Pflege der bestehenden Sport-Flächen muss fortgesetzt werden.
- Der Freizeitpark Aufderhöhe muss von der Stadt jährlich durch einen festgelegten Betrag aus der Sportpauschale unterstützt werden.

16.4 Ehrenamt im Sport hervorheben

GRÜN ist...

...ein Ehrenamt mit Wertschätzung

Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Teil der Solinger Sportwelt. Für die angemessene Wertschätzung und hauptamtliche Unterstützung in Form einer/s Verantwortlichen bei der Stadt setzen sich die Solingen Grünen ein.

16.5 Solinger Sport vernetzen/ Vereine entlasten

GRÜN ist...

...sportliche Brücken bauen

- Die Vernetzung von Sportorganisationen, Vereinen und Sozialträgern soll verbessert werden. Dafür wollen wir ein Kontaktregister ins Leben rufen, auf das alle Akteure zugreifen können.

- Wir fordern, dass Vereine nicht weiter finanziell durch Erhöhung des Nutzungsentgelts belastet werden.
- Wir wollen die Zertifizierung von städtischen Kindergärten zu „bewegten Kindergärten“ um je zwei Kindergärten pro Jahr ausweiten.
- Wir wollen das Programm „Jugend belohnt Ehrenamt“ des SSB unterstützen.

16.6 Sportangebote für Jugendliche und junge Erwachsene

GRÜN ist...

...Sport mit der ganzen Familie

Die Schaffung des Klingentrails, in Einklang mit dem Naturschutz, war einer der großen Erfolge grüner Politik der vergangenen Jahre.

Jetzt wollen wir, dass

- das Programm „Sport um Mitternacht“ ausgeweitet und gefördert wird,
- es in Solingen neue Sportangebote für Familien gibt,
- Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen ein Jahr lang ermöglicht wird, kostenlos eine Sportart ihrer Wahl auszuüben,
- das Rollhaus erhalten und gefördert wird
- und der BHC weiter administrativ unterstützt wird.

16.7 Inklusion im Sport/ Sport für alle Generation

GRÜN ist...

...gemeinsamer Sport von Menschen mit und ohne Behinderung

Die inklusive Fußballmannschaft des TSV Solingen – eines der vielen tollen Projekte, die Inklusion fördern. Diese und noch viel mehr Projekte wollen wir unterstützen. Wir machen uns für eine Kultur der Wertschätzung stark, damit Inklusion im Sport gelingt. Leistungsorientierung dagegen lehnen wir ab.

Außerdem wollen wir, dass

- noch mehr Sportstätten in Solingen barrierefrei sind,
- Bewegungsangebote für Senior*innen gefördert werden und deutlich machen,
- dass Sport für alle Altersgruppen Angebote braucht.

16.8 Trendsportarten, neue Sportformen und Sport in der Natur

GRÜN ist...

...voll im Trend

Solingen verfügt dank seiner vielfältigen Wald- und Naturbereiche über beste Bedingungen zur Bewegung und zum Sporttreiben in der Natur. Neben dem Joggen, Walken und Wandern wird auch in Solingen Radfahren beliebter. Die Trasse, viele Waldwege und Fahrradwege laden ein zu Fahrradtouren.

Wir wollen,

- dass diese Wege besser beschildert und miteinander verbunden sind. Durch Kennzeichnung bestimmter Jogging- und Walkingstrecken mit Längen- und Schwierigkeitsangaben entstehen attraktive Trainingsstrecken mit wenig Aufwand. Auch ein Ausbau der Trasse halten die Solinger Grünen für sinnvoll.
- Wir wollen einen Stadtplan mit Outdoorangeboten, der das Sporttreiben im öffentlichen Raum erleichtert und Joggingrouten, Fahrradwege, Sportplätze und Sportparks zusammenfasst. Ergänzt in der Solinger Sport-App, auf der Internetseite der Stadt sowie in gedruckter Form.
- Wir wollen, dass neue Outdoorfitnessstudios/ Sportparks/ Outdoor-Fitness-Stationen für Kraft- und Balancetraining sowie Parcours, in jedem Stadtteil, in Parks oder entlang der Trasse entstehen.
- Individueller Sport im Freien ist ein Trend, der kostengünstig und zeitlich flexibel die Bedürfnisse nach Bewegung und Aufenthalt in gesunder Natur vereint. In der Planung muss ausdrücklich der notwendige Schutz der Flora und Fauna berücksichtigt werden.

Wir wollen außerdem, dass

- die populäre Solinger Sport-App beispielsweise durch eine Übersicht an Outdoor-Angeboten ergänzt wird, die sich zum Sporttreiben anbieten,
- neue Sportarten wie beispielsweise Bogenschießen oder E-Sport gefördert werden und damit zeigen, was für eine große Palette an Sportangeboten wir in unserer Stadt anbieten,
- sowie bestehende Projekte wie das „Stadtradeln“, „Sport im Park“ und die „Sportmesse“ verstärkt beworben werden. Neben klassischer Werbung vermehrt auch in sozialen Medien.

Bündnis 90/ Die Grünen wollen zusammen, beispielsweise mit einer Info-Kampagne, mit den Solingerinnen und Solingern neue Sportstätten schaffen. Wo und wie wollen die Bürger*innen unserer Stadt Sport treiben? Wie können wir dem Bewegungsdrang der Bevölkerung ein Ventil verschaffen? Wo sollten Downhillstrecken entstehen und inwiefern sind solche Strecke mit Flora und Fauna vereinbar?

Ordnung und Sicherheit

GRÜN ist...

...Eine Stadt in der zwischen Freiheit und Sicherheit kein „oder“ steht.

Solingen ist eine der sichersten Städte in NRW! Und doch erleben wir, dass das Sicherheitsgefühl in den vergangenen Jahren immer wieder Thema war. Die Faktenlage zeigt aber keine Zunahme von Delikten. Diese sind sogar in der Innenstadt um den Neumarkt gegenüber früheren Jahren rückläufig.

87

Wir GRÜNE nehmen die Sorgen der Solinger*innen ernst. Wir müssen aber einerseits Fakten kennen und andererseits gefühlte Unsicherheit nicht scheuen anzusprechen. Nur so lassen sich verständliche und erkennbare Maßnahmen ergreifen und umsetzen.

Wir GRÜNE wollen eine Stadt, in der sich jeder Mensch sicher fühlt und die Freiheit seiner Mitbürger*innen respektiert.

Wir sorgen dafür,

- dass die besonderen Angsträume in Solingen gut ausgeleuchtet sind. Dabei achten wir auf Tiere und unsere Umwelt.
- Auf verschiedenen Plätzen (z. B. Neumarkt oder vor dem Hauptbahnhof) werden wir mehr Ansprechpartner*innen (Sozialarbeiter*innen und/ oder Ordnungsamt-Mitarbeiter*innen) bereitstellen. Vor allem in den Abend- und Nachtstunden.
- Wir diskutieren mit verschiedenen Expert*innen und Ansprechpartner*innen über Möglichkeiten, mehr Sicherheit sichtbar zu machen, z. B. durch einen 24/7-Anlaufpunkt für alle Solinger*innen.
- Wir wollen durch natürlichere Belegung das Sicherheitsgefühl stärken, z.B. in der Außengastronomie, bei der zukünftigen Stadtplanung und dem Quartiersmanagement.
- Nach einer Party oder einem Volksfest sollen die Solinger*innen sicher mit dem ÖPNV nach Hause kommen. Auch deshalb machen wir uns für den Erhalt der Nachtbusse stark. Wir wollen an mehreren Tagen und Stunden (mit der Priorität bei Nachtbussen), mehr Stadtwerke-Mitarbeiter*innen und Ordnungsamt-Mitarbeiter*innen in Bussen einsetzen. Diese sollen Ansprechpartner*innen sein und mögliche Konflikte schnell und reibungslos lösen.

GRÜN ist...

...eine bürgerfreundliche Stadt für alle.

Wir GRÜNE haben in den vergangenen Jahren massiv gegen eine Verschärfung der Straßenordnung gekämpft. Geplante Regelungen in der Straßensatzung waren offensichtlich gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen gerichtet. Leider konnten wir nicht alles verhindern, aber den Ursprungsentwurf erfolgreich entschärfen. So ist das Flaschensammeln weiterhin erlaubt, der Begriff des „lagern“ kommt nicht in die Straßenordnung und es gibt keine weiteren unnötigen und bürokratischen Regeln für Straßenmusiker*innen. Mit uns wird es keine weitere Verschärfung der Straßenordnung geben. Für uns GRÜNE funktioniert Ordnungs- und Sicherheitspolitik nur, wenn wir auch die Freiheit beschützen. Auch deshalb lehnen wir eine dauerhafte Videoüberwachung des Neumarkts ab.

GRÜN ist...

...Straßenverkehr mit Augenmaß

Viele Konservative fordern immer und überall „Recht und Ordnung“, sind aber bei Autos und dem Straßenverkehr blind. Raser halten sich nicht nur nicht an die Regeln, sondern gefährden sich auch oft selbst und ihre Mitmenschen. GRÜNE wollen „Recht und Ordnung“ auch auf Solinger Straßen.

Wir werden uns deshalb

- konsequent gegen illegale Straßenrennen, große Tempoüberschreitungen, die Poser-Szene und gegen Rotfahrer*innen einsetzen. Ganz besonders vor Schulen und Kitas.
- Wir wollen außerdem für mehr Sicherheit im Straßenverkehr mehr Rotlicht-Blitzer und Geschwindigkeitskontrollen einrichten.

88

GRÜN ist...

...mehr miteinander statt übereinander reden

In der AG Ordnungspartnerschaft beraten Vertreter*innen der Polizei und Mitarbeiter*innen des Stadtdienst Ordnung über ordnungspolitische Themen in Solingen. Beim Thema „Ordnung und Sicherheit“ müssen möglichst viele Perspektiven eingefangen und gehört werden. Jedoch bedeutet Ordnungspolitik für uns mehr als die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt. Auch freie Träger aus der Wohlfahrt und der aufsuchenden Sozialarbeit haben maßgeblich ihren Anteil an der täglichen Arbeit für die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt. Dazu zählen z. B. Tätigkeiten in der Suchtprävention, Wohnungslosenhilfe und Jugendhilfe.

Wir GRÜNE fordern,

- die bestehende Ordnungspartnerschaft aus Polizei und Stadtverwaltung (bzw. Ordnungsamt) zu ergänzen. Dadurch soll eine Annäherung zwischen den in der Ordnungspolitik/-arbeit tätigen Akteur*innen geschaffen und gegenseitige Vorurteile abgebaut werden.

Zu den Akteur*innen zählen neben Ordnungsamt und Polizei eben auch die freien Träger sowie Personen aus den Zielgruppen selbst. Die ständige Zusammenkunft der Ordnungspartnerschaft soll um die freien Träger ergänzt werden. Sinnvoll wäre die Aufnahme von Caritas, Jugend- und Drogenberatung anonym e.V., Stadtjugendring, Clearing-Stelle und AWO. Außerdem soll der Jugendstadtrat mitaufgenommen werden – als Vertretung der Solinger Jugendlichen.

Langfristig sollen sogenannte Peer-Leader-Personen aus den jeweiligen Szenen, insbesondere der Wohnungslosen- und Drogenabhängigen-Szene gefunden bzw. aus der Szene heraus selbst bestimmt werden, die bei anlassbezogenen und bedarfsweise auch ständigen Treffen teilnehmen.

Ein Pilotprojekt der Jugend und Drogenberatung in Solingen am Ohligser Bremsheyplatz hat bereits vor einigen Jahren die Wirkung des Peer-to-Peer Ansatzes dokumentiert. Durch die Einbindung von gesellschaftlich stigmatisierten Mitgliedern der Drogenszene in einen interaktiven Lösungsprozess und der Aushandlung von Verhaltensregeln an einem „Runden Tisch“ konnten Annahme und Akzeptanz von Verhaltensvorschriften deutlich verbessert werden. Das zeigt sich am Beispiel des Bremsheyplatzes z. B. durch eine deutlich reduzierte Anzahl von Polizeieinsätzen vor Ort. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, mehr Projekte im Bereich des Peer-to-Peer Ansatzes zu fördern und in Zusammenarbeit mit der AG Ordnungspartnerschaft umzusetzen. Sie sollte für die Zusammenarbeit mit Mitgliedern aus den Szenen der Sucht- und Wohnungslosenhilfe im Vorfeld durch einen Workshop sensibilisiert werden.

GRÜN ist...

... Cannabis nicht mehr zu kriminalisieren

Wir GRÜNE wollen den Cannabis-Markt nicht mehr kriminalisieren, sondern unter strengen Auflagen legalisieren. So kann der Markt staatlich überwacht und kontrolliert werden. Auch in Solingen kommen die Menschen in Berührung mit dem Drogenschwarzmarkt, die sich Cannabis besorgen wollen. Ganz besonders Jugendliche bringen wir damit in unnötige Gefahr, denn der Schwarzmarkt kennt keine Ausweiskontrolle.

- Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für eine Legalisierung von Cannabis ein und wollen, dass wir als Stadt Druck bei dem Thema machen.
- Bei einer realistischen Möglichkeit eines Cannabis-Modellprojekts machen wir uns dafür stark, dass sich Solingen für ein solches Projekt bewirbt.

Gegen Rechtsextremismus & Homophobie

GRÜN ist...

...konsequente Haltung und Engagement gegen Rechtsextremismus sowie ein weltoffenes Solingen

90

Für uns GRÜNE ist eine weltoffene, bunte und queere Heimat die beste Heimat. Der Kampf gegen Rassismus gehört zu den Wurzeln unserer Partei. Das wirkungsvollste Mittel dabei ist eine starke demokratische Zivilgesellschaft. Wir zeigen im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen weiter und in Zukunft noch lauter klare Kante gegen Wölfe im Schafspelz, Nazis und Rechtsextremismus – die größte Gefahr für unsere Demokratie. Wir treten Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit und Schwulen- sowie Lesbenfeindlichkeit entschlossen entgegen.

GRÜN ist...

...klare Kante gegen menschenverachtenden Extremismus und Rassismus

Wir GRÜNE verteidigen unser vielfältiges, demokratisches und weltoffenes Solingen! Die Menschenjagd in Chemnitz, der Mord an Walter Lübcke, Anschläge wie in Halle und Hanau, der brutale und rassistisch motivierte Mord am Amerikaner George Floyd – Ereignisse der jüngeren Zeit machen einmal mehr deutlich, dass wir alle Verantwortung tragen, Rechtsextremismus und Rassismus den Nährboden zu entziehen.

Auch deshalb setzen wir uns dafür ein,

- dass es einen Schulterschluss aller demokratischen Fraktionen gibt, der die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Politiker*innen ausschließt.
- Wir wollen ein Solingen ohne Extremismus, egal ob rechts, islamistisch, links oder christlich-fundamentalistisch motiviert.
- Außerhalb der Gremien setzen wir die erfolgreiche Zusammenarbeit fort mit antirassistischen Gruppierungen, wie z. B. „Bunt statt braun“, aber auch mit Kirchen, der Flüchtlingshilfe und vielen mehr.
- Wir nennen rassistische Parolen oder Verunglimpfungen gegen Menschengruppen wie Muslim*innen, Jüd*innen oder LGBTIQ* beim Namen und weisen sie klar zurück.

GRÜN ist...

...Geschichte verstehen und erlebbar machen.

Antisemitische Witze gehören nicht ins Klassenzimmer! Deshalb unterstützen wir GRÜNE Schulprojekte wie „Schule mit Courage“ oder „Schule ohne Rassismus“. Sie fördern das Verständnis und schärfen das Bewusstsein der Schüler*innen im Umgang mit Geschichte.

Wir machen wir uns stark dafür, dass in Solingen

- die Erinnerungskultur in der Schule hochgehalten, die NS-Zeit leicht verständlich gelehrt und mehr demokratische Bildung angeboten wird.

- In Solinger Schulen muss die Zeit des Nationalsozialismus mehr Unterrichtszeit bekommen. Hierzu sind Erinnerungsstätten, ehemalige Konzentrationslager und das Zentrum für verfolgte Künste besonders wichtige Anlaufstellen, die wir in Solingen auch für uns noch stärker entdecken müssen. Alle Schüler*innen sollen die Möglichkeit erhalten im Laufe ihrer Schullaufbahn ein ehemaliges Konzentrationslager zu besuchen.
- Das Max-Leven-Zentrum wird jetzt endlich Realität. Wir GRÜNE haben uns von Beginn an dafür stark gemacht. Zusammen mit der Zivilgesellschaft waren wir am Ende erfolgreich. In den kommenden Jahren wollen wir die Arbeit des Vereins und des Zentrums weiter tatkräftig unterstützen und das Max-Leven-Zentrum in der Stadt für jeden sichtbar machen. Wir wollen unter anderem einen Rundweg, der die Stolpersteine rund um das Zentrum farblich verbindet und am Ende zum Max-Leven-Zentrum führt.
- Die Stolpersteine warnen, erinnern und erzählen Familiengeschichten von Solinger Widerstandskämpfer*innen. Wir wollen digitale Möglichkeiten schaffen und zusammen mit dem Stadtarchiv eine eigene App entwickeln, die die Geschichte von den Opfern der NS-Zeit erzählt. Ein solches Projekt könnte auch Teil der neuen Solingen-App werden.

Wir wollen auch

- ein Denkmal für die Opfer des Solinger Brandanschlags in die Innenstadt,
- eine fraktionsübergreifende Initiative für eine Walter-Lübcke-Straße
- und mehr Öffentlichkeitsarbeit bzw. Aufklärung über die Deportation der Sinti und Roma in der NS-Zeit, die es auch an Solinger Bahnhöfen gegeben hat. Hier machen wir uns für die Errichtung von Gedenktafeln stark.

GRÜN ist...

...bunt, frei und sicher

Wir GRÜNE kämpfen für eine Gesellschaft, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche und queere Menschen (LGBTIQ*) die gleichen Freiheiten und die gleiche Anerkennung haben. Deshalb unterstützen wir • den Schritt der Verwaltung und dem rot-grünen Oberbürgermeister Tim Kurzbach, jährlich zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) die Regenbogenfahne vor dem Rathaus zu hissen. Ein weiterer Tag in der CSD-Saison sollte dazu kommen – auch dafür machen wir uns stark.

Wir wollen

- in jedem Stadtbezirk einen zentralen Zebrastreifen zu einem „Regenbogen-Zebrastreifen“ bzw. „Pride-Zebrastreifen“ umwandeln, um ein weiteres Statement für LGBTIQ**-Rechte, sexuelle Selbstbestimmung und für unsere offene und freie Gesellschaft zu setzen,
- geschlechtsneutrale bzw. mehr-geschlechtliche Ampelpersonen von der Stadt prüfen lassen
- und eine (Coming-Out-)Beratungsstelle für Lesben, Schwule, Bi-, Trans* und Intersexuelle einrichten sowie den Zugang und die Beratung zum gebührenfreien Aidstest erleichtern.
- Deutliche Statements sind zwar wichtig und richtig, helfen aber allein nicht. Queere Menschen werden oft täglich mit Ausgrenzung und Hass konfrontiert. Wir GRÜNE machen deshalb auch in Solingen Druck, wenn es um LGBTIQ*-Rechte geht. Die städtischen Papiere (Flyer, Verträge, etc.) müssen endlich geändert werden und alle Geschlechter ansprechen.

* *LGBTIQ* - Die Abkürzung kommt aus dem Englischen und steht für: *Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Inter und Queer*.

Digitale Transformation in Solingen gestalten

GRÜN ist...

...digital mitreden und Digitale Transformation mitgestalten.

92

Die Digitalisierung der Stadt Solingen schreitet fort und betrifft auch die Lebenswelt der Bürger*innen in zunehmendem Maße. Kaum noch ein Bereich, der sich nicht verändert. Gerade zu Zeiten von Corona haben wir alle gemerkt, wie wichtig digitale Kommunikationstechniken sind. Weil sich alles zu ändern beginnt, nennen wir diesen Programmteil Digitale Transformation.

Diese Veränderung bringt viele nützliche und angenehme Aspekte mit sich, birgt jedoch auch Gefahren. Die Digitalisierung kann den Wohlstand erhöhen, erfordert jedoch auch Anstrengungen. Digitale Medien und das Internet bergen Chancen und Risiken gleichermaßen. Die Folgen der Digitalisierung können unser Leben bereichern und verbessern, sie können es jedoch auch verschlechtern. Insbesondere müssen der Umgang und Einsatz neuer Technologien auch hier kritisch begleitet, erprobt und erlernt werden.

GRÜNE wollen daher die Regeln mitbestimmen, nach der die Digitale Transformation in Solingen erfolgen soll.

Wo stehen wir in Solingen, was ist der Status Quo? Mit dem Modelprojekt „Smart City“ ist Solingen dabei, als Stadt in der Praxis voranzugehen. Zu beachten sind dabei die Regeln gemäß der „Smart City Charta“, nach der Smart Cities einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung verpflichtet sind. Hierbei unterstützt besagte Charta die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, kurz SDG ?s). Damit soll die Digitalisierungsstrategie zur Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen passen. Eine hierzu kompatible Anwendung digitaler Technik für Solingen in Anwendung zu bringen, ist Aufgabe von Politik in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft. Gemeinsam mit Bürger*innen und Unternehmen: Damit die Bürger*innen die Veränderungen positiv erleben und nutzen können, brauchen wir ein passendes Marketing. Die Stadt Solingen soll daher die neuen Möglichkeiten fortlaufend der Bevölkerung darlegen und erklären. Ein Weg dafür bieten die sogenannten Digitallabore, in welchem Unternehmen und Bürger*innen über die Möglichkeiten der Stadt Solingen umfassend informieren können. Dargestellt werden müssen mindestens die Möglichkeiten, Behördengänge zu vereinfachen sowie Möglichkeiten für Freizeit oder Unterstützungsangebote der Stadt.

19.2 Grundsätze und Ziele unserer Politik der digitalen Transformation

GRÜN ist...

...Grundsätze zu haben

Die digitale Transformation der Stadt ist kein Selbstzweck! GRÜNE wollen, dass digitale Technik der Stadtbevölkerung sowie der lokalen Wirtschaft dienen. Sie ist transparent zu gestalten, folgt den Nachhaltigkeitszielen und nimmt die Bevölkerung durch Beteiligungsverfahren mit.

GRÜNE Grundsätze zur digitalen Transformation:

Meine Daten gehören mir

Der Umgang mit den digitalen Angeboten muss dem Grundsatz „Nur so viel Daten wie nötig“ folgen (Datenethik). Alle Bürger*innen und jedes Unternehmen hat das Recht auf einen selbstbestimmten Umgang mit seinen Daten.

Transparenz

Wer will zu welchem Zweck meine Daten und wie ist der weitere Umgang damit? Wie lange ist die Dauer der Speicherung und wo sind sie hinterlegt? Die Stadt Solingen inklusive der städtischen Einrichtungen legt dem Bürger auf Nachfrage dar, welche Daten über ihn wo gespeichert sind.

Nachhaltigkeit

Digitalisierung dient den Zielen der Nachhaltigkeit gemäß der Ziele, wie sie in den internationalen, nationalen und kommunalen Strategien beschrieben sind.

Chancen nutzen

Bündnisgrüne Politik setzt darauf, die Chancen, die sich aus der digitalen Transformation ergeben, zu nutzen.

Risikoabwägung

Neue Techniken bringen auch Risiken mit sich. Die Stadt Solingen ist verpflichtet, bekannte Risiken zu vermeiden und über Risiken zu informieren. Bei Einsatz neuer Technologien sollen immer auch begleitend Untersuchungen und Messungen mitgedacht werden, um Risiken überhaupt erkennen zu können.

Risikovorsorge

Abhängigkeiten und die Möglichkeiten feindlicher Angriffe über digitale Netzemüssen, soweit technisch möglich, verhindert werden. Die Stadt soll digitale Steuerungstechnik stets mit möglichst unkritischer Technik in Schlüsselbereiche einbauen. Mittels Systemtrennung und Einsatz eigener oder in Europa betriebener Server kann die Angriffsfläche verkleinert werden.

Datensicherheit

Die Stadt Solingen hat sich eine Datenschutzrichtlinie zu geben. Sie hat, soweit es die Technik zulässt, dafür Sorge zu tragen, dass innerhalb ihres Verantwortungsbereiches Daten Solinger Bürger*innen nicht zu kommerziellen Datenanbieter übergehen oder gar unkontrolliert von diesen verwendet werden.

Open Data und Open Source

Daten sind der Rohstoff für die digitale Gesellschaft. Es hat keinen Sinn und wäre teuer und ein Innovationshemmnis, wenn die Stadt bereits erhobene, nicht sensible Daten nicht bereitstellen würde. Die Nutzung öffentlich verfügbarer Daten wird in den kommenden Jahren eine wesentliche Voraussetzung sein, damit Innovationen auch in Solingen positiv wirken können.

Wir GRÜNEN in Solingen wollen, dass die Stadt vorhandene und hinzukommende Datenbestände nach den 10 „open Data“-Prinzipien zur Verfügung stellt. Dieses betrifft natürlich nur die nicht dem Datenschutz unterliegenden Daten. Beispielsweise sollen im Smart-City-Projekt (Sensor-) Informa über Wetter, Luftqualität und Verkehr erhoben werden. Wir wollen, dass diese Daten allen Bürger*innen und jedem Unternehmen zur Verfügung stehen. Damit wollen wir fördern, dass sich in Solingen innovative Firmen entwickeln können und in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Öffentlichkeit neue Ideen zum Nutzen aller geschaffen werden. Bei der Auswahl für IT-Dienstleister und -Plattformen soll die Stadt die Aspekte offener Standards und Open Source hoch gewichten.

Zweck im Mittelpunkt

Aus Grüner Sicht ist klar: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, kein Wert an sich. Sie muss einen konkreten Nutzen für Bürger*innen, Unternehmen oder Verwaltung bieten. Wir möchten zuerst die Dinge anpacken, welche offensichtlich einen Nutzen für alle bieten. Wir wollen, dass die Stadt keine Kraft verschwendet in gehypte Themen, die für Solingen und die Bevölkerung absehbar keinen Nutzen bringen.

19.3 Digitale Transformation – ein Querschnittsthema

GRÜN ist...

...digitale Technik dort nutzbar machen, wo wir sie benötigen

Digitale Infrastruktur, Glasfaserausbau: Für Solingens existierende ebenso wie für neue Unternehmen aller Branchen ist ein guter Internetanschluss wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist nötig – für wirtschaftliche Innovationen, vernetzte Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. GRÜNE wollen einen flächendeckenden Glasfaserausbau für alle Gewerbegebiete sowie für alle auch kleineren Unternehmen, die dieses benötigen. Wir fordern ein Recht auf Breitbandanbindung für alle Haushalte und Unternehmen. Der punktuelle Ausbau von „Freifunknetzwerken“ oder freien WLAN-Access-Points soll fortgesetzt werden.

Digitale Verwaltung: Die Stadtverwaltung sowie ihre Eigenbetriebe führen und führten bereits erste digitale Akten und Prozesse innerhalb der Verwaltung ein. Dieser Weg ist konsequent fortzuführen. Wir GRÜNE wollen und unterstützen die Einführung und den Aufbau von Bürgerkonten und freiwilliger digitaler Bürgerkommunikation. Behördengänge für Standardvorgänge wie die Beantragung eines Ausweises, Anmeldung eines Kraftfahrzeugs und Steuerangelegenheiten online zu tätigen sind eine große Entlastung für Behörden und erleichtern unseren Bürger*innen den Alltag. Eingesparte Arbeitszeit kann und soll dann eine bessere Beratung für komplexe Fälle ermöglichen. Wir fordern die Einführung einer einfachen, barrierefreien Navigationsplattform, damit der Bürger über städtische digitale Dienstleistungen gut informiert ist. Der kurze Draht zur Verwaltung mittels Mängelmelder, ist aus unserer Sicht bereits ein schönes Beispiel direkter digitaler Kommunikationsmöglichkeiten für Bürger*innen, die sich an Verwaltung wenden möchten.

Beteiligungsmöglichkeiten und Informationsfreiheit: GRÜNE setzen sich für eine Möglichkeit ein, auf einer neuen Plattform für alle einsehbar Fragen im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes an die Stadtverwaltung und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung stellen zu können.

Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Stadtgesellschaft: Wir wollen für Solingen eine starke Wirtschaft, die sowohl die existierenden Betriebe, als auch Neugründungen und Start-ups unterstützt. GRÜNE wollen Solinger Unternehmen und Solinger Händler*innen bei der Modernisierung durch gezielte Beratung und Schulungsangebote für ihre Mitarbeiter unterstützen. Die Stadt kann den Einzelhandel fördern, indem sie beim Aufbau gemeinsamer Auftritte, Onlineportale und Apps koordinierend unterstützt. Wir begrüßen daher die Solinger und die Ohligs APP, denn diese APPs helfen

der Sichtbarkeit der meist kleinen Händler*innen und helfen dabei, gegen die weltweit agierende Konkurrenz zu bestehen.

Auswahl von Anbietern digitaler Leistungen: Für die Umsetzung digitaler Technik in den verschiedensten Anwendungsbereichen soll die Stadt bevorzugt mit Firmen aus der Nähe zusammenarbeiten, im Sinne der Wirtschaftsförderung und einer Zusammenarbeit mit kleinen Wegen.

Zusammenarbeit über die Stadtgrenzen hinaus: Die Solinger Unternehmen genauso wie die meisten Solinger Bürger*innen bewegen sich alltäglich über die Stadtgrenzen hinaus. Auch die Probleme haben wir oft gemeinsam. Somit können auch Lösungen zusammen besser entwickelt werden. Wir stehen dafür, dass Solingen mit den Verbänden und Nachbarkommunen zusammenarbeitet, um gemeinsame übergreifende Lösungen anzubieten. Wir begrüßen die städteübergreifende Zusammenarbeit der Firmen. Dies kann durch zum Beispiel durch die bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft angeleitet werden.

Nachhaltigkeit: Datenerhebungen können in vielen Bereichen die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie unterstützen, so z.B. bei der inklusiven Stadtentwicklung, im Bildungsbereich, in der Mobilitätsentwicklung oder aber im Umweltbereich. So ermöglicht beispielsweise die umfassende Erhebung von Umweltwerten eine genauere Vorhersage und Reaktion auf veränderte Wetter- und Umweltbedingungen. Natürlich müssen auch diese Datenerfassungen immer mit den oben erwähnten Maßstäben erfolgen.

GRÜN ist...

...natürlich nachhaltig

Bildung: In der aktuellen Corona-Krise wurden die Chancen, auch die verpassten Chancen, der Digitalisierung der Vergangenheit deutlich. Wir müssen davon ausgehen, dass es in Zukunft weitere Entwicklungen gibt, die wesentliche Gewohnheiten ändern. Es ist schon jetzt kaum noch ein Arbeitsplatz zu finden, der gar keine moderne Technik erfordert. GRÜNE wollen, dass alle Bürger*innen so selbstverständlich den grundlegenden Umgang mit Technik erlernen müssen, wie heute die Menschen in diesem Land Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Dabei sollen nicht nur die Schüler*innen Neues lernen, sondern auch Erwachsenen müssen Weiterbildungsangebote gemacht werden.

Schulbildung: Ein anderer Aspekt der veränderten Umwelt sind die heute schon umfangreichen Informationsmöglichkeiten im Internet. Es ist richtig, gelegentlich von Informationsflut zu sprechen. GRÜNE wollen, dass Schüler*innen das Auffinden und Einordnen von Informationen beigebracht wird und wie man Gefahren vermeidet. Das soll so selbstverständlich sein wie heute schon den Kleinsten die Verkehrsregeln beigebracht werden. Die Schulgebäude werden bereits mit aktueller Technik und leistungsfähigen Anschlüssen versorgt. Um dieses optimal zu nutzen, müssen nun die Lehrkräfte genauso wie die Schüler*innen in der Anwendung und Nutzung der Technik und der Medien geschult werden. Auch die Unterstützer*innen und Begeisterten des digitalen Lernens stoßen an Grenzen. GRÜNE wollen, dass Solingen die regelmäßige flächendeckende Weiterbildung der Lehrkräfte unterstützt und vorantreibt. Diese Weiterbildung soll fortlaufend angestrebt werden, weil sich auch die Medien und die Möglichkeiten ständig weiterentwickeln. Denn die beste Technik hilft nicht, wenn es keine guten pädagogischen und didaktischen Konzepte für ein gutes Lernen mit den digitalen Hilfsmitteln für die Kinder gibt. Die Erarbeitung von pädagogischen Mediennutzungskonzepten an den Schulen soll eingefordert und unterstützt werden.

In der aktuellen Corona-Krise zeigt sich verstärkt der dringende Nachholbedarf an geeigneten Plattformen für den Lehrer*innen-Schüler*innen-Kontakt, Lehrmaterial und Videokonferenzen. Solingen soll weiterhin zügig an der Bereitstellung datenschutzwahrender Systeme arbeiten. Außerdem wollen wir, dass alle technischen Dienste zentral bereitgestellt und im Betrieb unterstützt werden, damit ausgebildete Lehrkräfte mit voller Kraft den eigentlichen Lehrauftrag ausfüllen können. Wir

glauben, dass auch an Grundschulen bereits über Nutzung und Risiken der digitalen Medien aufgeklärt werden muss. Volkshochschule, Bibliothek und Kultur: Volkshochschule und Bibliothek modernisieren ihre Angebote laufend, doch der Trend zu Onlinekursen und Onlineausleihe (Ausleihe digitaler Bücher und Medien aus der Ferne) erfordert weitere Veränderungen und Anpassungen des Angebots. Die Bereitstellung digitaler Auftritte und Eintrittskarten in Solinger Attraktionen hat Potential und soll möglichst gemeinsam angegangen werden, um eine bürgerfreundliche Lösung zu finden. Ein Mehrpreis für digitale Karten ist nicht zielführend, weil sie weniger Betreuung und mehr Selbstbedienung bedeuten.

Teilhabe: Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen gleichberechtigt am Unterricht teilnehmen können. Die Schüler*innen, deren Eltern im Bereich der Mediennutzung nicht unterstützen können, müssen im Schulkontext gefördert werden. Das bedeutet nicht nur die Leihe der passenden Geräte. Wir streben die Bereitstellung und Betreuung an Medienarbeitsplätzen der Schule in den Hausaufgabenzeiten an, weil Eltern gerade hier nicht die Bildungsaufgabe flächendeckend übernehmen können.

Mobilität: Im Rahmen des Smart-City-Projektes werden auch Maßnahmen im Bereich der Verkehrssteuerung eingeführt oder erprobt. Wir GRÜNE wollen die Chancen nutzen, die Verkehrslast zu senken, den Verkehr nachhaltig und klimafreundlich zu verändern. Wir möchten, dass der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) in Solingen komfortabler wird (siehe dazu auch das Kapitel Mobilität). Es soll mehr Informationen für die Fahrgäste geben, wie sie bequem und sicher von A nach B kommen. Diese Informationen sollen verlässlich sein.

GRÜN ist...

...gut informiert im Umweltverbund unterwegs zu sein

Viele Fahrgäste haben im Alltag ihr eigenes Smartphone oder andere Geräte dabei. Informationen über Fahrpläne, Verbindungen und Anschlüsse sollen und werden auch schon online gegeben. Zu nennen ist hier die APP mobil.nrw. Mobilität endet schon lange nicht an der Stadtgrenze. Wo immer möglich, soll Solingen mit anderen Kommunen zusammenarbeiten, oder eine gemeinsame Lösung im Verkehrsverbund unterstützen. Wir wollen die Pünktlichkeit des Solinger Busverkehrs verbessern, indem Ampelschaltungen bei Modernisierungen den Bustakt berücksichtigen. Einem elektronischen Ticketverkauf stehen wir optimistisch gegenüber. Wo es sinnvoll und kostenschonend umsetzbar ist, soll dieser Weg in Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbänden und Nachbarkommunen verfolgt werden. Gleichzeitig muss es weiterhin möglich sein, spontan und ohne eigene Geräte Fahrkarten zu erwerben. Der Fahrkartenerwerb muss auch barrierefrei und einfach möglich sein, dass auch Unerfahrene, Tagestouristen und Menschen mit Behinderungen zurechtkommen. Wir wollen uns an guten Lösungen orientieren, wie sie in Nachbarländern oder Verkehrsunternehmen erfolgreich praktiziert werden. Die Zusammenlegung der technischen Grundlagen mit Diensten der Nachbarn (Abokarten) soll angestrebt werden.

Folgende Verbesserungen streben wir an:

- zuverlässige Sofort-Informationen über Verspätungen und Anschlüsse im Bus und auf dem eigenen Gerät (Smartphone)
- Buchungsdialoge inklusive der „letzten Meile“ via Taxi oder Leihrad z.B.
- Fahrplanauskunft für erfahrene Nutzer wie auch für unerfahrene Nutzer*innen
- einfache bargeldlose Bezahlmodelle via „Handy-Ticket“, landesweit verwendbarer Chipkarte oder ähnlichem
- Beibehalten des Papierfahrscheins für Seltennutzer
- Beibehalten einer Möglichkeit der persönlichen Tarifberatung

19.4 Neue Entwicklungen begleiten, Auswirkungen untersuchen

GRÜN ist...

...neugierig sein, aber auch Risiken benennen und entsprechend handeln

Bei neuen Themen ist anfänglich oft unklar, ob und welchen Nutzen sie stiften können. Ebenso sind manche Auswirkungen erst mit Erfahrungen im Betrieb ersichtlich. Wir Grünen stehen für eine offene, skeptische Kultur. GRÜNE wollen neue Dinge beobachten und ausprobieren. Wir möchten aber auch die Auswirkungen des vermehrten Technologieeinsatzes hinterfragt und untersucht wissen. Ob die Einführung einer neuen Mobilfunktechnik, der häufigere Einsatz von Bildschirmmedien mit Schulkindern oder neue Cyber-Angriffsformen – nur die Beobachtung und Untersuchung tatsächlicher Effekte ermöglichen es, negative Auswirkungen zu minimieren und den Zweck im Blick zu behalten.

Grün wirtschaften

20.1 Voraussetzungen für Wirtschaftshandeln

GRÜN ist...

...eine Wirtschaftspolitik der sozialen und ökologischen Verantwortung.

Unser Programm für die Kommunalwahl 2020 wird mitten in der Corona-Krise verfasst. Zurzeit werden Hilfsprogramme in dreistelligen Milliarden Größen auf europäischer Ebene und auf der Ebene der Nationalstaaten geschnürt. Wir erleben seit Ende des Zweiten Weltkrieges den größten wirtschaftlichen Einbruch weltweit. Auch unsere Solinger Wirtschaft, der Einzelhandel, Selbständige, Kulturschaffende, die Gastronomie sowie Arbeitnehmer*innen mit ihren Familien benötigen Unterstützung. Zugleich ist es eine Zeit des Innehaltens und des Nachdenkens darüber, wie wir zukünftig wirtschaften wollen. In unserem Wirtschaftsverständnis gehören eine demokratische Unternehmenskultur sowie eine gute Sozialpartnerschaft ebenso dazu wie die Mehrdimensionalität in den Unternehmensformen, in Form und Ausrichtung beispielsweise der Genossenschaften und der Gemeinwohlökonomie. Unser grenzenloses Wachstumsstreben mit einem Wirtschaftsmodell, das soziale und ökologische Kosten externalisiert stößt an planetare Grenzen des Tragbaren und ist sozial viel zu oft nicht zu verantworten. Der Markt regelt vieles nicht und dann oft auch falsch. Der Staat oder Institutionen wie Zentralbanken übernehmen immer häufiger die Versicherungsleistung dafür, dass unser Wirtschaftssystem überhaupt funktioniert. Wo bei öffentlichen Haushalten sich Schuldenberge anhäufen, entsteht zugleich eine Kapitalkonzentration bei privaten Vermögenden. Für uns GRÜNE ist klar, es braucht mehr soziale und ökologische Verantwortung. Dafür muss Politik sich konsequent einbringen. Unser Wirtschaftshandeln soll mit zu einem guten Leben aller beitragen. Hierfür braucht es eine soziale und ökologische Transformation auch auf kommunaler Ebene. Unsere Wirtschaftsweise ist nur dann gut, wenn sie unsere planetaren Gegebenheiten berücksichtigt und unsere Lebensgrundlagen nicht zerstört. Wir Grüne wollen, eine gute Kooperation mit den Wirtschaftstätigen, um in Solingen eine Wirtschaftspolitik voranzubringen, die verantwortungsvoll handelt und auf Prinzipien der Nachhaltigkeit beruht.

20.2. Resilienz - Wirtschaft und Sicherheit

GRÜN ist...

...Schaffung von resilienten, d.h. belastbaren Strukturen.

Das Thema Sicherheit in Bezug auf das Wirtschaften ist aktueller denn je. Was ist hier genau gemeint? Der junge Mensch zu Beginn seines Arbeitslebens, braucht nach einem erfolgreichen Bildungsabschluss einen guten Einstieg in die Arbeitswelt. Eine Perspektive zu haben, gibt einem viel an persönlicher Sicherheit. Die Arbeitnehmerschaft und die Fachkräfte möchte in sicheren Beschäftigungsverhältnissen zu einem angemessenen Lohn entsprechend ihrer Qualifikation arbeiten und Arbeitszeiten, die sich mit ihrem Familienleben vereinbaren lässt. Firmengründer*innen benötigen einen sicheren Ort, an dem sie experimentieren und sich ausprobieren können. Die Unternehmerschaft braucht verlässliche Strukturen, mit denen sicher zu planen ist. Sicherheit ganz anders verstanden spielt bei der digitalen Transformation eine zentrale Rolle. Sicherheit im virtuellen Raum ist heutzutage kaum zu unterschätzen. Schließlich sorgen Unternehmen, die sich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst sind (Corporate Social Responsibility – CSR), mit für eine wirtschaftliche Zukunft, die eben nicht auf Kosten anderer expandiert und so Unsicherheit in der Welt verstärkt, eben durch Ausnutzung von Sozial- und Umweltdumping in fernen Ländern. Wir begrüßen von daher ausdrücklich das Dialogforum „Für die Zukunft unserer Enkel – Unternehmen handeln jetzt“. Ansätze für ein nachhaltiges Wirtschaften nehmen sich die Wertschöpfungsketten im Ganzen an, d.h. werden sich die Lieferketten anschauen, Produktionsbedingungen in den Blick

nehmen, Personalpolitik neu bewerten sowie sich dem Thema der begrenzten Fläche in Solingen bewusst sein. Wir in Solingen wollen gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie ab 2030 keine Neuinanspruchnahme von bis dahin unversiegelter Flächen. Was bleibt ist die Nutzung vorhandener Gewerbebrachen, die in einem städtischen Kataster aufgeführt werden. All die vorgenannten Aspekte wollen wir in guter Kooperation mit den Akteur*innen aus der Wirtschaft, den städtischen Verantwortlichen, der Wissenschaft und der Zivilbevölkerung weiter voranbringen. Denn nur so kann es zu einer robusten und belastbaren, also resilienten Wirtschaftsstruktur kommen, die uns in Solingen in der Perspektive Sicherheit und Stabilität verleiht.

GRÜNE setzen sich ein für:

99

- eine gute Bildungs- und Ausbildungslandschaft
- faire Löhne und Beschäftigungsverhältnisse
- familienfreundliche Personalpolitik
- Möglichkeiten des lebenslangen Lernens auch zur Weiterbildung im Bereich digitaler Kompetenz
- Unterstützung für Startups und Coworking Spaces
- Förderung von Kleinstunternehmen
- eine Fortführung von Dialogprozessen zwischen der lokalen Wirtschaft und den Akteur*innen aus Wissenschaft, Stadt und Zivilgesellschaft, um Bestrebungen nachhaltiger Wirtschaftsweisen zu stärken und zu befördern
- eine gewerbliche Alt- bzw. Brachflächennutzung
- eine ökologische Aufwertung von Wirtschaftsflächen und für eine grüne Gewerbegebietsbebauung
- eine Kreislaufwirtschaft, in der Abfallprodukte des einen, der Rohstoff für die anderen ist
- eine öko-faire Beschaffung und Produktion
- sozial-ökologische und nachhaltige Finanzanlageprodukte
- eine stabile und sichere digitale Infrastruktur und eine mit Glasfaseranschlüssen in allen städtischen Bereichen, Stichwort Homeoffice
- die Chancengleichheit von Frauen im Wirtschaftsleben
- die Unterstützung und Förderung der Wirtschaftstätigkeit Zugewanderter
- nachhaltige und vernetzte Mobilität, mit Umstieg auf Elektromobilität mit Unternehmensförderung für den Kauf von Pedelecs und eBikes der Mitarbeitenden, Jobtickets, CarSharing und Pendlergemeinschaften
- ressourcenschonendes Wirtschaften mit weniger Energieverbrauch, weniger CO2 Ausstoß, einem sorgsamem Umgang mit Wasser und einer Reduzierung von Abfall- und Verpackungsmengen
- Weiterführung von Ökoprotit und vergleichbaren Formaten zur Beratung von Unternehmen im Bereich klima- und ressourcenschonendes Wirtschaften

- Förderung der Bergischen Neuen Effizienz zur Entwicklung von energie- und materialsparenden Techniken in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, der Bergischen Universität und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie sowie den Kooperationspartnern aus Wirtschaft, den Verbänden und der Zivilgesellschaft

20.3 Wirtschaftspolitik als Solinger Standortpolitik

Es gibt weitere Schwerpunkte, die in der Wirtschaftspolitik für eine gute wirtschaftliche Entwicklung Solingens von Bedeutung sind. So stehen wir Grüne schon seit längerem für eine Nutzung der Viehbachtalstraße für den gewerblichen Verkehr. Doch in den bisherigen Prüfungen, z.B. der Anbindung des Gewerbegebietes Scheuren, zeigen sich auch Umsetzungsschwierigkeiten. Wir werden diese Überlegungen aber weiter unterstützen, um somit örtliche Straßen auch entlasten zu können. Wir wollen in Solingen des Weiteren die weichen Standortfaktoren herausstellen und weiterentwickeln. Heutzutage wachsen die Ansprüche an ihre Stadt, in der Menschen arbeiten und leben. Die Zentren in denen die Menschen einkaufen, sich treffen und aufhalten, müssen gestärkt und attraktiviert werden. Ausreichende Angebote der Kultur, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten im Nahbereich sowie gute Betreuungsangebote und Bildungs- und Ausbildungschancen für Kinder und Jugendliche erfahren bei den jungen Familien eine hohe Wertigkeit. Hierzu gehört auch eine funktionierende Gesundheitsinfrastruktur. Nicht alles kann nach ökonomischen Kriterien organisiert werden und Bereiche wie das Gesundheitswesen müssen als Daseinsfürsorge solidarisch finanziert werden. Die Bedeutung eines funktionierenden Gesundheitssystems und eines eigenen kommunal geführten Klinikums zeigt sich gerade in der Corona Krise. Wir GRÜNE wollen traditionelle Wirtschaftsbereiche unterstützen, Zukunftsfelder wie den Tourismus entwickeln sowie den Arbeits- und Lebensstandort Solingen attraktivieren.

Wir GRÜNE wollen, dass:

- Solingen sich weiter als ein Standort von Umwelttechnologien, der Gesundheitswirtschaft und der Dienstleistungen entwickelt.
- die traditionelle Solinger Metallindustrie (sowohl Schneidwaren als auch Maschinenbau) auch zur Stärkung der Marke Solingen als Klingensteinat Unterstützung in den Bereichen Technologien, Umweltschutz und Marketing erhält.
- wir in Solingen den sanften Tourismus mit Rad- und Wanderwegen weiter ausbauen bzw. bekannt machen.
- die kulturellen bestehenden Angebote gesichert und neue Formate unterstützt werden.
- die grünen Freizeit- und Erholungsgebiete, beispielsweise das Ittertal, gegen weitere Bebauung sichern.
- Verkehrswege zu Gewerbegebieten besser mit dem ÖPNV angebunden werden.
- Gewerbebrachflächen auch für Gewerbe genutzt werden
- die Diskounterschwämme gestoppt wird, und die Einkaufszentren gestärkt werden
- das Gesundheitssystem nach Corona in seiner Aufstellung neu bewertet wird und das Städtische Klinikum über Land und Bund besser finanziell ausgestaltet wird.
- Maßnahmen für qualitatives und nachhaltiges Wachstum ergriffen werden

Energie- und Wärmepolitik

21.1 Energiewende vor Ort anpacken

GRÜN ist...

...100 % kommunal.

101

Die Verhinderung der sich im Prozess befindlichen und zugleich noch bevorstehenden Klimakatastrophe, die Verzögerung dieser so viele Lebensbereiche negativ beeinflussenden globalen Veränderung, hängt wesentlich davon ab, ob es (vor Ort) gelingt, eine Energiewende umzusetzen und den CO₂ Ausstoß in den nächsten Jahren massiv zu reduzieren. Vorbild und wichtige Akteure in diesem Bestreben sollten die Stadt und ihre wichtigsten Betriebe sein, allen voran die Stadtwerke, aber auch die Technischen Betriebe, das Klinikum, die Stadtsparkasse, die Schulen und viele andere mehr. Unterstützt werden müssen die wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die diese Energiewende mit eigenen Ideen und vielen Umsetzungsprojekten vorantreiben und am Leben erhalten wie die „Fridays for Future“ Bewegung, die BürgerEnergie Genossenschaft (BESG), die Initiativen für Elektromobilität und Flächenschutz wie „Rettet das Ittertal“, die entsprechenden Arbeitskreise der Kirchen, die ortsansässigen Umweltverbände, „Parents for Future“, „Solingen gehört uns“, der Jugendstadtrat und viele andere mehr.

Nachdem es der grünen Ratsfraktion in Zusammenarbeit mit SPD, der damaligen BfS und der aus der Linken hervorgegangenen DSW 2013 gelungen war, die Stadtwerke wieder zu 100% zu kommunalisieren und den 49% Anteil der Mannheimer Versorgungsbetriebe (MVV) wieder zurückzukaufen, konnten erstmals die Stadtwerke dazu bewegt werden, sich verstärkt für den Ausbau der Erneuerbaren Energien einzusetzen. So gelang es bis heute über Kooperationsprojekte mit anderen Stadtwerken im Rahmen des Stadtwerkeverbundes Trianel mit Sitz in Aachen sich an zahlreichen Wind- und auch Solarparks in unterschiedlichen Gebieten Deutschlands zu beteiligen. Inzwischen (Stand Ende 2019) erzeugen die Solinger Stadtwerke rund 70 GigaWatt (GWhel) Strom mit eigenen Erzeugungsanlagen. Zielgröße waren hier jedoch vor knapp 10 Jahren 100 GWhel und das in einem Zeithorizont von kaum mehr als 5 Jahren.

GRÜN ist...

...100 % erneuerbar.

In einem Ratsbeschluss aus dem Jahre 2015 mit dem programmatischen Titel „Hundertprozentig Erneuerbar“ wurde für das Jahr 2025 gar eine 25prozentige Eigenerzeugung von Ökostrom als strategische Zielsetzung vorgesehen. Der weitere und verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien drohte in den letzten Jahren jedoch an fehlenden Finanzmitteln der Stadtwerke zum Erliegen zu kommen. Zeitweilig wurden hierfür in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadtwerke keine Gelder mehr vorgesehen. Grund hierfür war die Tatsache, dass die Muttergesellschaft der Stadtwerke, die Beteiligungsgesellschaft (BSG) der Stadt Solingen, chronisch defizitär ist, da diese wiederum für die Verluste der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, des Orchesters und der Musikschule sowie anderen Gesellschaften bzw. Betrieben aufkommen muss und sie hierfür vor allem die Gewinne der Stadtwerke, die diese zu 100% abführen muss, benötigt. So verhindert die kommunale Finanzkrise und falsche Prioritätensetzungen das Invest in Erneuerbare Energien. Und dabei muss der „Versorgungsbetrieb“ (Strom, Gas, Wasser) der Stadtwerke schon die nicht unerheblichen und in der letzten Ratsperiode mit 9 Mio. Euro jährlich vom Kämmerer gedeckelten Verluste des Verkehrsbetriebes alleine auffangen. Wenn allerdings die Stadtwerke nicht mehr in die Lage versetzt werden, Überschüsse zu erwirtschaften, da diese komplett an den städtischen Haushalt abgegeben werden müssen, können auf Dauer aufgrund der unzureichenden Investitionstätigkeit in Erneuerbare Energien auch keine

(hohen) Gewinne mehr sichergestellt werden. Die Stadt schadet sich so mit ihrer Finanzpolitik auf Sicht selbst. Dies kann nicht im Interesse einer vorausschauenden und engagierten Klimapolitik sein. Zwar hat sich die Situation der BSG durch die Überführung der Bäderbetriebe an die Technischen Betriebe und den von der grünen Ratsfraktion seit langem geforderten Verkauf des noch vorhandenen RWE Aktienbestandes sowie des ebenso noch gehaltenen MVV Aktienbestandes spürbar verbessert, so dass auch die Kreditfähigkeit der Stadtwerke wieder abgesichert ist, aber die Auswirkungen der Corona Krise auf den Verkehrsbetrieb (sinkende Fahrgasteinnahmen) der Stadtwerke lassen erneut eine Finanzklemme befürchten. Unser Ziel muss es sein, die Stadtwerke investitionsfähig zu halten und eine Priorität auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien - auch im finanzpolitischen Eigeninteresse der Stadt Solingen – zu legen.

Nicht erfolgreich waren leider in den letzten Jahren die Versuche, in einer regionalen Zusammenarbeit unter dem Namen „Bergwind“ mit benachbarten Stadtwerken, Windkraftanlagen auch im Bergischen Land zu errichten. Dem standen allerdings etwa im Umfeld der Sengbachtal-Trinkwassersperre auch berechnete ökologische und naturschutzfachliche Gründe entgegen, wie es zahlreiche Gutachten aufzeigten. Das Umfeld der Sengbachtalsperre sollte zu einem ökologisch vorbildlichen Naturraum und Naturschutzverbund weiterentwickelt werden, der den hohen Artenreichtum im weiteren Umfeld der Talsperre schützt und die ökologische Walderneuerung auch im Sinne des Trinkwasserschutzes vorantreibt (siehe Umweltkapitel). Bei diesem Prozess wären die Stadtwerke und ihr Engagement ein Schlüsselakteur (vgl. Kapitel Wasser). Die „Bergwind“-Kooperation wurde inzwischen aufgelöst, doch das Ziel einer 100% Erneuerbaren Energieregion bedarf dringend einer Revitalisierung und neuen, anderen Umsetzungsprojekten. Hier wäre ein lohnendes Feld der Bergischen Zusammenarbeit.

Wir setzen uns ein für:

- eine 100% Erneuerbare Energieregion,
- eine nachhaltige Verdoppelung der Investitionsmittel der Stadtwerke für erneuerbare Energien wie Windkraft und Solar / Photovoltaik,
- für die Erhöhung der Eigenerzeugung durch Erneuerbare Energien bei den Stadtwerken auf etwa 200 GWhel, etwa 25% des Solinger Strombedarfs und
- weitere Kooperationsprojekte zum Ausbau der Erneuerbaren Energien mit anderen Stadtwerken oder zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Bürgerenergiegenossenschaften.

GRÜN ist...

...die Energie über den Dächern von Solingen einzufangen.

Erfolgreicher war der von grünen (Rats-)Mitgliedern mitgetragene und begrüßte Aufbau der Solinger Bürgerenergiegenossenschaft BürgerEnergie Solingen e.G., die inzwischen knapp 300 Mitglieder zählt und schon 11 größere Photovoltaikanlagen vor Ort auf Dächern von Schulen, den Technischen Betrieben, dem Solinger Spar- und Bauverein sowie Gewerbebetrieben errichtet hat und dabei eine halbe Million Euro investiert hat. Zudem wird ein eigener lokaler Stromtarif angeboten und die örtliche Energiepolitik über die regelmäßigen öffentlichen Energiewendestammtische maßgeblich mitgeprägt. Mit den Stadtwerken konnte im Rahmen des Trianel Verbundes auch eine gemeinsame Tochtergesellschaft zur Beteiligung an Wind- und Solarparks (TEE Energie für Solingen) erfolgreich auf den Weg gebracht werden. Die ursprünglich einmal nach dem Vorbild der Stadt Jena und anderer Städte angedachte Beteiligung der BürgerEnergie Solingen eG im Umfang von einem oder sehr wenigen Prozenten an den Stadtwerken sollte zumindest nicht als mittelfristiges oder Fernziel aufgegeben werden.

Wir befürworten:

- eine aktive Unterstützung der BürgerEnergieGenossenschaft Solingen e.G. und vergleichbarer Akteure,
- eine verstärkte öffentliche Diskussion zum Thema Energiewende in Solingen und im Bergischen Land und
- die perspektivische Beteiligung der BürgerEnergie Solingen e.G. an den Solinger Stadtwerken.

Ein wichtiger weiterer Pfeiler einer Energiewende vor Ort ist die Umstellung des Solinger Öffentlichen Nahverkehrs auf eine batteriegebundene Elektromobilität, das Batterie—O-Bus-Projekt (BOB). Nahezu der gesamte Solinger ÖPNV, darunter auch fast alle jetzt noch vorhandenen Autobuslinien, sollen über eine runderneuerte und sowohl mit Strom aus der Oberleitung als auch mit Strom aus Batterien gespeiste Energiezufuhr perspektivisch betrieben werden. Aber mehr als das: Auch der Strom für das O-Busnetz soll neben der schon eingeführten und zu optimierenden Verwendung der Bremsenergie vor allem zukünftig aus örtlichen Photovoltaikanlagen gewonnen werden, die auf dem Gelände des Verkehrsbetriebes als auch auf den Dächern von Gewerbebetrieben entlang der vorhandenen O-Bustrassen gewonnen werden sollen. Hier ist allerdings noch viel zu tun, da es in dem BOB-Projekt bislang nur zur Errichtung einer einzigen PV-Anlage durch die BürgerEnergie Solingen eG auf dem Dach einer Fahrzeughalle des Verkehrsbetriebes gekommen ist.

Auch das neue PV-Vertriebskonzept des Versorgungsbetriebes der Stadtwerke für private Hausbesitzer*innen gilt es auszuweiten und mit dringend benötigten Quartierskonzepten zu verbinden, die die Versorgung von bestehenden und oftmals der Sanierung bedürftigen oder auch neuen innerstädtischen Wohnbauvorhaben bzw. sinnvollen Verdichtungen energetisch auf ganz neue Füße stellen sollte: Solarenergienutzung, Photovoltaik, Wärmepumpen oder Blockheizkraftwerke mit Biogas- oder Holzeinsatz, Abwärme- oder Abwassernutzung zum Heizen, Auflademöglichkeiten für Elektro (Car Sharing) Autos oder Pedelecs müssen je nach Situation sinnvoll miteinander kombiniert werden.

GRÜNE wollen die urbane Energiewende. Sie muss an Tempo zulegen! Dabei müssen alle an einen Tisch: Stadtentwicklungsplanung, Wohnungswirtschaft, Energieversorger, Eigentümer und Mieter, Klimaschutzbeauftragte und Umweltinitiativen und -verbände. Wieso nicht auch für Solingen einen Masterplan Solarcity entwickeln, wie es gerade Berlin vormacht? Den Stadtwerken kommt dabei die Rolle zu, Ansprechpartner für alle Energiebelange vor Ort zu werden: von lokaler Energieerzeugung und intelligenter Steuerung über das Angebot von E- Mobilitätsladetechnik und -sharing bis hin zu Bürgerdialogformaten (in Zusammenarbeit mit den städtischen Planungsabteilungen).

Wir unterstützen:

- den Ausbau des modellhaften Batterie-O-Bus für Solingen mit lokalem Photovoltaikstrom von Solinger Dächern,
- Quartiers- und Nahwärmekonzepte, die die Energiewende im Wohnquartier sektorenübergreifend vorantreiben,
- die Entwicklung eines Masterplans Solar-City und
- die Profilierung der örtlichen Stadtwerke zu einem Ansprechpartner für alle Energiebelange vor Ort.
- und wollen in den nächsten 5 Jahren, sofern dies statisch möglich und ausweislich des Solarkatasters sinnvoll ist, auf allen städtischen Gebäuden sowie auf Gebäuden, auf die die Stadt im Rahmen eines Vertrags Einfluss nehmen kann, PV-Anlagen errichten.

21.2 Wärmepolitik

GRÜN ist...

...Wärmekonzepte für Quartiere entwickeln.

Wer Quartiere neu denken will, braucht über die gesamte Fläche unserer Stadt neue (Nah-) Wärmekonzepte, so wie es inzwischen das Land Baden Württemberg für ihre Gebietskörperschaften verpflichtend vorgeschrieben hat. Dies schließt auch die energetische Weiterentwicklung unseres Müllheizkraftwerks (MHKW) mit ein, ohne jedoch für noch mehr Mülltourismus nach Solingen zu sorgen. Das MHKW verfügt über das größte Nahwärmenetz in unserer Stadt, aus der zum Beispiel das Schulzentrum Vogelsang, das gleichnamige Hallenbad, das Rathaus und auch das Klinikum mit Wärme (und teilweise auch Strom) versorgt wird. Hier ist eine Effizienzuntersuchung des Netzes und der Wärme und Strom erzeugenden Anlagen vorzunehmen. Ferner sollte gerade jetzt, wo größere Reorganisierungs- und Umbaumaßnahmen auf dem MHKW-Gelände anstehen, die Möglichkeit untersucht werden, zusätzlich Power to Gas oder Speichieranlagen und/oder ein zusätzliches Blockheizkraftwerk zu integrieren. Eine Wärmewende in unserer Stadt braucht eine strategische Wärmeplanung.

Von der Stadtverwaltung selbst wurde in den vergangenen Jahren erstmals wieder stärker in die schulische Gebäudesubstanz investiert, darunter viele Maßnahmen zur Energieeinsparung wie Dämmungen und Dachsanierungen oder aber auch Bestandersetzungen und Anbauten wie bei der Höhscheider und der Ohligser Geschwister Scholl Gesamtschule. Bevor stehen auch energetisch anspruchsvolle große Neubauplanungen wie die des Gymnasiums und der Realschule Vogelsang. Doch auch in den bestehenden Schulen befinden sich noch viele ältere und dringend zu ersetzende Heizungsanlagen. Der auf unseren Antrag hin eingeführte jährliche städtische Energiebericht zu den städtischen Liegenschaften bzw. Gebäuden wurde nun schon seit Jahren nicht mehr fortgeschrieben. Konzentrierte und mit Geld hinterlegte Maßnahmenpakete zur Energieeinsparung fehlen oder werden nicht kommuniziert. Im Bereich des städtischen Gebäudemanagements sollte eine personell gut ausgestattete Anlaufstelle geschaffen werden, die auch die Aufgaben der Energieüberwachung bzw. -monitorings übernimmt. Auch für das vorhandene, aber kaum noch aktiv begleitete Einsparmitmachprogramm für Schulen und Kindertagesstätten (fifty-fifty) werden dringend neue Impulse und Ausweitungsvorschläge benötigt.

Wir brauchen:

- die Entwicklung eines Wärmekonzepts für die Stadt Solingen,
- Nahwärmekonzepte für die Stadtquartiere,
- die Weiterentwicklung des Müllheizkraftwerks zu einem modernen Werkstoff / Recyclinghof sowie zu einem zukunftsweisenden Energienahwärmerversorger unter Einbeziehung neuer Ideen wie Speichertechnologien und Power to Gas,
- jährliche städtische Energieberichte und
- ein personell gut ausgestattetes städtisches Gebäudemanagement für alle Energiefragen.

Die energiesparende Umstellung der städtischen Beleuchtungsanlagen auf LED wurde bislang nicht mit der eigentlich erforderlichen Dringlichkeit angegangen. Die Versuche unserer Ratsfraktion, hier in den vergangenen Jahren die Investitionen massiv zu verstärken, auch um strukturell die Ausgaben für Energie zu senken, wurden meist mit dem Verweis auf Kapazitätshemmnisse abgelehnt. Leider ist auch die hiesige Stadtparkasse - im Gegensatz zu vielen Nachbarinstituten – nicht für ihre Vorreiterrolle in Sachen Erneuerbare Energien bekannt. PV-Anlagen auf den Dächern ihrer Zweigstellen wird man nicht finden. Auch die ambitionierten Neubaupläne scheinen bislang keinen besonderen Schwerpunkt auf die prominente Einbeziehung erneuerbarer Energien zu legen. Eine - aufgrund

ihrer Miteigentümerrolle - eigentlich auf der Hand liegende enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken bei der Finanzierung, Errichtung und Vermarktung Erneuerbarer Energien konnte bislang nicht beobachtet werden.

21.3. Gebäudesanierung

GRÜN ist...

...so viel Energie und Ressourcen wie möglich einzusparen.

Auf Gebäude entfallen knapp 40 Prozent des Energieverbrauchs und rund ein Drittel der CO²-Emissionen Deutschlands. Die Einsparung von Energie im Gebäudebereich bietet also ein besonders hohes Potenzial, die Klimaschutzziele zu erreichen. Der Großteil der Gebäude in Deutschland ist nicht auf dem aktuellen Stand der Technik und verbraucht daher zum Teil deutlich mehr Energie als nötig. Gerade einmal 5 Prozent des Wohngebäudebestands sind in Bezug auf den Primärenergiebedarf so energieeffizient wie ein heutiger Neubau nach aktueller Energiesparverordnung (EnEV) 2014, mit ca. 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter (kWh/m²) und Jahr. Ähnliche Zahlen gelten für Nichtwohngebäude.

Die nachhaltigste Baumaßnahme ist die Sanierung

Über 90 % des Gesamtenergiebedarfs bei Gebäuden in Deutschland entfällt auf den Betrieb von Gebäuden aus dem Jahr 2005 und früher. Eine Sanierung der Gebäude im Bestand ist also unerlässlich, um den Energiebedarf zu senken. Lediglich Neubauten immer energieeffizienter zu gestalten reicht bei weitem nicht aus, zumal auch grundsätzlich eine ganzheitliche Betrachtung der Energiebilanz aller Baumaßnahmen beachtet werden muss. Neubauten weisen z. B. aufgrund von erhöhter Flächenversiegelung (s. Kapitel 5 Umwelt-, Klima- und Naturschutz) keine positive oder zumindest neutrale Energie- und Klimabilanz auf, was ein No-Go für den Umweltschutz und das Stadtklima ist. Wir müssen unseren bestehenden Gebäudebestand und unsere bestehende Infrastruktur bestmöglich erhalten und pflegen und vor allem keine neuen Flächen in Bauland umwidmen. Der Abbruch und Neubau eines Bauwerks verbraucht immer mehr Ressourcen als eine Sanierung und sollte nach Kräften vermieden werden. Die Errichtung eines Bauwerks erzeugt neben einem hohen Ressourcenverbrauch erhebliche Emissionen, u.a. durch den Abbau der notwendigen Ressourcen, die Produktion von Bauelementen und die Transportprozesse auf und für die Baustelle.

Sozialverträgliche Gebäudesanierung ermöglichen

Das Bundesfinanzministerium fördert bereits verschiedene Einzelmaßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, dazu zählt u.a. die Wärmedämmung von Wänden und Dachflächen, die Erneuerung von Fenstern und Außentüren, die Erneuerung von Lüftungs- und Heizungsanlagen sowie der Einbau digitaler Systeme zur energetischen Betriebs- und Verbrauchsoptimierung. Die energetische Sanierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern kann sich, insbesondere durch die Unterstützung durch Förderprogramme sowohl für Vermieter*innen, als auch für Mieter*innen rechnen. Durch eine Sanierung lassen sich häufig annähernd 30- 80 Prozent des bisherigen Energieverbrauchs einsparen. Als Ergebnis kann eine warmmietenneutrale Sanierung stehen. Das heißt: Der*die Vermieter*in kann die Investitionskosten rentabel auf die Kaltmiete umlegen. Der*die Mieter*in profitiert von geringeren Heizkosten, sodass die Warmmiete letztendlich nicht wesentlich steigt. So kann eine sozialverträgliche Gebäudesanierung aussehen. Zusätzlich müssen allerdings Erhöhungen der Kaltmiete aufgrund von energetischen Sanierungen in jedem Fall durch den Klimabonus ausgeglichen werden, der ermöglicht, dass Sozialhilfeempfänger*innen auch in energetisch sanierten Wohnungen weiter wohnen bleiben können. Der Klimabonus muss in den nächsten Jahren mit steigenden Mieten sowie einem wesentlich höheren Anspruch an das Ergebnis der energetischen Sanierung – und damit auch steigenden Sanierungskosten - definitiv kontinuierlich angepasst werden.

Grüne wollen

- Vermieter*innen über Förderungen zur Gebäudesanierung informieren – auch durch die Energieberatung der Verbraucherzentrale
- alle Eigentümer*innen über die Verwendung ökologischer Baustoffe und die oft bestehenden Entsorgungsschwierigkeiten der eingesetzten Dämmmaterialien z.B. aus Styropor informieren

Höhere Ansprüche an bestehende und an neue Gebäude

106

Um flächendeckend Energie einzusparen und die CO²-Bilanz unserer Gebäude zu senken, braucht es erheblich höhere Ansprüche an die bestehenden und neu entstehenden Bauten in Solingen. Im Klimaschutz haben wir keine Zeit, auf die Novellierung von Normen zu warten, vor allem wenn wir nicht wissen, ob sie etwas ändern. Die Kommune ist an die Normen der EnEV gebunden, kann jedoch durch geeignete Konzepte - besonders bei eigenen Bauvorhaben - darüber hinaus gehen.

Die Klimaerhitzung ist ein Teufelskreis, da in Zukunft besonders der Energiebedarf für Kühlungssysteme eine erhebliche Rolle spielen wird. Bei Sanierung und Neubau in Zeiten des Klimawandels muss also nicht nur auf einen ökologischen winterlichen Kälteschutz geachtet werden, sondern gerade auch auf den sommerlichen Wärmeschutz. Der Trend muss daher wieder zu intelligenten Bauweisen mit baulichem sommerlichem Wärmeschutz und Low-Tech-Häusern gehen.

GRÜNE wollen, dass mindestens die Hälfte aller Wohn- und Gewerbebauten im Stadtgebiet ab 2030 einen geringeren Primärenergiebedarf als 30 kWh pro Jahr und Quadratmeter aufweisen.

Dafür muss die Sanierungsrate im Bestand bis 2025 auf mehr als 4% pro Jahr angehoben werden. Dabei muss eine ganzheitliche Betrachtung der Energiebilanz aller Baumaßnahmen beachtet werden. Bürger*innen sollten außerdem mehr Unterstützung für die effizientere Nutzung des Niederschlagswassers erhalten. Beton ist aufgrund des hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs in der Produktion sowie aufgrund seiner großen Wärmespeicherfähigkeit kein nachhaltiger Baustoff und verstärkt städtische Wärmeinseleffekte. Baustoffe aus dem Werkstoff Holz hingegen sind von Natur aus gute Isolatoren. Sie kühlen in den Sommermonaten Holzhäuser angenehm herunter, sorgen im Winter für Wärme und sind gleichzeitig ein nachwachsender, ökologischer Rohstoff solange Siegel zur nachhaltigen Forstwirtschaft beachtet werden. Mit der Erneuerung der Landesbauordnung im Jahr 2019 wurden die Möglichkeiten für moderne Massivholzbauweisen mit bis zu acht Geschossen und einer Gebäudehöhe von bis zu 22 Metern geschaffen.

Die grünste Energie ist die, die gar nicht erst verbraucht wird

Um die ambitionierten Ziele für eine bessere Energiebilanz von Gebäuden zu realisieren, reichen auch die effizientesten Sanierungsmaßnahmen nicht aus. Denn auch sie verbrauchen letztendlich Energie und Ressourcen und stoßen CO² aus. Darum muss in Wohn- und in Industriegebäuden auch durch das individuelle Verhalten der Menschen mehr Strom eingespart werden. Dazu wollen wir GRÜNE, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit der Energieberatung der VZ eine Energiespar-Kampagne startet und die Effekte anhand des kommunalen Stromverbrauchs evaluiert.

Wir fordern:

- Mehr Informationen für Immobilienbesitzer*innen über bereits bestehende Förderungen zur Gebäudesanierung.
- Schaffung weiterer finanzieller Anreize, z. B. über die Gebühren- und Anreizprogramme.

- Eine kontinuierliche Anpassung des Klimabonus für Sozialhilfeempfänger*innen.
- Die sozialverträgliche Absicherung von energetischen Sanierungsmaßnahmen, so weit wie möglich ohne Erhöhung der Mieten.
- Mehr ökologischen Kälteschutz und sommerlichen Wärmeschutz bei Neubauten.
- Eine Steigerung der Sanierungsquote im Bestand auf mindestens 4% pro Jahr bis 2025 durch geeignete Maßnahmen anzustreben.
- Die Beschränkung des Primärenergiebedarfs mindestens der Hälfte aller Wohn und Gewerbebauten im Stadtgebiet auf 30 kWh pro Jahr und Quadratmeter ab spätestens 2030.
- Informationen und Anreize für die Ausstattung mit Zisternen oder anderen Regenwassernutzungssystemen.
- Bauherr*innen sollen den Grund für den Einsatz von Beton ausführlich schriftlich begründen müssen.
- Die Stadt Solingen steigert bei eigenen Bauprojekten den Anteil von ökologischen Massivholzbauweisen. Sie entwickelt eine Strategie, wie im Rahmen von Bauwettbewerben, Ausschreibungen und Vergaben besonders die Nutzung ökologischer Baumaterialien und energieeffizienter Bauweisen berücksichtigt werden kann.
- Bauherr*innen erhalten durch die Stadt Informationen über die Umsetzungs- und Finanzierungsmöglichkeiten von ökologischen Massivholzbauweisen.
- Eine verpflichtende Erstellung eines Rückbaukonzeptes für die Genehmigung von Neubauten
- Die Einrichtung eines städtischen Gremiums mit größeren Bauträgern und Wohnungsbaugesellschaften sowie anderen Akteuren (Verbraucherzentrale, BESG) zur Entwicklung einer städtischen Umsetzungsstrategie „Ökologisches Bauen und Sanieren“.

Im Sinne der Nachhaltigkeit fordern wir, dass schon für die Baugenehmigung ein Rückbaukonzept vorgelegt wird. Rückbaufähig heißt, dass man den Abbruch des Gebäudes schon während der Planung eines Gebäudes mitdenkt, um so eine Umnutzung für andere Zwecke zu gewährleisten sowie Baumaterialien ökologisch recyceln zu können.

21.4. Fortschreibung des städtischen Klimaschutzkonzepts

Das städtische Klimaschutzkonzept enthält viele Ansätze und beabsichtigte Vorhaben, aber leidet unter kaum vorhandenen finanziellen und personellen Mitteln bzw. Möglichkeiten. Eine ehrgeizige Fortschreibung wird zudem dringend benötigt. Auf die vom Rat vor Jahren geforderten regelmäßigen Sachstandsberichte zum Stand des Einsatzes und Errichtung Erneuerbarer Energieanlagen (auch zum gesamten Bergischen Land) warten wir seit Jahren vergeblich. Gute eingeführte Projekte wie das Solarkataster bedürfen ebenso einer kontinuierlichen Fortschreibung und Weiterentwicklung. Die BürgerEnergie Solingen schätzt das Solinger Potential bei der Solarenergie auf 720 MegaWatt peak (MWp). Dem steht eine installierte Leistung von lediglich 10 MWp in Solingen gegenüber. Das sind noch nicht einmal anderthalb Prozent des bestehenden Potentials im Bereich der Stromerzeugung aus PV-Anlagen. Nicht ohne Grund fordert die BürgerEnergie Solingen anlässlich der Kommunalwahl 2020 eine konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und des Klimaschutzplanes inklusive der regelmäßigen Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und der damit erzielten Wirkungen (Umsetzungs- und Wirkungsmonitoring).

GRÜN ist...

...Klimapolitik sozial denken.

Ferner muss der von den Grünen durchgesetzte Klimabonus für Transferleistungsempfänger*innen, der es ihnen ermöglicht, auch energetisch sanierte Wohnungen zu mieten, aufrechterhalten werden (vgl. Kapitel Soziales). Und natürlich ist auch das seit langem auf den Weg gebrachte und anfänglich auch breiter diskutierte „Integrierte Kommunale Elektromobilitätskonzept“ längst überfällig. Die

Ladeinfrastruktur muss trotz schon vorgenommener wichtiger Anstrengungen der Stadtwerke in die Stadtquartiere hin ausgebreitet werden. Und vor allem darf in der traditionell autofreundlichen Stadt Solingen mit einem der höchsten städtischen PKW Anteile in NRW neben der Weiterentwicklung des Individualverkehrs nicht die fahrradbezogene Elektromobilität vergessen werden. Sogenannte „intermodale Schnittstellen“, die das Umsteigen auf den ÖPNV mittels auch verschließbarer Abstellanlagen im Stadtgebiet erleichtern könnte, gibt es kaum. Hier muss ein Schwerpunkt in der nächsten Ratsperiode ebenso wie auf einer Wiederbelebung des (elektromobilen) CarSharing Angebotes gelegt werden.

Notwendig ist:

- die beschleunigte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED,
- eine aktive Beteiligung der Stadtparkasse an der lokalen Energiewende,
- die kontinuierliche Fortschreibung des Solarkatasters,
- eine konsequente Umsetzung und Überprüfung (Monitoring) der grundlegenden kommunalen Klimaschutz/Nachhaltigkeitsprogramme und
- der Ausbau der kommunalen Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und der elektromobilen Fahrradinfrastruktur.

21.4 Resilienz

GRÜN ist...

...Politik mit dem Ziel der Krisenfestigkeit.

Städte müssen - gerade auch vor den Erfahrungen in unserer jetzigen Corona Pandemie – in Zukunft so weiterentwickelt und gebaut werden, dass sie schnell vor Risiken geschützt werden können. Städte müssen ausreichend Grün und Freiraum - auch im innerstädtischen Bereich - vorhalten und sich zu Null-Emissionsstädten beziehungsweise entwickelt werden. Dezentralisierte Energieerzeugung und Energieautarkie ist ein Pfeiler einer anzustrebenden Resilienzstrategie. Städte brauchen deshalb auch ausreichende, nachhaltige und saubere Wasservorräte. Deshalb setzen wir uns auch für die Sicherung all unserer Wasservorräte ein, ob es der Trinkwasserverbund mit den anderen Bergischen Städten um die Große Dhünntalsperre, ob es um den Erhalt der eigenen Trinkwassertalsperre Sengbachtal oder die Grundwasserreserven im Solinger Westen hin zum Rhein um das Gemeinschafts-Wasserwerk Baumberg geht (vgl. Kapitel Wasser). Dazu gehört auch das Vorhaben, an der Wupper in Glüder ein Nachfolgewasserkraftwerk zu errichten, was endlich für einen wesentlich verbesserten Fischschutz beziehungsweise die Fisch- Durchgängigkeit der Wupper mit ausreichend und optimal dimensionierten Fischtreppe bzw. Auf- und Abstiegen sichert. Das neue Wasserkraftwerk muss dabei die Fähigkeit einer eigenständigen Inangsetzung der Wasserversorgung der Stadt Solingen besitzen, um hier in Krisenzeiten bei einem angenommenen Ausfall der Stromversorgung die Solinger Bevölkerung eigenständig mit Wasser versorgen zu können.

Unser Ziel:

- die Sicherung der Versorgung der Solinger Bevölkerung mit gutem Trinkwasser über unterschiedliche Wasserquellen,
- ein neues, ökologisch ausgerichtetes Wasserkraftwerk in Glüder und
- dezentralisierte Energieerzeugung als Pfeiler einer Resilienzstrategie unserer Stadt.

Finanzen und Beteiligungen

22.1 Corona und die Folgen für die Kommunalfinanzen

Grün ist...

...eine gesicherte Finanzierung der Stadt mit Unterstützung von Bund und Land

109

Der Haushaltsplan für Solingen für das Jahr 2020 war bereits zur Zeit seiner Aufstellung positiv optimistisch, als er mit einem kleinen Überschuss von knapp einer Millionen Euro praktisch den Haushaltsausgleich abbildete. Seit 1987 befindet sich die Stadt in einem Haushaltssicherungsprozess und seit 2012 unter dem Dach des Landesstärkungspakt Stadtfinanzen. Dieser, so die Planungen noch vor Corona, sollte 2021 auslaufen und damit würden zugleich auch die Landeszuschüsse wegfallen. Solingen wäre dann auf sich allein gestellt mit der Aufgabe, den Haushaltsausgleich jährlich immer wieder zu schaffen. Mit dem Ausbruch einer weltweiten Pandemie konnte keiner rechnen. Corona und die Maßnahmen gegen Corona mit Shut- und Lockdown führten in der Folge zu einer seit dem Zweiten Weltkrieg so nicht gekannten weltweiten Wirtschaftskrise. Die ergriffenen Maßnahmen waren und sind zum Schutze der Bevölkerung und zur Sicherung eines funktionierenden Gesundheitssystems notwendig gewesen, weil zur Zeit der Maßnahmenenergreifung zudem wenig über das Virus und die Ansteckungswege bekannt war. Jetzt greifen weltweit Finanzierungs- und Rettungsmaßnahmen in Billionenhöhe, um einen totalen Absturz und die Insolvenz von ansonsten funktionierenden Wirtschaftsbetrieben sowie von Privatinsolvenzen zu verhindern. Die Lage hat sich gleichfalls für Solingen erneut dramatisiert. Aktuell wird mit einem Minus von 50 Millionen Euro aufgrund der Pandemie gerechnet. Uns allen muss bewusst sein, ohne Hilfe von Bund und Land werden wir als Stadt diese Krise nicht bewältigen können. Der Bund hat bereits Hilfen angekündigt. Es sollen demnach 75 % anstatt 50 % der Kosten für die Unterkunft für Bezieher*innen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes seitens des Bundes übernommen werden. Zudem springt der Bund anteilig für die Hälfte des Gewerbesteuerausfalls ein. Dies ist eine spürbare, aber nicht ausreichende finanzielle Hilfe. Nun ist auch das Land am Zuge, sich ebenfalls finanziell an den Ausfällen zu beteiligen. Ein Problem konnte jedoch auf Bundeseite wegen des Widerstandes von CDU und CSU nicht gelöst werden, die Altschuldenfrage. Für eine ehrliche finanzielle Unterstützung braucht es aber eine Altschuldenregelung.

22.2 Haushaltspolitik – nachhaltig und zukunftsweisend

Die bisherigen Sparanstrengungen verblassen angesichts der Folgen aus der Corona-Pandemie. Was aber schon in den vergangenen Jahren richtig war zu fordern, ist jetzt nur umso dringlicher. Wir müssen die Finanzen der Städte vom Kopf auf die Füße stellen. Es kann nicht sein, dass Aufgaben, von Bund und Land übertragen, von den Städten finanziert werden. Die hohen Sozialausgaben, immerhin machen diese mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben aus, müssen stärker von Bund und Land übernommen werden. Städte wie Solingen bleiben sonst in dem Netz gefangen, einerseits mit immer neuen Sparrunden einen Ausgleich erzielen zu wollen und zu müssen, aber andererseits darauf achten zu müssen, dass die Stadt für ihre Bewohner*innen weiterhin attraktiv und lebensfreundlich bleibt. Dies kann irgendwann nicht mehr gelingen. So lässt sich das Versprechen gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland nicht gewährleisten. Zudem steht dann auf der Kippe, verbleibende finanzielle Möglichkeiten in die notwendigen Investitionen zu lenken. Nur mit genehmigte Sonderkrediten können schon jetzt jahrzehntelang versäumte Investitionen in Schule und Bildung getätigt werden.

Der aktuelle Schulentwicklungsplan weist für die geplanten Investitionen bis 2029 ein Investitionsvolumen in Höhe von 288 Millionen Euro aus. Wir werden neben dem Bildungsbereich aber mit der Mobilitäts- und der Energiewende weitere Bereiche haben, in denen wir im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Stadtgesellschaft investieren müssen. GRÜNE wollen die Finanzierung in die Stadt von morgen tätigen, in der unserer Bürger*innen die gleichen Chancen haben wie anderswo in Deutschland.

GRÜNE wollen für Solingen, dass:

- Bund und Land einen ausreichenden Schutzschirm für die Kommunen aufspannen und die Abwälzung von Kosten auf die Kommunen beendet wird
- es eine Altschuldenregelung gibt, mit der tatsächlich eine Befreiung der Last für die überschuldeten Kommunen verbunden ist
- wir als Stadt Solingen die notwendigen Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung tätigen können. Wir brauchen Investitionsmittel sowie Mittel für Personal, um beispielsweise die Mobilitätswende planen und umsetzen zu können
- es einen Schutzschirm für die kommunalen Verkehrsbetriebe gibt. Aktuell durch Corona bedingt gibt es einen Einnahmeausfall bei steigenden Kosten. Dabei stehen notwendige Investitionen in einen Ausbau des ÖPNV an, so wie er in der Nachhaltigkeitsstrategie beschrieben wurde (siehe Kapitel Mobilität)
- die regionale Wertschöpfung durch eine innovative Wirtschaftspolitik gehalten und gesteigert werden kann
- die Finanzierungsnot nicht als Argument herhalten wird, Privatisierungen vornehmen zu müssen. Dies gilt beispielsweise für das Klinikum, das auch aus dem städtischen Haushalt finanzielle Hilfe für eine Übergangszeit der Neuaufstellung benötigt. Die Privatwirtschaft wird aktuell mit Milliardensummen vor dem Niedergang gerettet. Gleiches muss für die Daseinsvorsorge in den sozialen, kulturellen und der wirtschaftlichen Bereitstellungen für die Solinger Bürger*innen gelten und dazu zählen wir besonders den ÖPNV, die Müllentsorgung, das Gesundheitssystem, Altenheime, Kulturangebote wie die städtische Bibliothek, die Energieversorgung (erinnert sei hier an den von uns Grünen maßgeblich mit forcierten Rückkauf der Stadtwerke), um nur einige Bereiche zu nennen.
- Die finanzielle Notlage nicht ein Einfallstor für Privat Public Partnership Projekte (PPP) wird, die oftmals eine Privatisierung der Gewinne und keine Sozialisierung der Verluste bedeutet.
- Als notwendige Ausgliederungen seitens der Stadt vorgeschlagene Maßnahmen, sollten in ihrer Darstellung reale Berechnungsgrundlagen unter Berücksichtigung von Vor- und Nachteilen etwa bei Sozialhilfekosten berücksichtigen
- eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerschaft auch mit freiwilligen Teilnehmungsformaten erfolgt. Wir betrachten solche Teilnehmungsformate für eine nachhaltige Finanzpolitik als notwendig an, um ggf. auch Fehlplanungen und somit Fehlinvestitionen zu vermeiden.